C 21734 E



Arbeiterkampf

Jg. 2 Nr. 24 Dez. 72
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
Laden 50Pf.

Zu den Ergebnissen der Bundestagswahl

Fußtritt für SPD-Linke

Durch Kauf korrupter Abgeordneter aus den Reihen der SPD/FDP-Bundestagsfraktion erzwangen CDU/CSU um 1 Jahr vorgezogene Bundestags-Neuwahlen im November dieses Jahres. Nach kurzem und heftigem Wahlkampf der bürgerlichen Parteien siegte die bisherige Regierungskoalition aus SPD und FDP über CDU/CSU, die ihre größte Wahlschlappe seit Existenz der BRD einstecken mußte.

Der Wahlkampf brachte ein außerordentlich aktives Engagement der Wählermassen selbst, besonders auf Seiten der SPD. Das kam auch in der sehr hohen Wahlbeteiligung von über 91 % zum Ausdruck, der bisher höchsten Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in der BRD überhaupt. Ebenfalls brachte der Wahlkampf eine deutliche Polarisierung der Bevölkerung: auf seiten der SPD die Arbeiterklasse und fortschrittliche Teile des Kleinbürgertums – auf CDU-Seite die Kapitalistenklasse, der größte Teil des Kleinbürgertums, die „freien Berufe“, der Kleinhandel, das Lumpenproletariat und reaktionär verhetzte Elemente.

Die Mobilisierung der Arbeiterschaft gegen die Politik von CDU/CSU brachte auch einen Einbruch zugunsten der SPD in Teilen der katholischen Arbeiterschaft und der Kleinbauern, einem Reservoir, das sonst traditionell der CDU/CSU zufiel.

Das Wahlergebnis bestätigte die Richtigkeit dieser SPD-Taktik: Die in früheren Wahlkämpfen festgestellte „Wahlmüdigkeit“ gerade unter den Arbeitern konnte überwunden werden. Die Arbeiterklasse stimmte fast vollständig für SPD. Der übergroße Teil der Jung- und Erstwähler stimmte ebenfalls für SPD. Geschickt von den SPD-Führern eingefädelte Propaganda zur Gleichberechtigung und „gesellschaftlichen Besserstellung der Frau“ brachte auch in diesem Bereich einen bedeutenden Stimmenzuwachs.

Nach ihrem Wahlsieg hatten die SPD-Führer nichts wichtigeres zu tun, als zu „gemeinsamen Beratungen“ mit CDU/CSU-Bossen über die „anstehenden gemeinsamen großen Aufgaben“ zu eilen. Aus den „Gegnern“ im Wahlkampf wurden wieder die Partner beim Regierungsgeschäft. Als dagegen die Führer der Gewerkschaften, der Jusos, usw. vorsichtig an einige Wahlversprechungen der SPD erinnerten, z.B. „paritätische Mitbestimmung“ und „Überwindung der Bildungsmisere“, wurden sie von den SPD-Führern zurückgeschmettert und von deren Vorstandssprecher in übler Weise beschimpft. Sie hätten „kein Recht, Forderungen an diesen Staat zu stellen“: – Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan; der Mohr kann gehn! Die SPD-Führer brauchen jetzt freie Hand, um mit den Kapitalisten den von diesen geforderten „Stabilitätspakt“ zulasten der Arbeiterinteressen herzustellen. Die SPD-Führer haben deswegen ihren gesamten „linken Anhang“ in die Wüste geschickt.



SPD-Vorstandssprecher Schulz (r.) mit Parteichef Brandt

Forts. Seite 2

Die RAF vor Gericht

Springers „Welt“ triumphierte: „Der Rechtsstaat antwortet seinen linksextremen Gegnern.“ Der Grund: Die Verfolgung der sogenannten „Baader-Meinhof-Gruppe“ findet gegenwärtig ihre Fortsetzung in einer anrollenden Prozeßwelle. In der nächsten Zeit wird keine Woche und kaum ein Tag vergehen, wo die bürgerlichen Massenmedien Presse, Funk und Fernsehen nicht über neue „terroristische Verbrechen“ berichten, die durch die Prozesse „ans Licht befördert“ wurden. Der „Rechtsstaat“ antwortet nicht nur, er schlägt zu. Und es geht dabei nicht nur um die „linksextremen Gegner“, die auf der Anklagebank sitzen. Mit ihnen sollen die sozialistischen Ideen gerichtet werden, die (allerdings ohne die abenteuerlichen Phantasien von Horst Mahler und seinen Freunden) wieder größeren Einfluß in der westdeutschen Arbeiterbewegung gewinnen.

Mit dem Terror-Urteil über 10 Jahre Freiheitsentzug gegen Werner Hoppe legte die Justiz im Juli dieses Jahres ihre Verfahrenslinie „in Sachen Baader/Meinhof“ fest. Werner Hoppe wurde als Begleiter Petra Schelms verhaftet, als diese am 15. Juli 1971 in Hamburg-Bahrenfeld von der Polizei erschossen wurde. Das Gericht verurteilte Hoppe wegen „versuchten Totschlags in drei Fällen“. Nach dem Gutachten eines Waffen-Sachverständigen war aber nur ein Schuß aus Hoppes Pistole mit Sicherheit nachweisbar – und maximal zwei Schüsse waren möglich.

Das Gericht stützte sich in seiner „objektiven Rechtsfindung“ auf völlig widersprüchliche und z.T. sogar auf eindeutig widerlegte Angaben der Polizei (vgl. „Arbeiterkampf“ 21).

Dieses Muster wird in der nächsten Zeit in vielfältigen Variationen auf den Markt kommen:

- Nach zweijähriger Untersuchungshaft begann am 9. Oktober in Westberlin der Prozeß gegen Horst Mahler, dem die „Gründung einer kriminellen Vereinigung“ sowie die Planung von drei Banküberfällen und die Mitwirkung an einem davon vorgeworfen werden.
- Am 7. November wurde in Karlsruhe das Verfahren gegen 8 Mitglieder des ehemaligen Heidelberger „Sozialistischen Patientenkollektivs“ (SPK) eröffnet. Gegen zwei weitere SPK-Mitglieder wird später ein gesondertes Verfahren durchgeführt. Dieser „innere Kern“ des SPK, eine Gruppe also von knapp einem Dutzend Leuten, soll laut Anklageschrift „für das Jahresende 1972“ die „Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung in der Bundesrepublik“ geplant haben.
- In Hamburg begann am 15. November der Prozeß gegen Margrit Schiller, die der „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ sowie der Urkundenfälschung und des unerlaubten Waffenbesitzes angeklagt ist. Margrit Schiller sitzt seit dem 22. Oktober vorigen Jahres in Untersuchungshaft.
- Seit dem 24. November stehen in Westberlin Brigitte Asdonk, Monika Berberich, Irene Goergens, Ingrid Schubert, Eric Grusdat und Hans-Jürgen Bäcker vor Gericht. Die vier Frauen wurden am 8. Oktober 1970 gemeinsam mit Horst Mahler verhaftet. Auch hier ist der Hauptanklagepunkt: „Gründung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung.“
- Gerichtsprozesse erwarten darüberhinaus nicht nur die als „RAF“-Mitglieder verhafteten Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Holger Meins, Manfred Grashof, Jan-Carl Raspe, Thomas Jünschke und andere. Das Ausmaß der Ermittlungsverfahren und Prozeßvorbereitungen geht weit über diesen Kreis der „Hauptangeklagten“ hinaus. Springers „Welt“ nannte am 10. Oktober 65 Namen (!) von Personen, die als „Sympathisanten“, „Helfershelfer“ und „Kontaktleute“ der „Baader/Meinhof-Gruppe“ verdächtigt werden: u.a. die Professoren Brückner, Seifert und Altvater, die Rechtsanwälte Schily, Lang, Croissant, Reinhardt, Sudhölter und Bergmann, die Ärzte v. Seckendorff, Ewe, Wilde und Shirani, weitere Schriftsteller, Journalisten, Schauspieler, Ingenieure, Studienräte, Architekten, Pfarrer, wissenschaftliche Assistenten und Studenten.

Ein „unabhängiges“ Gericht

Es gehört schon zum normalen Ablauf bei Gerichtsprozessen gegen Linke, daß die „unabhängigen“ Richter in brenzligen Situationen zugunsten der Anklage eingreifen, daß die Verteidigung in ihrer Argumentation und Beweisführung eingeengt wird, daß bei Protesten der Zuhörer gegen das Vorgehen der Justiz die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird und „Ordnungsstrafen“ verhängt werden.

Die erste Räumung des Gerichtssaals mit Polizei und Schlagstock im Mahler-Prozeß fand gleich am ersten Prozeßtag statt, als einige Zuschauer Horst Mahler beim Verlesen seiner Erklärung applaudierten. Am zweiten Verhandlungstag unterstellte der Gerichtsvorsitzende Paul Jericke der Verteidigung, sie wolle das Gericht durch pausenloses Antragstellen ständig zu neuen Beratungen zwingen, und damit zur Verzögerung der Verhandlung. Jericke bezeichnete dies als „Methoden, die hier in Moabit eingerissen sind und die wir nicht mitmachen.“ Ein daraufhin gestellter Antrag der Verteidigung, der das Gericht als befangen ablehnte, wurde zurückge-

Forts. Seite 8

„Fortschritt oder Reaktion – SPD oder CDU." Diese Parole war das Grundmuster, mit der die SPD-Führung in den Wahlkampf einstieg. „Fortschritt oder Reaktion", sowohl in der Innen- wie auch in der Außenpolitik.

Die SPD-Führer versprachen friedlichen Ausgleich mit den Völkern Osteuropas („neue Ostpolitik") und besonders mit der DDR (Grundvertrag, Bahr-Kohl-Gespräche). Die SPD-Führer versprachen Ausbau der EWG und „Vertiefung der Beziehungen" zwischen den beteiligten Ländern. Unter der letzten CDU-geführten Regierung verschlechterten sich die Beziehungen zu Frankreich. Unter der SPD kam die Sache wieder ins reine. Weitere europäische Staaten (England, Irland, Dänemark) bereiten gegenwärtig ihren Eintritt in die EWG vor. – Die Bevölkerung akzeptiert mehrheitlich diese Politik als vermeintliche Sicherung einer langfristig friedlichen Entwicklung der westdeutschen Außenpolitik.

Dieser berechtigte Wunsch der Menschen auf Frieden ohne Risiko – nach zwei grauenhaften Weltkriegen – konnte von der glaubhaften Politik und Propagande der SPD-Führer einfach besser in Wahlstimmen umgewandelt werden als von den CDU/CSU-Bossen. Die Außenpolitik der SPD/FDP-Regierung hatte das Image, wirkliche – wenn auch manchmal nur kleine – Schritte nach vorn zu tun (sog. „menschliche Erleichterungen" für DDR-Bürger). Dadurch hob sich diese Politik deutlich vom bloßen Gerede der CDU ab. Vor allem auch von deren offenkundig unerfüllbaren Maximalforderungen an die osteuropäischen Regierungen, denen der Geruch einkalkulierter harter Konfrontation anhaftete.

Die SPD-Führer versprachen, sich um die „Sicherheit der Arbeitsplätze" zu kümmern. Strauß dagegen drohte 5 % Arbeitslose an, als „Preis für die Wiedererreichung der Stabilität." – Die SPD-Führer versprachen den Kampf gegen Mietwucher und Bodenspekulation. Die CDU konnte hier nur ihre „Warnung" setzen, daß auch auf dem Wohnungsmarkt „die Prinzipien der freien Marktwirtschaft nicht eingeschränkt werden dürfen."

Die SPD-Führer versprachen „gerechtere Vermögensverteilung." Die CDU-Bosse wetterten nur gegen angeblich „überhöhte Lohnforderungen der Gewerkschaften." – In den Augen der Mehrheit der Bevölkerung übertrieb die CDU das Problem der „inneren Sicherheit." Das Geschrei dieser Leute, nur zu einem „Generalangriff" auf die gesamte Linke in der BRD überzugehen, die pauschal als „Sympathisanten der Baader-Meinhof-Bande" diffamiert wurde, erweckte bei vielen Menschen unangenehme „Erinnerungen an die deutsche Vergangenheit." – Die SPD/FDP-Regierung dagegen konnte die gefangenen Mitglieder der „Baader-Meinhof-Gruppe" vorweisen. Singgemäß entgegnete Scheel im Fernsehen auf CDU-Vorwürfe, es werde für die „Sicherheit der Bürger" zu wenig getan: ‚Baader-Meinhof? ... ich weiß gar nicht, was sie wollen. Davon wird bei uns doch nur noch in den Gerichtssälen geredet!'

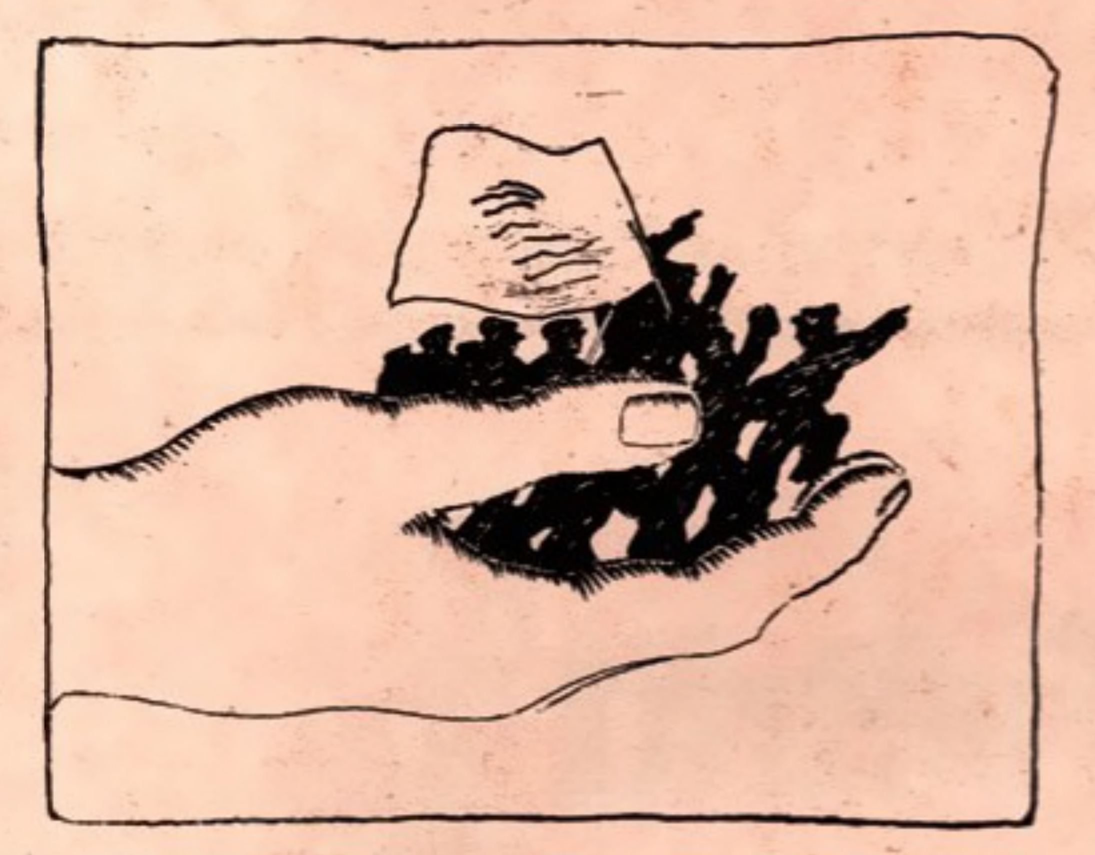
Die SPD-Führer riskierten einen ‚Hauch von Klassenkampf' im Wahlkampf, als sie sich gegen die Flut von Großanzeigen der Kapitalisten wendeten. Sie wetterten gegen die „Unternehmer und Millionäre", gegen „das große Geld" und putzten sich selbst als „Partei des kleinen Mannes", als „Partei der 85 %" der Habenichtse heraus.

Den SPD-Führern schien es im Wahlkampf nicht gerade unangenehm zu sein, sich in den Kapitalisten-Anzeigen als „sozialistische Partei" kennzeichnen zu lassen, ihre Politik als „Schrittweise Entwicklung zum Sozialismus". Waren diese „Vorwürfe" doch bestens geeignet, die Arbeiter und fortschrittliche Schichten des Kleinbürgertums noch stärker an die SPD und an sozialdemokratische Illusionen zu binden.

Folgerichtig legten die SPD-Führer während des Wahlkampfes auch gar keinen Wert darauf, sich übermäßig vom „Vorwurf" des Sozialismus „reinzuwaschen." Stattdessen kreuzten sie mit dem alten Hut eines „demokratischen Sozialismus" der SPD auf. So konnten sie die Hoffnungen vieler Arbeiter auf eine sozialistische Politik mobilisieren und für sich vereinnahmen.

Zum anderen diente die Parole vom „demokratischen Sozialismus" zur antikommunistischen Verleumdung des wirklichen Sozialismus als vorgeblich „undemokratisch". Also zur Verleumdung derjenigen Gesellschaftsform, in der die Arbeiterklasse tatsächlich die politische Macht ausübt und ebenso zur Verleumdung einer wirklichen sozialistischen Politik im Kapitalismus als „autoritär und dogmatisch."

SPD-Politik nach der Devise ‚wir sind die besseren Sozialisten, die eigentlichen Sozialisten, die Kommunisten bloß die autoritären Verfälscher des Sozialismus' – diese Politik ist nicht neu: Nach Gründung der BRD trat die SPD Kurt Schumachers mit der Parole der „Erkämpfung des Sozialismus als Tagesaufgabe" (!) auf und hetzte gegen die KPD als „konservative Kraft", die den Sozialismus auf den St.-Nimmerleinstag verschieben wolle.



Die SPD nimmt nun doch die Sache der Arbeiter in ihre Hand ...



... in der Konzertierten Aktion ...

... erzwingt sie die Sozialpartnerschaft

In Wirklichkeit ist der „demokratische Sozialismus" der SPD nur eine neue Wortschöpfung für das gemeinte kapitalistische System, das die SPD-Führer nach eigenem Bekunden „mit Zähnen und Klauen verteidigen" wollen – gegen den Sozialismus, gegen die Arbeiterklasse. Der „demokratische Sozialismus" der SPD entspricht der „sozialen Marktwirtschaft" der CDU. Beide Wortschöpfungen meinen dasselbe gesellschaftliche System – den Kapitalismus.

Es ist natürlich, daß im Zeitalter des niedergehenden Kapitalismus und des weltweiten Sieges des Sozialismus, jede bürgerlich-kapitalistische Strömung und Partei sich schmückt mit Begriffen wie „sozialistisch" oder zumindest „sozial" etc. Davor machen nicht einmal die ärgsten Feinde des Sozialismus – die Faschisten – halt. So nennt sich z.B. die faschistische Partei Italiens „Soziale Bewegung" (MSI); der deutsche Faschist Strasser sprach in bezug auf seine Politik vom „Deutschen Sozialismus" und auch die Nazis wollten nicht auf ein „sozialistisches" Namensschild verzichten.

Allerdings kreuzten die SPD-Führer im Wahlkampf auch mit offen chauvinistischen Parolen auf: „DEUTSCHE, wir können stolz sein auf unser Land" prangte es neben dem strahlend-stolzen Konterfei Bundeskanzler Brandts von hunderttausenden Plakaten. In der Geschichte machten solche Parolen aus dem Mund deutscher Staatsoberhäupter unsere westlichen und östlichen Nachbarn immer sehr hellhörig. Ruft da nicht wieder ein „Kanzler aller Deutschen" zur Rückbesinnung auf die „nationale Größe des Vaterlandes" auf?

Entgegen Behauptungen von fast allen Seiten war dieser Wahlkampf durchaus nicht „der härteste" in der Geschichte der BRD. Gerade ältere Kollegen können sich noch gut an die Wahlkämpfe der 50er Jahre erinnern, wo Adenauer die SPD als den „Untergang Deutschlands" angriff und die bürgerliche Presse, voran der Springer-Konzern, mit verleumderischen Fälschungen auftrat, in denen es hieß, daß die SPD Wahlkampfgelder von der SED zugeschanzt erhielte. (Mit dieser Fälschung kreuzten Springers Zeitungen nur einen Tag vor der Wahl auf, um sich dann später herauszureden, daß sich diese „Gerüchte nicht bestätigt" hätten.)

Die Brisanz des Wahlkampfes erklärt sich z.T. aus seiner Kürze, die es für die bürgerlichen Parteien notwendig machte, sehr schnell zu konzentriertem Trommelfeuer überzugehen. Entscheidend für diesen Wahlkampf war vor allem die bisher noch nie dagewesene starke Beteiligung der Wählermassen selbst – besonders auf Seiten der SPD.

Überall operierten die „Wählerinitiativen" der SPD, vielfach auch solche, deren Bildung nicht zentral initiiert wurden. Plaketten, sog. „Meinungsknöpfe" an den Revers vieler Arbeiter und Jugendlicher, Aufkleber an Autos etc. waren Ausdruck des breiten Engagements. In vielen Betrieben wurde Jagd noch auf die letzten CDU-Sympathisanten gemacht, um auch sie davon zu überzeugen, daß „Willy Kanzler bleiben" muß.

Die SPD-Führer selbst spielten – wenn auch sehr vorsichtig – mit dem Feuer einer Massenmobilisierung. Das kam auch in den vielen bei den Gewerkschaftsführern bestellten „Willy-Brandt-Resolutionen" zum Ausdruck, die auf Gewerkschafts-Versammlungen, Funktionärs-Veranstaltungen etc. verabschiedet wurden.

Der Wahlkampf und sein Ergebnis machten eine deutliche Polarisierung in der Bevölkerung sichtbar: Hier die Arbeiterklasse (weitgehend allerdings im Schlepptau der Arbeiteraristokratie) mit fortschrittlichen Teilen des Kleinbürgertums – dort die Bourgeoisie, die größten Teile des Kleinbürgertums, die „freien Berufe", der Kleinhandel, sowie das Lumpenproletariat und reaktionär verhetzte Elemente.

Engagement und Polarisierung der Bevölkerung brachte den bürgerlichen Parteien eine wahre Mitglieder-Schwemme, deren entscheidender Nutznießer die SPD war. Bezogen auf die Neuaufnahmen in Hamburg schreibt die „Hamburger Morgenpost" vom 24.11.72, also 5 Tage nach der Wahl:

„Rund 2 500 Mitglieder (davon allein 1 550 seit dem 1.11.) haben sich während des Wahlkampfes (1.10. bis 19.11.) im Kurt-Schumacher-Haus bei der SPD neu angemeldet. In der gleichen Zeit bekam die CDU 650 und die FDP 130 Neu-Anmeldungen. Nach der Wahl registrierten die SPD rund 200, die CDU 150 und die FDP rund 30 Neuaufnahmen. Die SPD hat jetzt in Hamburg 35 000, die CDU 7 000 und die FDP 2 000 Mitglieder."

Eine Aufschlüsselung der Neuaufnahmen für die SPD in Dortmund zeigt exemplarisch einen außerordentlich hohen Anteil von Arbeitern: 39 % Arbeiter, 21 % Angestellte, 19 % Schüler, Studenten und Lehrlinge, 16 % Beamte und 5 % Selbständige. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß etwa 62 % dieser Neuzugänge im „Juso-Alter", also unter 35 Jahre, sind. Diese Zahl macht auch die „Integrations-Kraft" der Jusos für die SPD deutlich.

Mit ihrer Wahlkampf-Propaganda konzentrierte sich die SPD durchaus nicht – wie einige ihrer Führer behaupteten – auf „die Wähler der Mitte", sondern vielmehr auf die Arbeiter, kleinen Angestellten und Beamten, sowie auf die werktätige und lernende Jugend, d.h. auf die Jungwähler. Den Stimmen-Zugewinn erhielt die SPD infolgedessen auch weniger aus traditionellem CDU-Reservoir, sondern durch die nahezu vollständige Mobilisierung der Industrie-Arbeiterschaft und eines großen Teils der Jugend. Diese gelungene Mobilisierung drückte sich auch in der außerordentlich hohen Wahlbeteiligung von über 90 % aus.

Die Behauptung eines entscheidenden Stimmen-Zugewinns aus dem „Reservoir der Mitte", dient den

Forts. Seite 4



Italiens Arbeiter im Kampf

22.November: 200.000 Metaller aus ganz Italien sind in Mailand zusammengekommen, um für ihre Forderungen zu demonstrieren.

Ein Strom von Arbeitern überflutete am 22. November die Straßen von Mailand. Aus allen Regionen Italiens folgten 200 000 Arbeiter dem Aufruf der Metallgewerkschaften zur nationalen Demonstration; damit war nicht nur der Höhepunkt der Tarifkämpfe 1972 erreicht, sondern



Während der Metaller-Demonstration am 22.November in Mailand waren viele antifaschistische Parolen zu hören und zu sehen: Hier Arbeiter aus Pontedera mit ihrem Spruchband „No al fascismo" (Nein zum Faschismus)

auch die eindrucksvolle Demonstration der Hunderttausend im „heißen Herbst" 1969 übertroffen. Sechs kämpferische Demonstrationszüge zogen stundenlang durch die Straßen der Stadt, um sich schließlich auf dem Domplatz zu vereinigen. Aber der riesige Platz war für die ungeheure Menge zu klein. Das Ende der Züge mußte in den benachbarten Straßen bleiben, während Arbeiter und Gewerkschaftler sowie Genossen einer vietnamesischen Delegation ihre Reden hielten.

Mailand, die Stadt der „strage di stato" (faschistischer Bombenanschlag, der am 12. Dezember 1969 sechzehn Menschen tötete) und der blutigsten Provokationen der Bourgeoisie – aber auch, wie sie ein alter Mailänder Arbeiter in seiner Rede genannt hat, „das Herz der italienischen Arbeiterklasse" – erscholl stundenlang von kämpferischen und politisch bewußten Parolen. Nicht eng auf den Tarifvertrag beschränkt, gingen die Arbeiter auf die gesamte politische Situation ein, richteten sich gegen die repressive und arbeiterfeindliche Andreotti-Regierung, gegen den von der Staatsgewalt unterstützten faschistischen Terror:

„Eine Bombe, ein Prozeß, eine strage di stato; aber die Arbeiterklasse wird die schwarzen Machenschaften stoppen."

Die Demonstranten forderten die Befreiung politischer Gefangener, die Verteidigung der Kampf- und Organisationsformen der Arbeiterklasse, den einheitlichen Kampf der nord- und süditalienischen Arbeiter. Und wieder waren die Parolen des „heißen Herbst" '69 zu hören:

„Fascisti, borghesi, ancora pochi mesi" (Faschisten, Kapitalisten – nur noch wenige Monate) und „Das ist nur der Anfang, der Kampf geht weiter!"



22. November: In Rom demonstrieren 40.000 Bauarbeiter, Arbeiter und Angestellte des Staates, Metaller und Bankangestellte gemeinsam gegen die Politik des bürgerlichen Staates und für die Forderungen ihrer Klasse.

22. Oktober: 60.000 Arbeiter demonstrieren in Reggio gegen faschistische Bombenanschläge.

In Mailand am 22. November haben die Metaller klar und deutlich gezeigt, daß sie der von der Bourgeoisie propagierten „Normalisierung" entschiedenen Widerstand entgegensetzen werden. Damit haben sie die durch den übereilten Schluß der Chemie-Tarifrunde vor einigen Wochen veranlaßten pessimistischen Einschätzungen über den weiteren Verlauf der Tarifkämpfe widerlegt. Der Kampf der Metaller, auf dem am Anfang die Verzögerungstaktik und die Schwankungen der Gewerkschaftsspitzen, eine gewisse Isolierung und der ungenügende Ausgang der Tarifrunde im Chemiebereich gelastet hatten, erfuhr in den letzten Wochen eine zunehmende Radikalisierung, die den Hoffnungen der Kapitalisten auf einen nur kurzen Zusammenstoß und auf einen schmerzlosen Tarif-Vertrag einen kräftigen Schlag versetzte.

Eine entscheidende Wende zeichnete sich ab im Zusammenhang mit der von den Gewerkschaften organisierten nationalen Konferenz von Reggio über die Probleme der ökonomischen Entwicklung und die Aufgaben der Arbeiterbewegung in Süditalien. Faschistische Kommandos nahmen diese Konferenz zum Anlaß, eine großangelegte Provokation zu starten. Die Züge, die die Arbeiter aus dem Norden nach Reggio zur Demonstration am 22. Oktober fuhren, wurden zum Ziel einer Reihe von Bombenanschlägen, die aus reinem Zufall kein Blutbad verursachten. 60 000 Arbeiter zeigten daraufhin auf der trotz alledem durchgeführten Demonstration ihre Empörung und ihre Wut.

In knapp achtundvierzig Stunden konnten ein Generalstreik und Dutzende von Demonstrationen in verschiedenen italienischen Städten organisiert werden, die das außerordentliche Kampfpotential der italienischen Arbeiterklasse zum Ausdruck brachten.

Der politische Generalstreik gegen die Bomben der Faschisten, der von den Gewerkschaften am 24. Oktober für eine Stunde erklärt worden war, aber in der Mehrzahl der Betriebe bis auf vier Stunden verlängert wurde, war ein bedeutendes Ereignis: das Zeichen der politischen Sensibilität und der Mobilisierungsfähigkeit der Massen; das Zeichen eines Willens zum direkten Eingreifen in das politische Leben, der es satt hat mit den leeren Bittschriften und den formellen Spitzenprotesten. 50 000 Arbeiter und Studenten auf der Straße in Bologna, 40 000 in Rom und Mailand, Tausende in Potenza, Pisa, Palermo und anderen Städten: der 24. Oktober war auch ein Moment des politischen Wachstums der italienischen Massen. Denn selten hatten sich an einem Kampftag so viele Elemente verbunden. Selten hat die Arbeiterklasse eine so gründliche und breite Antwort auf die allseitigen Angriffe des Kapitals gegeben.

Nicht nur gegen die letzte faschistische Provokation protestierten überall Tausende und Zehntausende, sondern gegen die Faschisierung des bürgerlichen Staatsapparats überhaupt, gegen die polizeiliche Repression in den Betrieben und in den Schulen, gegen den Plan der Kapitalisten und der Regierung, die Kosten der Krise auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen, gegen die Entlassungen und die Arbeitslosigkeit (*„Crisi, fascismo, cassa integrazione: le armi del padrone"*, Krise, Faschismus, Aussperrung: die Waffen der Kapitalisten).

In diesem letzten Monat, vom antifaschistischen Generalstreik des 24. Oktober über zahlreiche andere wichtige Mobilisierungen, über Streiks, innerbetriebliche Versammlungen und Züge bis zur Demonstration der 200 000 in Mailand, ist der Wille zum Kampf und zum Sieg der italienischen Arbeiterklasse zum Ausdruck gekommen. Ein Wille, der sich durch die Erpressung mit der Krise, durch die Faschisten, die Bomben, die Repression, die Entlassungen und die Aussperrungen bislang nicht hat einschüchtern lassen. Ein Wille, der heute, wo es immer weniger Raum gibt für die Illusion einer kurzfristigen revolutionären Lösung, noch bemerkenswerter ist als vor drei Jahren. ■

Forts. von Seite 2

Fußtritt für die SPD-Linke

SPD-Führern im Wesentlichen zur demagogischen „Begründung" ihrer Politik im Interesse eben dieser beschworenen „Mitte", einer Politik, die „nicht allein im Interesse der Arbeiter" gemacht werden kann, wie Brandt sich einmal ausdrückte. Diese gleiche Funktion für die SPD-Führer hat auch der ständig wiederholte Hinweis auf eine angebliche „Bremser-Rolle der FDP" innerhalb der Koalition.

Tatsächlich handelt es sich hierbei um ein Spiel mit verteilten Rollen zwischen SPD- und FDP-Führern im Interesse einer Verwirrung der Arbeiterklasse. Einem Spiel allerdings, bei dem der Regisseur stets der gleiche bleibt – die Kapitalistenklasse.

Die SPD-Regierung braucht zudem Hinweise auf die „Bremser-Rolle" der FDP, die angeblich notwendige „Rücksichtsnahme auf andere Interessen", um überhaupt ihre bürgerliche Politik innerhalb der eigenen Partei und gegenüber ihren Wählern „begründen" zu können.

Wenige Tage vor der Wahl – als Umfrage-Institute schon das Ergebnis eines deutlichen Sieges der SPD/FDP-Koalition meldeten – begann Kanzler Brandt bereits sein „Wahlkampf-Kostüm" wieder auszuziehen. Nicht mehr „Fortschritt oder Reaktion" hieß es in den letzten Zeitungs-Interviews, die er gab, sondern „Zusammenarbeit auf Strauß und Barzel, für das „Wohl des Ganzen", für das „Wohl aller Deutschen" – wie es hieß.

Am 18. November – also einen Tag vor der Wahl – brachte die „Hamburger Morgenpost" ein letztes Brandt-Interview, worin dieser ausführte, daß nach der Wahl „sich dann a l l e politischen Kräfte wieder zusammenfinden (müssen) zu gemeinsamer Arbeit zum Wohle des Volkes und der ganzen deutschen Nation. Ich bin bereit."

Noch in der Wahlnacht selbst begannen die SPD-Größen die „Wahlkampf-Kulissen" wieder wegzuschieben. Aus den wortreichen „Arbeitnehmer-Vertretern" wurden wieder die alten Geschäftsträger einer bürgerlichen Regierung. Nicht mehr „Fortschritt oder Reaktion" stand zur Debatte, sondern das Angebot Brandts an Barzel zu „gemeinsamer Beratung". Aus dem „Gegner" von gestern wurde der Partner von morgen.

Bereits ein paar Tage nach der Wahl gingen die SPD-Führer zu massiven Angriffen gegen diejenigen Kräfte über, die ihnen zum Wahlsieg verhalfen: gegen die Gewerkschaften (stellvertretend für die Arbeiterklasse und andere werktätigen Schichten) und gegen die Jusos (stellvertretend für die werktätige und lernende Jugend).

Als Gewerkschaften und Jusos den SPD-Vorstand vorsichtig an bestimmte Zusagen erinnerten, z.B. an die „paritätische Mitbestimmung" und die „Verbesserung der Bildungsmisere", mußten sie sich durch diesen anpöbeln lassen. SPD-Vorstandssprecher Schulz kanzelte dies als „egoistische Gruppeninteressen" ab und sprach Gewerkschaften und Jusos pauschal das Recht ab, bestimmte „Forderungen an diesen Staat" zu stellen: „Gemeint sind jene, die ohne ein Quentchen mehr oder weniger an Legitimation als alle anderen aus dem Wahlsieg Forderungen für sich und ihre Heerhaufen ableiten wollen." (zitiert nach „Hamburger Morgenpost" vom 23.11.72)

Fast konnte man meinen, hier nicht einen SPD-Führer zu hören, sondern den CSU-Boß Strauß höchstpersönlich. Es gehört für einen SPD-Führer schon allerhand Kaltschnäuzigkeit dazu, Arbeiterklasse und Jugend in diesem Staat als „Heerhaufen" zu diffamieren, die gefälligst keine „egoistischen Gruppeninteressen" als „Forderungen an diesen Staat" zu stellen haben, sondern .... ja was eigentlich?

Offenbar wohl den Mund halten und abwarten, was vom gedeckten „Tisch der Reichen" für sie an Krumen abfällt.

Wessen Interessen will die SPD-Regierung eigentlich wahrnehmen, wenn nicht die Interessen der zig Millionen Arbeiter, Angestellten, kleiner Beamten und Jugendlichen, eben jene „Interessen der 85 % der Habenichtse", die von den SPD-Führern im Wahlkampf so eifrig beschworen wurden? Was verstehen Brandt & Co unter dem vielzitierten „Wohl des ganzen Volkes", wenn nicht in erster Linie das Wohl seiner übergroßen Mehrheit? Offenbar doch das Wohl einer gewissen Minderheit, eben der Kapitalistenklasse. Den Forderungen dieser Leute jedenfalls, die bereits einen Tag nach der Wahl unzweideutig auf dem Tisch lagen, sind die SPD-Führer bisher herzlich gern und ohne viel Aufhebens nachgekommen.

Im Wahlkampf war es gerade der ‚linke' Anhang der SPD-Führer, die Gewerkschaften, die Jusos, der SHB (Sozialdemokratischer Hochschulbund) etc., der der SPD die Masse an Wähler-Stimmen zuführte. Und dieser gesamte ‚linke' Anhang muß es nun – schon wenige Tage nach der Wahl – erleben, wie ihm die SPD-Führer dies danken: durch einen Tritt in den Hintern.

Die SPD-Führer sind ihrer Sache derart sicher, daß sie es nicht einmal für nötig erachten, wenigstens eine gewissen „Anstands-Frist" einzuhalten. Dies zeigt, was die SPD-Führer gegenüber Arbeiterklasse und fortschrittlichen Teilen der Bevölkerung noch glauben, sich erlauben zu können.

Diese Entwicklung war durchaus abzusehen. Sie eröffnet aber gleichzeitig verbesserte Chancen für die Entwicklung kommunistischer Massenpolitik. Einer Politik also, die es versteht, echte Alternativen zum bürgerlichen Parteien-Betrieb zu entwickeln. Eine ausschließlich an den Interessen der Arbeiterklasse orientierte Massenarbeit ist hierfür ebenso Voraussetzung, wie der Bruch mit dem pseudo „linken" Sektierertum verschiedener „kommunistischer" Gruppen und dem penetranten Parteiladen-Plunder von DKP und anderen.

Unser Weg

REVISIONISMUSKRITIK 5

CHILE: ‚Friedlicher Übergang' zum Sozialismus?

Sektierer in der Sackgasse

Einige politische Gruppen wollten die Wähler zur Abgabe von Proteststimmen gegen die bürgerlichen Parteien CDU/CSU, SPD und FDP gewinnen. Ohne die Chance, eigene Vertreter ins Parlament zu schicken, sollten die Wähler doch wenigstens auf dem Stimmzettel irgendwie ihre Unzufriedenheit mit der Politik a l l e r bürgerlichen Parteien zum Ausdruck bringen.

So propagierten die „KPD/ML"s zusammen mit einigen anderen Gruppierungen, den Stimmzettel durch Beschriften mit Parolen ungültig zu machen. – Die DKP stellte sich zwar mit eigenen Kandidaten zur Bundestagswahl; indessen war klar, daß die DKP nicht die geringste Chance hatte, über die undemokratische 5 %-Klausel zu kommen. Auch die Wahl der DKP hatte also reinen Protest-Charakter.

Das Wahlergebnis zeigt einen merklichen Rückgang der Protest-Stimmen. Mit 91,2 % lag die Wahlbeteiligung noch um einige Prozent über der schon hohen von 1969. Die Zahl der ungültigen Stimmen ist weiter zurückgegangen. Sie lag 1969 noch bei über 500.000, diesmal aber (trotz mehr als 2 Mio. neuen Wählern) nur noch bei 300.000. Von den abgegebenen Stimmen ist noch bei keiner Bundestagswahl (außer 1957, unmittelbar nach dem KPD-Verbot, als keine Partei links von der SPD kandidierte) ein so großer Teil auf den Block der bürgerlichen Parteien entfallen. Das kam vor allem der SPD zugute, die ihren größten Triumph seit Bestehen der Bundesrepublik feiern konnte und erstmals die CDU/CSU überrundete.

Die DKP bekam 0,3 % der Stimmen. Dieses Ergebnis bezeichnet einen Tiefpunkt der Linken außerhalb der SPD, nachdem die DFU 1961 noch 1,9 % und die ADF 1969 immerhin 0,6 % der Stimmen bekam. Das bedeutet, daß die SPD über 80 % der linken Protest-Wähler von 1961 inzwischen zurückgewonnen haben dürfte; mehr noch: die Linksentwicklung der letzten Jahre, vor allem in der Jugend, scheint von der SPD fast vollständig aufgefangen zu sein. Bemerkenswert ist außerdem, daß diesmal durchschnittlich nahezu jeder vierte DKP-Wähler seine Zweit-Stimme einer anderen Partei, meist wohl der SPD, gab.

Auch mit der krausesten Logik kann die DKP dieses Wahlergebnis nicht zu einem Erfolg hochjubeln. Freilich haben die DKP-Führer damit recht, wenn sie sagen, daß dieses Wahlergebnis nicht die wirkliche Stärke der außerparlamentarischen Linken widerspiegelt. Gerade daraus zieht ja die Bourgeoisie propagandistischen Vorteil, indem sie das lächerlich niedrige Wahlergebnis der DKP als Argument zitiert, die Bevölkerung hätte „den Radikalen eine Abfuhr erteilt" und für die „demokratischen Parteien" (d.h. für die bürgerlichen Parteien) gestimmt.

Die DKP hat über das zu erwartende Wahlergebnis übertriebene Hoffnungen nicht nur verbreitet, sondern auch selbst gehegt.

So wurden z.B. angesichts von mehr als 2 Mio. neuen Wählern große Erwartungen an eine Angabe aus dem Jahresbericht 1971 des „Verfassungsschutz" geknüpft: bei den Bremer Bürgerschaftswahlen 1971 hätten über 14 % der Jungwähler für die DKP gestimmt. – Bei einer öffentlichen Diskussion vor den Wahlen in einem Hamburger Studentenwohnheim plauderte Beate Landefeld (DKP-Bundestagskandidatin und Mitglied des Parteivorstandes) aus, mehr als „nur" etwa 1 % der Stimmen würde die DKP wohl nicht kriegen, weil die Arbeiter „psychologische Hemmungen" vor der Wahl der DKP hätten. Das sollte ganz besonders realistisch erscheinen, war aber immer noch weit überschätzt. – Dagegen war der Wahlkampf der DKP mit der Hauptparole „Kommunisten in den Bundestag" an die Verbreitung der Illusion geknüpft, die 5 %-Klausel könne man schon schaffen.

Der DKP-Parteivorstand hat sich mit dem Wahlergebnis „nicht zufrieden" erklärt, aber versöhnend hinzugefügt, die DKP würde den Arbeitern das Ergebnis nicht weiter übel nehmen. Immerhin sei ja das Hauptziel erreicht, nämlich die Abwehr von Strauß und Barzel. Und am Erreichen dieses Ziels hätte schließlich auch die DKP mitgewirkt, deren „Stärkung" nun das Allerwichtigste sei.

Der DKP-Parteivorstand kann nicht erklären, w a r u m das Wahlergebnis der DKP nicht dem „wachsenden Einfluß" der Partei entspricht; w a r u m trotz des erheblichen Abbaus antikommunistischer Stimmungen die DKP heute nur ein Sechstel der DFU-Stimmen von 1961 bekommt; w a r u m sogar noch jeder vierte DKP-Wähler seine Zweit-Stimme einer bürgerlichen Partei gegeben hat. Stattdessen Ratlosigkeit („mit dem Ergebnis sind wir nicht zufrieden"), die sogleich durch die sattsam bekannte Selbstgefälligkeit („DKP stärken") zugedeckt wird. Vor der Tatsache, daß die mit den September-Streiks 69 eingeleiteten Arbeiter-Kämpfe auf der parlamentarischen Ebene zunächst ausschließlich für die SPD zu Buche schlagen, stehen die DKP-Führer ebenso hilflos wie die Super-„Linken".

Die kommunistischen Organisationen außerhalb der DKP fanden sich mit wenigen Ausnahmen zusammen in Aufrufen, den Stimmzettel ungültig zu machen. Die Ausnahmen waren in erster Linie der Kommunistische Bund und die ABG München, die zur Stimmabgabe für die SPD aufriefen.

KB Bremen und NRF Heidelberg forderten gemeinsam dazu auf, die Worte „Weg mit dem KPD-Verbot! KDP!" auf den Stimmzettel zu schreiben. Die „KPD/ML" schlug vor, irgendeine Parole gegen die bürgerlichen Parteien und den bürgerlichen Staat auf den Zettel zu schreiben. Die „KPD" wollte „KPD" auf den Zettel schreiben lassen – wer das nicht wollte, dürfte aber auch „Rotfront" hinschreiben. Der Tübinger KABD rief dazu auf, nicht zur Wahl zu gehen. „KPD/ML" und „KPD" fühlten sich darüberhinaus lächerlicherweise bemüßigt, mit langen Erklärungen ihren „Verzicht auf eine eigene Kandidatur" zu begründen.

Uns interessiert hier die Begründung von KBB/NRF für ihr Vorgehen bei den Wahlen, wobei wir uns an deren gemeinsame Erklärung halten (abgedruckt u.a. „Wahrheit", Oktober 72). Wir gehen näher auf KBB/NRF ein, weil wir sie für die einzigen politisch und organisatorisch ernstzunehmenden Vertreter dieser Richtung halten.

Die Genossen sagen: Auf der Ebene der Stimmabgabe gibt es noch keine Alternative zu den bürgerlichen Parteien. Die Stimmabgabe bei den Wahlen sei aber auch gar nicht entscheidend, sondern entscheidend sei der Klassenkampf. Deshalb sollten die Arbeiter bei den Bundestagswahlen „für die Forderungen der Arbeiterklasse" stimmen. Die Genossen nennen dann diese angeblichen Forderungen, wobei sie wirtschaftliche Forderungen („Für die Steigerung des Reallohns", „Für den 7-Stundentag") mit revolutionären Parolen („Schluß mit der Herrschaft der Kapitalistenklasse!") und mit gutgemeinten Apellen an die Arbeiter selbst („Besiegt den Imperialismus!") verquirlen.

Stellvertretend für dieses angebliche „Kampfprogramm der Arbeiterklasse" sollten die Worte „Weg mit dem KPD-Verbot! KPD!" auf den Stimmzettel geschrieben werden.

Die „Begründung" hierfür ist wiederum bemerkenswert: Kommunisten beteiligen sich am Wahlkampf, um das bürgerliche Parlament für die proletarische Politik auszunutzen. Nun wird aber das „Kampfprogramm der Arbeiterklasse" von keiner der auf dem Stimmzettel stehenden Parteien vertreten. Also muß erst eine Partei geschaffen werden, um das Parlament im Sinne des „Kampfprogramms der Arbeiterklasse" auszunutzen. – Deshalb, so sagen die Genossen, gebe es heute zwei „Hauptaufgaben": zum einen die Aufhebung des KPD-Verbots, denn „indem die westdeutsche Bourgeoisie 1956 die

KPD von ihren Richtern hat verbieten lassen, hat sie der Arbeiterklasse die Möglichkeit genommen, das bürgerliche Parlament für den proletarischen Kampf auszunutzen." Zum anderen müsse aber überhaupt erst wieder eine Kommunistische Partei aufgebaut werden.

Indem man also „Weg mit dem KPD-Verbot!" auf den Stimmzettel schreibt, dokumentiert man seine Unterstützung der ersten „Hauptaufgabe". Indem man dann noch „KPD!" dazu setzt, hat man auch die zweite „Hauptaufgabe" unterstützt, nämlich die Neugründung einer Kommunistischen Partei.

In der „Wahrheit" vom Oktober ist diese sehr logische und prinzipienfeste Wahl-Empfehlung noch auf eine besonders ulkige Art begründet worden:

„Es genügt nicht, wie die 16 Jahre KPD-Verbot bewiesen haben, den Kommunisten nur beizupflichten oder sie zu bedauern. Aufgehoben wird das Verbot nur durch massiven Kampf der Arbeiterklasse für ihre eigene Partei; kein anderer wird es für uns tun. Die einfachste und gleichzeitig aktive Handlung als echte Willensäußerung ist die Kennzeichnung des Stimmzettels mit den Buchstaben KPD."

Hier wird den Arbeitern die ungültige Stimmabgabe geradezu als Ersatzhandlung schmackhaft gemacht: Wenn Ihr schon 16 Jahre lang nichts getan habt, um uns Kommunisten zu unterstützen, dann könntet Ihr doch diesmal wenigstens ‚KPD' auf Euren Stimmzettel schreiben – das tut Euch nicht weiter weh, und wir sehen immerhin Euren guten Willen!

Ähnlich wie in der Oktober-Nummer hat die „Wahrheit" erneut im November argumentiert:

„Nicht die Wahl einer bürgerlichen Partei, sondern der Aufbau einer eigenen revolutionären, kommunistischen Partei steht auf der Tagesordnung. Den Willen, diese Partei aufzubauen, bekunden alle fortschrittlichen Arbeiter und Kommunisten am 19. November auf den Stimmzetteln mit der Losung WEG MIT DEM KPD-VERBOT! KPD!"

Wir sehen hier das unter den Super-„Linken" sehr beliebte Instrument der moralischen Erpressung angewandt: Hör mal Kollege, a l l e fortschrittlichen Arbeiter schreiben diesmal ‚KPD' auf den Stimmzettel. Und da willst ausgerechnet D U nicht mit dazu gehören!?

Noch etwas wilder trieb es in Hamburg die mit KBB/NRF zusammenarbeitende Sozialistische Studentengruppe (SSG), die rundweg erklärte, „kein ehrlicher Arbeiter" könnte noch die SPD wählen.

Hier ist nicht zu klären, wieweit hinter den Redensarten von „alle fortschrittlichen Arbeiter" etc. handfeste Illusionen über den Wahlausgang steckten. Sicher ist aber, daß die Genossen mit solchem Geschwätz, das in grellem Kontrast zu den wirklichen Verhältnissen steht, ihren Beitrag dazu leisten, nicht nur sich selbst, sondern die Kommunisten insgesamt als Spinner hinzustellen, die gewohnheitsmäßig alles übertreiben.

Worum geht es!

Wenn die Genossen die Wahlen gleichsam zu einer Volksabstimmung gegen das KPD-Verbot und für eine neue KPD machen wollten, so sind ihnen „alle fortschrittlichen Arbeiter" darin durchaus nicht gefolgt. Für die große Mehrheit stand die Wahl einer bürgerlichen Partei, der SPD, „auf der Tagesordnung".

In Wahrheit gibt es den von den Bremer Genossen konstruierten Gegensatz „Entweder für die SPD stimmen o d e r die Partei aufbauen" auch gar nicht. Sonst müßte man den Sieg der SPD als einhelliges Votum gegen eine Kommunistische Partei interpretieren.

Die politisch bewußtesten Arbeiter wissen aber, daß eine revolutionäre Partei ihrer Klasse nicht mit dem Stimmzettel aufgebaut wird, daß „Willensbekundungen" auf dem Stimmzettel für die Schaffung einer solchen Partei bloße Spielerei sind. Bei den Wahlen stand nicht die Frage an, ob eine KPD aufgebaut werden soll oder nicht. Diese Frage wird auf einem ganz anderen Feld, im Klassenkampf, in der Auseinandersetzung um die politische Linie der Arbeiterbewegung entschieden. Bei den Wahlen ging es darum, welche Partei an die Regierung soll – und da ist die SPD freilich auch den politisch bewußtesten Arbeitern immer noch etwas lieber als die CDU/CSU, solange es auf dem Stimmzettel nur diese Schein-Alternative gibt. Mit ihrem Slogan „Willy Brandt – wen denn sonst?" hat die SPD geschickt die Stimmung getroffen. Den bewußtesten Arbeitern braucht man ja nicht zu erzählen, wie das ist mit der SPD, wie sie sich in der Vergangenheit mit Arbeiterblut beschmutzt hat, wie sie sich dem Kapital verkauft hat, wie sie heute reaktionäre Gesetze in Kraft setzt, wie sie durch ihren gewerkschaftlichen Einfluß die wirtschaftlichen Kämpfe schwächt usw. Aber, „wen denn sonst?" – Da i s t keine Alternative auf der Ebene des Stimmzettels; und eine bloße „Willensbekundung", daß man doch gern eine Alternative haben würde in Gestalt der KPD, ist für die Katz.

Die Genossen vom KBB/NRF reden doch oft vom „Aufschwung der Arbeiterbewegung." Wie hat dieser „Aufschwung" sich im Wahlergebnis niedergeschlagen? Wie hat die Verschärfung der Klassenkämpfe in den letzten Jahren seit den Septemberstreiks 69, wie hat die Regierungs-Politik der SPD seit Bildung der Großen Koalition Ende 1966 ihren Ausdruck im Wahlergebnis gefunden?

Man könnte sagen, daß der ganze „Aufschwung" der letzten Jahre keine grundsätzlichen Folgen hatte außer der Umgruppierung von einer bürgerlichen Partei zur anderen, von der CDU/CSU zur SPD.

Wir meinen aber, daß das Wahlergebnis etwas anderes zeigt. Die Gewinnung „traditioneller" CDU-Wähler für die SPD bei diesen Wahlen kennzeichnet mehr als das Überwechseln von einer bürgerlichen Partei zur anderen; sie ist meist Ausdruck einer veränderten Einstellung dieser Menschen – katholische Arbeiter, Kleinbauern, Angestellte u.a. – zu den gesellschaftlichen Verhältnissen. – Für die „traditionellen" Wähler der SPD dürfte es so sein, daß gerade nach den letzten Jahren die Zahl derjenigen sehr groß ist, die die SPD nur mit „Bauchschmerzen" gewählt haben. – Solange die Kommunisten nichts anderes zu bieten haben als „Willensbekundungen" auf dem Stimmzettel, sie würden gern die KPD neugründen – solange wird es zwangsläufig bei der Stimmabgabe für die SPD bleiben.

In Bezug auf das Wahlergebnis stellen sich also zwei Aufgaben als vordringliche: zum einen die Schaffung immer größerer Klarheit über die Politik der SPD und den unversöhnlichen Gegensatz dieser Politik zu den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse. Zum anderen geht es darum, verstärkt auf die Herausbildung einer proletarischen Organisation hinzuarbeiten, die sich auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens als wirkungsvolle Alternative zum bürgerlichen Parteibetrieb zu bewähren vermag. Zu diesen Themen werden in der nächsten Nummer des ARBEITERKAMPF weitere Beiträge erscheinen. ■

Maulkorb für 'Juso Hamburg'

Die Hamburger Jusos haben anläßlich der Bundestagswahlen in ihrer Broschüre „Juso Hamburg" Nr. 5/6 zur Beurteilung der SPD und ihrer eigenen Rolle Stellung genommen. Daß sie in diesem Zusammenhang aus dem ARBEITERKAMPF, also einer kommunistischen Zeitung zitierten, brachte den rechten SPD-Parteivorstand in Bonn auf die Palme. Das Zitat lautete:

„Das Demagogische und Großmäulige der Juso-Politik liegt auf der Hand. Sie schwadronieren, daß die Parteiführung schon nicht mehr an ihnen vorbeikönne und sie die „treibende Kraft" in der SPD seien.

Aber sie können nicht einmal verhindern, daß ihnen bei Mauschelsitzungen auf Bezirksebene ihre reformistischen Plänchen diskussionslos durch die Parteibürokratie vom Tisch gefegt werden. Sie müssen erleben, daß ihre wohlgemeinten Thesen zur Kandidatenaufstellung von der Parteispitze einkassiert werden und ausgerechnet die CDU/CSU es unternimmt, diese Thesen dann doch noch zu drucken. Die Jusos erhalten gerade soviel „Freiraum" in der SPD, wie notwendig ist, um die in der SPD organisierten fortschrittlichen Jugendlichen bei der Stange zu halten."

(aus ARBEITERKAMPF Nr. 21; in „Juso Hamburg" 5/6)

Die Jusos selbst schrieben dazu, daß dieser „Vorwurf" „nicht aus der Luft gegriffen" sei. Allerdings heißt es trotzdem weiter unten im Text, die SPD sei „die Partei, die am ehesten die Möglichkeit zur Durchsetzung einer an Arbeitnehmerinteressen orientierten Politik bietet". („Juso Hamburg", 5/6)

Die SPD-Löwen waren da aber ganz anderer Meinung. Der Parteivorstand in Bonn verbot kurzerhand das Erscheinen auch dieser Broschüre. Begründet wurde diese Maßnahme damit, daß „Juso Hamburg" es gewagt hatte, eine kommunistische Zeitung zu zitieren.

Da die Broschüre aber, bereits ausgeliefert war, kündigte man dem verantwortlichen Redakteur ein Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel des Parteiausschlusses an.

Hier gehen die rechten SPD-Führer offenbar noch über die ‚Münchner Antikommunismusbeschlüsse' hinaus, die jegliche „Zusammenarbeit mit Kommunisten" ausdrücklich untersagen.

Die Jusos dürfen sich demnach nicht einmal mehr mit den Schriften der Kommunisten auseinandersetzen!

Innerparteiliche Demokratie bei der SPD? – Wohl bekomm's! ■

SPD macht Jagd auf linke Jusos

OSTHOLSTEIN:

Vor und während des Wahlkampfes haben viele Juso-Gruppen versucht, mehr Einfluß als bisher auf die innerparteiliche Willensbildung der SPD zu nehmen. Ebenfalls versuchten sie Einfluß auf die Auswahl der SPD-Bundestags-Kandidaten zu bekommen. Die rechten Führungs-Cliquen in der SPD wehrten sich mit Erfolg gegen diese Versuche ihrer Partei-Jugend. Noch während des Wahlkampfes und vor allem danach hagelte es Disziplinar-Maßnahmen gegen „aufmüpfige" Jungsozialisten. Vielfach wurde mit Partei-Ausschlüssen gedroht. Wo dies nicht den gewünschten Erfolg einer Einschüchterung brachte, wurden direkte Maßnahmen eingeleitet: Die betroffenen Jusos wurden ihrer Ämter enthoben, ganze Gruppen erhielten Verbot für eigenständiges Auftreten, gegen führende Köpfe von Juso-Gruppen wurden „Parteiordnungsverfahren" eingeleitet mit dem Ziel eines Ausschlusses. Für viele Jusos zerbrach im Rahmen dieses Wahlkampfes die Illusion einer sozialistischen Strategie und Perspektive i n n e r h a l b der SPD.

Über organisations-interne Auseinandersetzungen in ostholsteinischen Juso-Gruppen berichtet ein Artikel der „ARBEITER-JUGEND-PRESSE" (Nr. 5) des KB/Gruppe Eutin. Wegen exemplarischer Bedeutung drucken wir diesen Artikel hier nach:

Am 17.9. fand in Lütjenburg die Wahlkreisvertreter-Versammlung der SPD statt. Nach dem Plan der führenden SPD-Funktionäre sollte Lauritz Lauritzen, derzeit Bundesminister für Verkehr, Post und Städtebau, ohne große Diskussion als Bundestagskandidat des Wahlkreises 7 (Plön/Oldenburg) nominiert werden. Er hatte sich in den Augen der rechten SPD-Delegierten hinreichend durch abgestandene Lobgesänge auf angeblich erbrachte „Leistungen" der sozial-liberalen Regierung und durch seichte Angriffe gegen die „üble Miesmacherei" der CDU/CSU qualifiziert.

Gar nicht so recht ins Konzept paßte den Veranstaltern daher ein unvorhergesehener Vorstoß der Plöner Jusos. Sie trugen eine am Vortag von ihrer Kreiskonferenz fast einstimmig verabschiedete Stellungnahme vor, in der sie die „Erfolge" der sozialdemokratischen Regierung bilanziert hatten. Vor allem wandten sie sich gegen die wachsenden Formierungsbestrebungen der westdeutschen Kapitalistenklasse, gegen den unter führender Beteiligung der SPD forcierten Ausbau des Staatsapparates (Aufrüstung der Polizei) und gegen den Abbau noch bestehender demokratischer Rechte (Bundesgrenzschutzgesetz, Vorbeugehaft, Berufsverbot für Demokraten).

Arbeiterjugend Presse

Zeitung des Kommunistischen Bundes Gruppe Eutin für die Berufs- und Handelsschüler

Insbesondere entlarvten sie die schändliche Rolle der rechten SPD-Führer, die – wie auch schon während der Weimarer Republik – der herrschenden Klasse helfen, das Instrumentarium zu schaffen, das diese im Krisenfall zur blutigen Niederwerfung der rebellierenden Arbeiterklasse benötigt; ferner, wie Brandts Versprechungen, „mehr Demokratie wagen" zu wollen, sich in der Realität – angesichts der steigenden Militarisierung der Gesellschaft durch Wehrkundeerlaß, Errichtung besonderer Bundeswehrhochschulen und der gewaltigen Aufrüstung – zynisch in ihr Gegenteil verkehren, wie unter dem Deckmantel der Sozialpartnerschaft die Tarifabschlüsse so sehr gedrückt werden, daß sie einem Lohnabbau gleichkommen.

Letztendlich stellten sie fest, daß diese SPD/FDP-Regierung trotz aller Phrasen über einen vorgeblich „demokratischen Sozialismus" uns nicht auf den Weg zum Sozialismus führt, daß der Ausweg vielmehr im gemeinsamen Kampf sozialdemokratischer, kommunistischer und anderer Kräfte gegen die wachsenden Formierungsbestrebungen der Kapitalistenklasse liegt.

Wie nicht anders zu erwarten, stieß diese berechtigte Kritik an der SPD/FDP-Regierung bei den rechten sozialdemokratischen Delegierten auf schroffe Ablehnung. Bereits auf dieser Versammlung zeichnete sich ab, daß die Jusos sich nicht ungestraft der Partei-Führung widersetzen können; von einigen Delegierten wurden sie gar aufs übelste angepöbelt und mit Zurufen wie „Zusammenschlagen!" und „Austreten soll er!" (OHA, 18.9.) bedroht.

Wenige Tage später holte der Landesvorstand zum entscheidenden Schlag aus; es sollte ein Exempel statuiert werden – zur Warnung an alle noch in der SPD befindlichen fortschrittlichen und ehrlichen Kräfte: Am 23.9. wurde eine Sondersitzung des Landesvorstandes nach Malente einberufen, um „über die Juso-Erklärung anläßlich der Wahlkreisversammlung am 17.9.72 zu beraten." (OHA, 25.9.)

Erwartungsgemäß wurde das Papier einstimmig vom Landesvorstand „nach Form und politischem Inhalt" abgelehnt. Um einer ihm unangenehmen inhaltlichen Auseinandersetzung – und damit auch einer Auseinandersetzung mit zahlreichen SPD-Kollegen, die hinter dem Papier standen – auszuweichen, wurde wieder einmal das Gespenst des Kommunistenschrecks hervorgekramt: Nach Jansens Worten könne „eine nur der Demokratie und dem sozialen Gedanken verpflichtete Partei wie die SPD es nicht hinnehmen, wenn sich Kommunisten oder Maoisten in die SPD oder die Jungsozialisten einschleichen, um durch die Veröffentlichung von ‚politisch hirnverbrannten Thesen', die durch kein Parteiprogramm und keinen Parteitagsbeschluß abgedeckt sind, die SPD unverantwortlich zu schädigen. Der demokratische Sozialismus der SPD (?) . . . erfordere die von den Sozialdemokraten eindeutig festgelegte Abgrenzung zu Kommunisten und Rechtsradikalen." (OHA, 25.9.)

Als Sofortmaßnahme wurde beschlossen: Die für das Papier Verantwortlichen werden aller Ämter enthoben, ihre Mitgliedschaft ruht. Ferner wurde ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet mit dem Ziel, die Verantwortlichen aus der Partei auszuschließen. Drittens sollte gegen alle Jusos, die das Papier inhaltlich akzeptieren, ein Parteiausschluß beantragt werden.

Um alle potentiellen Gegner der Parteilinie ausfindig zu machen und die fortschrittlichsten Jusos zu isolieren – vor allem die Preetzer Jusos, die wegen ihrer Kritik an der „Neuen Ostpolitik" den rechten SPD-lern schon lange ein Dorn im Auge waren –, startete der exponiert rechte Landtagsabgeordnete und Plöner Kreisvorsitzende Klinke einen weiteren Vorstoß; er versuchte, alle 500 Jusos (!) des Kreises zur Unterschrift eines Revers zu zwingen: Ihnen wurde eine Karte und ein Begleitbrief zugestellt, in dem es unter anderem heißt:



„Wenn du mit dem Text einverstanden bist, so kreuze ja an, wenn du mit dem Text nicht einverstanden bist, so kreuze nein an . . . Der Landesvorstand fordert den Kreisvorstand auf, in seinem Bereich umgehend festzustellen, wer inhaltlich hinter dem JS-Papier vom 16. September 1972 steht, um gegebenenfalls unverzüglich Parteiordnungsverfahren einzuleiten." ■

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan...

Am 29. November hat das Bonner Landgericht auf Antrag des Parteivorstandes der SPD entschieden, daß der „Sozialdemokratische Hochschulbund" das Wort „sozialdemokratisch" nicht mehr verwenden darf. Diesen Antrag hatte der SPD-Vorstand am 2.6.72 beschlossen. Wenige Tage nach dem Wahlsieg der SPD in den Bundestagsneuwahlen hatte der SHB in einem Offenen Brief an den Bundeskanzler Willy Brandt eine Aufhebung dieses Beschlusses verlangt. Denn gerade an den Universitäten hatte der SHB durch eigene Wahlkampagnen dafür gesorgt, daß rund 60 % aller Jungwähler für die SPD gestimmt haben. Der Fußtritt der SPD für diese Hilfe folgte mit diesem Gerichtsurteil.

Schon 1961 hatte sich die SPS von ihrem damaligen Studentenverband SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) getrennt und gleichzeitig mit dem bereits bestehenden SHB ein Abkommen über die Benutzung des Wortes "sozialdemokratisch" getroffen, das dem SPD-Vorstand jederzeit erlaubte, diese Benutzung zu widerrufen. Anfang 1971 war es soweit, dem SHB wurde erst einmal jede finanzielle Unterstützung entzogen. Im Herbst 71 „überlegte" der SPD-Vorstand dann unter kräftiger Mithilfe des reaktionären Professorenverbandes "Bund Freiheit der Wissenschaft" und der Springer-Presse, ob und wie dem SHB der Name zu verbieten sei. Unmittelbar nach dem Mißtrauensantrag der CDU/CSU im April forderten sowohl Barzel als auch Strauß im Bundestag die Trennung der SPD vom SHB. Am 28. Juni stellte der SPD-Vorstand gegen den Bundesvorstand des SHB den Antrag auf eine einstweilige Verfügung, die es dem SHB untersagte, den Begriff „sozialdemokratisch" im Namen zu führen. Der Widerspruch des SHB ist jetzt abgelehnt worden. Der SHB hat heute mehr als 60 Hochschulgruppen und über 5000 Mitglieder. Er ist damit der stärkste und am weitesten verbreitete Studentenbund. „Der SHB betrachtet sich als Bestandteil der Sozialdemokratie", wie er selbst in seinem 8-Punkte-Programm erklärt. Der SHB ist der Bestandteil der Sozialdemokratie, der die Zusammenarbeit mit Kommunisten nicht prinzipiell ablehnt und gegenwärtig an an vielen Hochschulen ein Bündnis mit dem „Marxistischen Studentenbund – Spartakus" (steht der DKP nahe) eingegangen ist. Dies nun wirft ihm die SPD-Führung vor und begründet damit ihr gerichtliches Vorgehen. Die SPD-Führung spricht in ihrem Antrag von „Täuschung der Öffentlichkeit". Hat also diese Politik des Aktionsbündnisses mit links von der SPD stehenden politischen Gruppen dem Sozialdemokratismus geschadet? Dann wäre es zumindestens verständlich, warum die SPD so gegen den SHB vorgeht.

Die Hamburger Universität gibt ein Beispiel für die Ergebnisse der Politik des SHB: noch vor einem Jahr war der „Spartakus" der große Gewinner der Wahlen zum Studentenparlament, und der SHB bildete lediglich den Juniorpartner bei der Bildung des AStA. Damals war ein größerer Teil der Studenten der Politik der SPD gegenüber ablehnend eingestellt. Der SHB verfolgte darauf die Politik der Anpassung an den „Spartakus" und stellte keine offen sozialdemokratischen Parolen in seiner Propaganda auf. Der Erfolg war durchschlagend: im Sommersemester 72 bekam der SHB alle Kandidaten bei der Studentenparlamentswahl durch der Studentenparlamentswahl durch, der „Spartakus" nur da, wo der SHB nicht für alle Plätze Kandidaten aufgestellt hatte. Jetzt ging der SHB auch daran, wieder offen für die SPD Propaganda zu machen und behauptete, „daß der sozialdemokratischen Bewegung ... eine entscheidende Rolle zukommt". (8-Punkte-Programm)

Das Ergebnis der Bündnispolitik des SHB ist für die SPD überaus nützlich: Stärkung des Sozialdemokratismus in der Studentenschaft, d.h. des Glaubens, daß die SPD die große „reformerische" und „fortschrittliche" Kraft ist, und Isolierung der Strömung, die der DKP nahe steht. Wenn die SHB-Politik der SPD so sehr genützt hat, warum bekam der SHB dann diesen Fußtritt? Es sind dies vor allem zwei Gründe: einmal geht die Verschiebung des politischen Zentrums der Studentenschaft nach rechts den Kapitalisten zu langsam, denn in ihrem Kampf gegen die Arbeiterklasse brauchen sie Bündnispartner, und die hoffen sie auch bei den Studenten zu finden. Daher hat die SPD den Auftrag, den vergleichsweise fortschrittlichen SHB zu isolieren und zu zerschlagen. Den orientierungslosen Studenten sollen dann andere rechtere Studentenorganisationen als ihre Interessenvertreter angeboten werden. Der SPD-Vorstand beschloß daher auch im Juni, den Aufbau von Sozialdemokratischen Hochschulgruppen voranzutreiben, die die Aufgabe haben, das SHB-Potential nach seiner Zerschlagung aufzufangen und noch enger an die rechte Sozialdemokratie zu binden.

Zum anderen ist der SHB keine Parteiorganisation der SPD, also nicht so gut kontrollierbar. Die neu aufzubauenden Gruppen werden dagegen der Parteidisziplin von vornherein unterworfen und dürfen sich auch nicht mehr überregional zusammenschließen.

Das Vorgehen gegen den SHB zeigt klar, daß alle Theorien falsch sind, die behaupten, die SPD ergreife nur unter dem Druck von CDU/CSU reaktionäre Maßnahmen, an sich wolle sie aber gar nicht. Die SPD macht genau das, was die Kapitalisten von ihr erwarten, und das ist trotz und gerade wegen des SPD-Wahlsiegs die „Säuberung" der Partei von allen fortschrittlichen Menschen. Nach dem Vorgehen gegen den SHB hat die Hamburger SPD schon die „Säuberung" bestimmter Juso-Gruppen angekündigt. Auf der Abschußliste der Kapitalisten stehen auch schon solche Studentengruppen wie die ESG (Evangelische Studentengemeinde) und KDSE (Katholische Deutsche Studenteneinigung): ihre Finanzierung aus dem Bundesjugendplan soll gestrichen werden. Ebenso klar wird, daß alle Versuche zum Scheitern verurteilt sind, die SPD „von innen" zu einer fortschrittlichen Partei zu ändern – wie es die Jusos vorhaben – zu gegebener Zeit sind diese Leute auf offiziellem SPD-Kurs oder sie fliegen raus. ■

Kampf der Polizeiuniversität



Die Studenten protestieren gegen die Abriegelung ihrer Universität durch Polizeisperren.

Am Mittwoch, den 6.12.72 wurde die Universität in der Heidelberger Innenstadt auf Anordnung des badenwürttembergischen Kultusministeriums und der CDU-Landesregierung geschlossen. Ab 3 Uhr morgens rückten etwa 1 000 Polizisten mit Maschinenpistolen an, riegelten die Universitätsgebäude systematisch ab und verwandelten die Altstadt in ein Heerlager.

Diese Polizeiaktion sollte eine vom Sozialistischen Heidelberger Studentenbund (SHS) angesagte Veranstaltung in der Universität verhindern, auf der auch der Hannoveraner Professor Brückner sprechen sollte (Brückner wird der Unterstützung der „Baader-Meinhof-Gruppe" verdächtigt). Thema der Veranstaltung „Die Innenpolitische Situation und der Kampf gegen den braunen ‚Bund Freiheit der Wissenschaft' ". Der „Bund Freiheit der Wissenschaft" ist eine reaktionäre Intellektuellenorganisation.

Noch am selben Tag demonstrierten 4 000 Studenten gegen den Polizei-Überfall unter den Parolen "Kampf der Polizeiuniversität - Für freie politische Betätigung und freie Diskussion". Brückner konnte auf einer Kundgebung sprechen. Am Donnerstag beschloß die Vollversammlung der Heidelberger Studenten auf Antrag des Asta (KHG/NRF) den Vorlesungsstreik bis zum kommenden Dienstag.

Die SPD hat gegen den Polizeieinsatz protestiert und der CDU „Unverhältnismäßigkeit der Mittel" vorgeworfen. Dieser „Protest" wirkt geradezu lächerlich angesichts der früheren brutalen Polizeiaktionen gegen Heidelberger Studenten, die in der Zeit der baden-württembergischen Großen Koalition von genau denjenigen geleitet worden waren, die heute so scheinheilig „protestieren" (Krause, früher SPD-Innenminister und Zundel, SPD-Oberbürgermeister in Heidelberg).

Unsere Solidarität gilt den Heidelberger Studenten, die sich dagegen wehren, durch ein verschärftes Ordnungsrecht, Polizeieinsätzen an der Universität und andere Disziplinarmaßnahmen politisch mundtot gemacht zu werden. ■

Streiks an den westdeutschen Universitäten

Offensive der Bourgeoisie auch an den Hochschulen

Seit einem Jahr, besonders aber seit der Bundestagsneuwahl geht der Staat in Westdeutschland mit „aufgekrempelten Armen" daran, an den Hochschulen mit ihren 400 000 Studenten wieder „Ruhe und Ordnung" zu schaffen. Egal, ob die Bundesländer von SPD oder CDU bzw. CSU regiert werden, die Maßnahmen unterscheiden sich nur wenig: sowohl in Bayern wie auch in Hamburg wurde den Allgemeinen Studentenausschüssen untersagt, sich zu allgemein politischen Vorgängen wie etwa dem Mißtrauensvotum im April zu äußern. Die Studentenschaften sollen politisch mundtot gemacht werden. In Frankfurt wurde der ASTA kurzerhand für „juristisch nicht existent" erklärt, also verboten. In Schleswig-Holstein wie in Nordrhein-Westfalen sollen die Organe der Studenten (ASTA, Studentenparlament usw.) durch ein neues Hochschulgesetz ganz beseitigt werden.

Weiter wurden den Studenten nach den Herbstferien in mehreren Bundesländern neue ‚Prüfungsordnungen' vorgesetzt, deren Hauptinhalt besteht in der Vermehrung der Prüfungen und in der Vorschrift, das Studium in 4 Jahren abschließen zu müssen. Angesichts der schlechten Studienbedingungen (Überfüllung, Geldknappheit und Wohnungsnot) bedeutet dies, daß nur noch Studenten „mit kräftigen Ellenbogen" oder begütertem Elternhaus Aussicht haben, ihr Studium abzuschließen; viele aber werden auf der Strecke bleiben und ohne fertige Berufsausbildung den Kapitalisten billig zur Verfügung stehen.

Die Ziele all dieser und noch weiterer Maßnahmen sind:
- Einschüchterung der großen Masse der Studenten, die sich nicht mehr um Politik kümmern sondern nur noch pauken sollen;
- Spaltung der Studenten durch den täglichen Konkurrenzkampf um diesen Laborplatz und jenen Schein;
- Isolierung aller fortschrittlichen Studenten, die erkannt haben, daß die Bildungsmisere nur eines der Übel des Kapitalismus ist und die bereit sind, an der Seite der Arbeiter gegen dieses grundsätzliche Übel zu kämpfen;
- Heranzüchtung einer Eliteschicht von Studenten, die mit bestimmten Privilegien ausgestattet sind und diesen Staat, so wie er ist, bedingungslos unterstützen, besonders in den kommenden Kämpfen der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse.

Die Reaktion der Studenten auf diese Angriffe zeigt, daß diese Ziele noch nicht erreicht sind: besonders an den Fachhochschulen kam es zu ausgedehnten Streiks. Gegenwärtig streiken in Nordrhein-Westfalen über 40 000 Studenten. Auch in Regensburg, Westberlin, Bremen, Kiel und Flensburg protestierten die Studenten auf diese Weise, teilweise über einen Monat lang. Dabei riskieren die Studenten Verlust eines Semesters und unter Umständen den Entzug von Stipendien.

Solche Streiks haben einen ganz anderen Charakter als Streiks der Arbeiter. Sie richten sich unmittelbar gegen den Staat und seine Maßnahmen. Aber sie bedeuten nicht Arbeitsausfall und damit verlorenen Profit für die Kapitalisten. Obwohl also studentische Streiks mehr demonstrativen Charakter haben, werden sie massiv bekämpft: mit Strafanzeigen gegen „Rädelsführer" wie jetzt in Kiel, mit der Drohung des Stipendienentzugs, mit demagogischer Beschimpfung (Hamburger Abendblatt: Sind die Studenten reaktionärer als die Behörde?) und Aufhetzung der Bevölkerung gegen angeblich „ewige Studenten" (Morgenpost).

Die Erfolge isoliert studentischer Streiks sind beschränkt. Die Maßnahmen der Kapitalisten und ihres Staates können sie kaum abwehren. Viel entscheidender ist auch die Erfahrung der Solidarität, die die Studenten in solchen Kämpfen machen können. Eine grundsätzliche Änderung der kapitalistischen Ausbildungsmisere ist dagegen erst dann möglich, wenn die Arbeiterklasse den Kampf um ein Bildungssystem, das nicht dem Kapital sondern der werktätigen Bevölkerung dient, auf die Tagesordnung setzt. ■

Forts. von Seite 1

Die RAF vor Gericht

wiesen. Zuvor war bereits von der Verteidigung die Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft (die im Mahler-Prozeß die Anklage führt) für Westberlin angefochten worden. Westberlin gehört nicht zum Rechtsgebiet der Bundesrepublik. Auch dieser Antrag wurde zurückgewiesen, womit das Gericht sich folgenlos über das Potsdamer Abkommen und andere international gültige Bestimmungen hinwegsetzte. Nachdem weitere Befangenheitsanträge gleichfalls abgelehnt worden waren, wurde Jericke jedoch am 29. November nach einem erneuten Antrag der Verteidigung durch den vorherigen Beisitzer, Richter Raimund Zelle, abgelöst.

Im Prozeß gegen Margrit Schiller wurde der Verteidigung verboten, Tonbandaufnahmen über den Prozeßablauf zu ihrer Gedächtnisunterstützung zu machen. Richter Ziegler: „Tonbandaufnahmen stellen einen Eingriff in höchstpersönliche Rechtsgüter dar. Zeugen werden dadurch irritiert, die Wahrheitsfindung wird beeinflußt." Man erinnert sich, daß das Gericht im Hoppe-Prozeß sein vorläufiges Verbot von Tonbandaufnahmen mit der Gefahr einer wissenschaftlichen Auswertung begründete. Offenbar liegt doch beiden Argumentationen die Angst der Justiz zugrunde, daß im Prozeßverlauf Dinge gesagt werden könnten, die besser schnell wieder vergessen werden sollen. Die Justiz benötigt ein Verhandlungsnetz, an dem je nach Bedarf mal feinmaschig und mal grobmaschig gestrickt werden kann. Paragraphen und Gesetzesvorschriften, deren Vielzahl, behördliche Umständlichkeit und wahlweise Auslegung die „Gerechtigkeit" völlig unkenntlich machen und ersticken.

Das gezinkte „Trumpf-As"

Der Kronzeuge der Anklage gegen Horst Mahler wie auch gegen die meisten übrigen Angeklagten ist Karl-Heinz Ruhland. Auf die Angaben Ruhlands baut ein wesentlicher Teil der Anklage. Noch am 10. Oktober, als Ruhland das erste Mal im Mahler-Prozeß aussagen mußte, rühmte die „Welt" dessen „fotografisches Gedächtnis."

Das „fotografische Gedächtnis" Ruhlands stellte sich dann aber sehr schnell als ein Wunschgebilde der Justiz und der reaktionären Presse heraus. Bei der Befragung durch die Verteidigung und durch Mahler selbst verwickelte sich der „Hauptbelastungszeuge" in zahlreiche schwere Widersprüche. Verwundert und verärgert stellte die „Welt" daraufhin fest, daß Mahler das Vernehmungsprotokoll Ruhlands offenbar besser kennt als dieser selbst.

Als der Gerichtsvorsitzende Jericke merkt, daß Ruhland sich immer tiefer in Widersprüche verwickelt, greift er „unabhängig" und „objektiv" zu dessen Gunsten ein. Ruhland soll erst auf Mahlers Fragen antworten, wenn Jericke ihm ein Zeichen dafür gibt! Die Verteidigung protestiert, und Ruhland weiß gar nicht mehr, wie er sich nun verhalten soll. Er erklärt, überhaupt nichts mehr sagen zu wollen und verlangt seinen Rechtsanwalt zu sprechen.

Dem offensichtlich ungenügend „vorbereiteten" Hauptzeugen wurde daraufhin vom Gericht eine „Denkpause" von drei Wochen verordnet.

Aber auch nach dieser „Denkpause" steht es mit dem „fotografischen Gedächtnis" Ruhlands nicht besser. Einmal behauptet Ruhland, durch seinen Freund Eric Grusdat zur „Baader/Meinhof-Gruppe" gestoßen zu sein, dann soll angeblich Horst Mahler ihn „angeworben" haben. Einmal behauptet Ruhland, die Namen des Pfarrers Kaiser und des WDR-Journalisten Reitschert nicht zu kennen, dann wieder belastet er diese schwer und gibt an, ihre Identität bei Zusammentreffen mit ihnen sofort erfahren zu haben. Einmal behauptet er, daß Waffenverhandlungen „mit Sicherheit" mit einem Kontaktmann namens Mario Krönecke geführt wurden, dann wieder soll der Kontaktmann für die gleichen Verhandlungen „mit Sicherheit" der Bänkelsänger Hannes Wader gewesen sein. Usw. usf.



Im April 1971 wurde bereits ein Prozeß gegen Irene Goergens, Ingrid Schubert und Horst Mahler durchgeführt. Sie waren angeklagt, bei der Befreiung von Andreas Baader am 14. Mai 1970 mitgewirkt zu haben. Irene Goergens wurde zu 4 Jahren Jugendhaft und Ingrid Schubert zu 6 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Mahler wurde zwar in diesem Prozeß freigesprochen, kam aber dennoch nicht aus dem Gefängnis raus, weil ein weiterer Haftbefehl bereits vorlag. Außerdem hat der Bundesgerichtshof den damaligen Freispruch Mahlers wieder aufgehoben und eine Wiederholung des Prozesses angeordnet.



Margit Schiller in einer Verhandlungspause

Immer mehr verdichten sich die Anhaltspunkte, daß das „Trumpf-As" der Anklage eine gezinkte Karte ist. Ruhland gibt nach Befragen der Verteidigung zu, daß er in den drei Wochen „Denkpause" mehrmals von Beamten der „Sicherungsgruppe Bonn" verhört wurde: „Dabei wurden meine früheren Angaben ergänzt, und es wurde auch über den Berliner Prozeß allgemein gesprochen!"

Mit diesem Geständnis Ruhlands erhalten auch andere Informationen der Verteidigung über die Glaubwürdigkeit des „Hauptbelastungszeugen" größeres Gewicht: Ruhland soll als Untersuchungsgefangener (also vor seiner Verurteilung im April dieses Jahres) gegenüber anderen Häftlingen gesagt haben, er werde von der „Sicherungsgruppe" mit der Drohung erpreßt, daß er auch wegen versuchten Mordes angeklagt und deshalb zu mindestens 12 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt werden könne. Ruhland erhielt schließlich 4 Jahre Freiheitsstrafe, nachdem er bereitwillig seine „Mitarbeit" in der „Baader/Meinhof-Gruppe" zugegeben und eine Reihe anderer Personen schwer beschuldigt hatte.

Einem anderen Gefangenen gegenüber soll Ruhland gesagt haben, daß die „Sicherungsgruppe" ihm seine Freilassung nach der Verurteilung Mahlers fest versprochen habe. Ruhland soll diesem Gefangenen gegenüber deutlich gemacht haben, daß er darum auch zu falschen Aussagen bereit ist: „Mein Hemd liegt mir näher als der Rock." Die Verteidigung hat beantragt, diese vier Häftlinge im Prozeß zu hören.

Im übrigen ist mittlerweile von einer Reihe anderer Angeklagter bekannt geworden, daß die „Sicherungsgruppe" sie mit Versprechen von Haftverschonung usw. als Belastungszeugen ködern wollte.

Ulrich Scholtze, der am 22.12.70 festgenommen wurde, sagte zu einigen Tormulierungen in seinem Vernehmungsprotokoll, daß ihm das „so diktiert worden" sei. Der Vernehmungsrichter habe ihm angedeutet, daß er aus dem Knast rauskommt, wenn er zur „Kooperation" bereit ist.

Hafterleichterungen und Vergünstigungen sollen auch Astrid Proll, Hans-Jürgen Bäcker und Heinrich Jansen angeboten worden sein, wenn sie gegen andere angeklagte Mitglieder der „Baader/Meinhof-Gruppe" aussagen würden. Hans-Jürgen Bäcker erklärte, daß Kriminalbeamte ihm neue Papiere, eine neue Arbeit und „finanzielle Unterstützung" zugesagt hätten, wenn er „seinem Herzen einen Stoß" gebe. Jansen sagte, daß man ihm zehn bis zwölf Jahre Freiheitsstrafe angedroht habe. Die Ermittlungen könnten aber auch zu seinen Gunsten geführt werden. Man würde sich da schon irgendwie einig und: „eine Hand wäscht die andere" habe Oberkommissar Wolf von der „Sicherungsgruppe" zu ihm gesagt.

Das ist die „objektive Rechtsfindung" der Klassenjustiz in unserem Land.

Die Bedeutung der Prozesse gegen die Baader-Meinhof-Gruppe

Alle Prozesse gegen „Mitglieder der Baader/Meinhof-Gruppe" werden unter großem „Polizeischutz" durchgeführt. Zuschauer und Beteiligte werden einer gründlichen Leibesvisitation unterzogen. Das Kriminalgericht Moabit in Westberlin wurde monatelang zu einer wahren Festung umgebaut. Der Verhandlungssaal 700 ist im ganzen nächsten Jahr ausschließlich für Prozesse gegen die „Baader/Meinhof-Gruppe" reserviert. Mindestens 322 Zeugen sollen allein im Prozeß gegen Horst Mahler aussagen. Ebenso im Prozeß gegen Brigitte Asdonk, Monika Berberich usw. Die Angeklagten sitzen in schußsicheren Glaskästen – wie der für millionenfachen Mord verantwortliche Nazi-Verbrecher Eichmann 1962 in Jerusalem. Die Fenster des Gerichtssaals wurden zugemauert, wegen „befürchteter Befreiungsversuche und Attentate."

All dies macht klar, daß hier nicht „nur" einige Angeklagte wegen ihrer politischen Überzeugung hinter Gitter sollen. Die entscheidende Bedeutung dabei liegt in der beabsichtigten politisch-ideologischen Wirkung auf die gesamte Bevölkerung, in der öffentlichen und massenwirksamen Kriminalisierung jeglicher Gewalt, mit Ausnahme der des bürgerlichen Staates, die als einzige „legale Gewalt" gilt. Über zwei Jahre lang wurde die „Baader/Meinhof-Gruppe" systematisch von den bürgerlichen Massenmedien als das Symbol revolutionärer Gewalt in der Bundesrepublik aufgebaut – jetzt wird dieses Symbol ebenso systematisch hingerichtet.

Dabei ist es kein Nachteil für Justiz und bürgerliche Presse, daß die von Horst Mahler und seinen Freunden vertretenen Theorien überhaupt untauglich sind zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft. Dies macht die Prozesse eher noch geeigneter zur politischen Ausschlachtung. Immerhin kann die Bourgeoisie damit rechnen, daß die Arbeiter die überheblichen und völlig realitätsfernen Parolen von Horst Mahler, Andreas Baader usw. ablehnen, daß sie aus diesem Grunde keinen großen Protest gegen die Schauprozesse erheben, sondern möglicherweise sogar noch ein gewisses Verständnis dafür aufbringen.

Als Demonstrationsobjekt in dieser Richtung geben die Prozesse gegen Horst Mahler und seine Freunde gegenwärtig einen größeren Nutzen her, als dies etwa von Prozessen gegen kommunistische Gruppen zu erwarten wäre.

Horst Mahler ist ein Vertreter einer neuen Variante des kleinbürgerlichen Sozialismus, die eine teilweise richtige Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik mit kleinbürgerlichen Theorien und einer abenteuerlichen „Praxis" verquickt. (Eine gründlichere Auseinandersetzung mit den von der „Roten Armee Fraktion" vertretenen Positionen haben wir im ARBEITERKAMPF Nr. 21 und in der UNSER WEG-Broschüre „Wem nützen die Bomben bei Springer?" geführt.) Die Auffassungen der RAF lassen sich nicht ohne weiteres als anarchistisch kennzeichnen, wie es in der bürgerlichen Presse zumeist geschieht.

Allerdings ist die aus der Verzweiflung über die kapitalistische Willkür geborene Ungeduld und die Arroganz gegenüber der Arbeiterklasse dem klassischen Anarchismus ähnlich.

Mahler wird mit Sicherheit keine Sympathien, sondern Ablehnung bei allen Schichten der Arbeiterklasse (auch bei den fortschrittlichsten) hervorrufen, wenn er den bereits gescheiterten kleinbürgerlichen Radikalismus der RAF in einer Erklärung zu Beginn seines Prozesses mit der „Tat des bewaffneten Volkes" gleichsetzt, wenn er die „lohnabhängigen Massen" in der Bundesrepublik schlankweg als „Arbeiteraristokratie" einstuft und ihnen dann schlichte Bedeutungslosigkeit für den „Gang der proletarischen Weltrevolution" bescheinigt.

Die Bourgeoisie nutzt dieses selbstherrliche und gleichzeitig bornierte Geschwätz von Horst Mahler eifrig als Vorteil im politischen Kampf gegen die revolutionäre Gewalt und jegliche sozialistische Ideen.

Der reaktionäre Schriftsteller Rudolf Krämer-Badoni hat in der „Welt" vom 19. Oktober die Nützlichkeit des kleinbürgerlichen Revolutionarismus für die Bourgeoisie bemerkenswert offen dargestellt:

„In der Tat ist die historische Rolle jeder anarchistischen Welle dreifältig: Sie nötigt das Bürgertum zu energischerem sozialem Engagement, sie nötigt es zu energischeren Sicherheitsvorkehrungen, und sie nötigt den parlamentarischen Sozialisten ein deutliches Bekenntnis zur staatlichen Autorität ab. So war es zu Bismarcks Zeit, so ist es in der heutigen Zeit.

Die Rolle, die Horst Mahler und seine Genossen übernommen haben, ist unentrinnbar festgelegt. Sie tragen wider Willen zu systemimmanenten Verbesserungen bei, sie stärken wider Willen den parlamentarischen Staat, und sie fallen dabei als schnell vergessene Opfer am Straßenrand der Geschichte."

Die intelligenteren bürgerlichen Ideologen sehen die längerfristigen Gefahren für die Herrschaft des Kapitals oft mit größerer Klarheit als einige „Revolutions- und Stadtguerilla-Theoretiker" mit ihrer Schinderhannes-Romantik. Horst Mahler und seine Freunde können die Staatsmacht der Bourgeoisie genauso wenig erschüttern wie es die super „linken" Sekten mit ihrem „rrrevolutionären" Phrasendreschen können.

Die Gefahren für die Bourgeoisie liegen in der Arbeiterklasse, wo sich langsam aber unaufhaltsam wieder eine kraftvolle sozialistische Bewegung entfaltet. Die Radikalisierung des Kleinbürgertums (wovon die „Rote Armee Fraktion" der spektakulärste Ausdruck ist) war zu allen Zeiten nichts anderes als Vorbote größerer Kämpfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat – ein Vorbote allerdings, den die Bourgeoisie auch immer als Warnung begriffen und als Instrument einer politisch-ideologischen Offensive eingesetzt hat. ■



„Polizeischutz" beim Prozeß gegen Margit Schiller in Hamburg

Gewerkschaftstag der IG-Chemie

Von Demokratie keine Spur



9. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG-Chemie, Papier, Keramik

Der 9. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG-Chemie tagte vom 17.-23. September in Dortmund. Für „Spezialisten" liegt ein 900-Seiten starkes Wortprotokoll des Kongresses und außerdem der 600 Seiten dicke Geschäftsbericht des Hauptvorstandes vor. Für die Masse der Gewerkschaftsmitglieder veröffentlichte die „Gewerkschaftspost" nur einige nichtssagende Jubelberichte.

Die DKP, mit einigen Mitgliedern als Delegierte und mit Journalisten der „uz" (unsere zeit) auf dem Gewerkschaftstag vertreten, urteilte: „380 Delegierte . . . formulierten hier klare Aussagen zur Tarifpolitik . . ., die den Interessen der 620.000 Gewerkschaftsmitglieder Ausdruck verleihen." („uz" vom 29. Sept.)

Tatsächlich mußte man als Anwesender dieses Gewerkschaftstages zu einem völlig anderen Ergebnis kommen. Auch das Studium der Protokolle beweist, daß es auf diesem Gewerkschaftstag zu einer weiteren Einschnürung der innergewerkschaftlichen Demokratie, einem weiteren Ausbau der Machtbefugnisse des Hauptvorstandes und anderer höherer Gremien gekommen ist. Lediglich ein Antrag zur Tarifpolitik, der eine fortschrittliche Interpretation zuläßt, konnte nach harter Auseinandersetzung durchgesetzt werden.

In dem Artikel „David und Goliath – Heimliche Vorbereitung auf IG-Chemie-Gewerkschaftstag '72" (Arbeiterkampf Nr. 22) setzten wir uns mit den wichtigsten Anträgen zum Gewerkschaftstag auseinander. In einigen dieser Anträge zeigten sich erste Ansätze einer innergewerkschaftlichen Opposition.

Voraussetzung für die klarsichtiger als bisher geführte Kritik vieler Vertrauensleute und einiger fortschrittlicher Betriebsräte waren die Erfahrungen aus dem ersten großen Branchenstreik in der chemischen Industrie 1971. In diesem Streik hatten die Kollegen ihre Einflußlosigkeit auf die Entscheidungen des Hauptvorstandes, der Bezirksvorstände und der Tarifkommissionen am eigenen Leib erfahren. Ohnmächtig mußte die Masse der damals streikenden Chemie-Arbeiter ein Tarifergebnis hinnehmen, das allgemein als „Verrat des Hauptvorstandes" kritisiert wurde.

Vertrauenskörper einzelner Betriebe forderten daher in Anträgen stärkere Beteiligung der Mitglieder und Vertrauensleute bei innergewerkschaftlichen Entscheidungen, vor allem bei Tarifkämpfen.

Die oppositionellen Kollegen stellten auf dem Kongreß nur eine Minderheit der Delegierten dar. Die verantwortlichen gewerkschaftlichen Gremien hatten schon bei der Auswahl der Delegierten ein wachsames Auge darauf gehabt, daß möglichst wenige „unbequeme" Kollegen am Gewerkschaftstag teilnahmen. Z.B. waren von den 10 Delegierten aus Hamburg allein 7 Mitglieder des Verwaltungsstellenvorstandes. Aus vereinzelten Protokollhinweisen ergibt sich für den Gewerkschaftstag folgendes Bild: 70 % der Delegierten waren (zumeist freigestellte) Betriebsräte (= 266 Delegierte), 92 waren hauptamtliche Sekretäre, 17 waren gleichzeitig Mitglieder von Kommissionen des Hauptvorstandes. Bei dieser Zusammensetzung funktionierte die Abstimmungsmaschinerie gegen fortschrittliche Anträge oppositioneller Vertrauensleute fast reibungslos.

Die Kräfte dieser oppositionellen Kollegen sind noch sehr schwach und zersplittert. Es fehlt weitgehend der Erfahrungsaustausch zwischen einzelnen Betrieben und Regionen und es fehlt auch gerade eine politische Auseinandersetzung darüber, wie eine selbständige Arbeiterpolitik im Kampf um die Gewerkschaften zu entwickeln ist.

Politische Begleitmusik

Die gewerkschaftliche und politische „Prominenz" war zahlreich geladen: über 100 Ehrengäste (darunter auch zwei „stille" Beobachter vom kapitalistischen „Institut für Unternehmensanalyse und Branchenforschung"), 50 ausländische Delegationen, fast 70 Funktionäre anderer DGB-Gewerkschaften, über 150 Vertreter der bürgerlichen Presse und andere Zaungäste mehr. „Einfache" Gewerkschaftsmitglieder durften die Kongreßräume dagegen nicht betreten.

Diese vom Hauptvorstand selbst geladene „Öffentlichkeit" lieferte ihm während der späteren Diskussionen mehrfach das „Argument", man könne innergewerkschaftliche Probleme nicht offen austragen, weil man nicht wisse, wer da alles mithört.

Ein geschlagener Tag – bei insgesamt nur 6 vorgeplanten Tagen des Kongresses – verging mit „höchstfeierlichen" Eröffnungs- und Wahlreden vom IG-Chemie-Vorsitzenden Hauenschild, von Bundeskanzler Brandt, dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen Helmut Kühn, Rainer Barzel und anderen, die allesamt zu den anstehenden Fragen dieses Gewerkschaftskongresses kein Wort sagten, sondern in bekannter Manier versuchten, sich der Delegierten zu bedienen, um ihre parteiegoistischen Ziele „unters Volk" zu bringen.

Karl Hermann Flach vom Parteivorstand der FDP sagte das so: „Die Geschichte wird Sie einmal nicht daran messen, ob Sie in der einen oder anderen Auseinandersetzung ein halbes Prozent Lohnerhöhung mehr oder weniger herausgeholt oder eine halbe Stunde Arbeitszeit mehr oder weniger bewirkt haben, sondern ob Sie den bedeutendsten Bundeskanzler, den die deutsche Arbeiterbewegung (!) hervorgebracht hat, mit allen Ihren Kräften gestützt haben." Dieser Mann meint nicht, daß Brandt die Arbeiter in ihrem Kampf zu unterstützen hat, sondern umgekehrt – die Arbeiter Willy Brandt unterstützen müssen. Bei welchen Zielen eigentlich?

Im Rahmen solcher „Feierlichkeiten" konnte es sich dann auch Karl Hauenschild leisten, „besonders herzlich" Professor Wannagat zu begrüßen, „der uns in schweren Nächten im Chemiestreik behilflich war." – Jedem Kollegen, der damals am Streik teilgenommen hat, ballt sich die Faust in der Tasche, wenn er den Namen Wannagat hört, der damals in einer Nacht- und Nebel-Schlichtung als angeblich „unabhängiger Vermittler" alle Streikenden mit dem 7,8 %-Abschluß (auf 12 Monate nur 6,5 %!) in die Pfanne haute.

Mit den Geschwätzigkeiten der „Prominenz" wurde ein ganzer Tag vertrödelt. Dieser Tag fehlte später an allen Enden, so daß die Zeit an einigen Abenden bis zu 2 Stunden überzogen werden mußte und die Delegierten mit müdem Kopf über wichtige Anträge zu entscheiden hatten. Auch das gehörte zweifellos zur Planung des Hauptvorstandes. Auch die Sitzordnung der Delegierten war vom Hauptvorstand genau ausgetüftelt worden. Die Delegierten jeweils eines Bezirkes saßen alle hintereinander, den ganzen Saal runter mit breiten Tischen dazwischen, so daß jeglicher Meinungsaustausch untereinander während der Diskussionen ausgeschlossen war.

„Wir empfehlen Ablehnung des Antrags"

Der Hauptvorstand sicherte sich einen entscheidenden Einfluß auf die Beschlußfassung der Delegierten durch ein abgefeimtes Vorgehen: Die Anträge durften nicht von den Antragstellern vorgetragen und begründet werden, um sie dann zu diskutieren. Stattdessen trugen 2 Kommissionen des Hauptvorstandes (die Antrags- und Satzungskommission) die Anträge bruchstückhaft vor und machten dann jeweils längere Ausführungen, warum die Delegierten den Antrag annehmen – ablehnen – oder „als Material an den Hauptvorstand weiterleiten" sollten – im Zweifelsfall für dessen Papierkorb.

Die „Begründungen" für die Ablehnung fortschrittlicher Anträge liefen dann etwa so:

– „Grundsätzlich sind wir ja auch für diesen Antrag, aber über diese Frage haben wir gerade noch ein Gerichtsverfahren laufen und der Ausgang ist entscheidend für alle Beteiligten."

Was eigentlich also im Kompetenz-Bereich des „autonomen" Gewerkschaftskongresses liegt, delegierten diese Herrschaften zur Entscheidung an die bürgerliche Klassenjustiz.

Weitere „Begründungen" der Satzungskommission waren:

– „Das steht sowieso schon alles in der Satzung" oder

– „der Hauptvorstand hat einen Antrag gestellt, der diesen umfaßt. Wird der Antrag des Hauptvorstandes angenommen, entfallen alle anderen zu diesem Thema."

Daß ein Antrag des Hauptvorstandes andere Anträge „umfasse", wird vor allem auch dann behauptet, wenn die Stoßrichtung anderer Anträge dem des Hauptvorstandes vollkommen entgegengesetzt ist. Mit den demagogischen Hinweisen auf „umfassende" Anträge des Hauptvorstandes wird bloß eine Diskussion über unbequeme Anträge von vornherein unmöglich gemacht. Den Delegierten wird zudem noch vorgegaukelt, daß die Inhalte ihrer Anträge in dem des Hauptvorstandes enthalten seien. Das Gegenteil ist in der Regel der Fall.

„Es muß eine Kontrollinstanz gegenüber der Basis geben"

Einige fortschrittliche Vertrauenskörper, insbesondere die Vertrauensleute von Merck, hatten in mehreren Anträgen verlangt, bestimmte Schlußfolgerungen aus der Niederlage der Arbeiter im Streik '71 zu ziehen.

Sie forderten u.a.:

– grundsätzliche Wahl der Tarifkommissionsmitglieder durch Vertrauensleutevollversammlungen (Antrag 8)

– Mitentscheidungsrecht der Vertrauensleute über die Durchführung von Arbeitskämpfen und Urabstimmungen (Antrag 4)

– Vor Beendigung eines Streiks Abstimmung über das Verhandlungsergebnis.

Diese Anträge zeigen eine Linie auf, wie eine fortschrittliche Gewerkschaftspolitik im Interesse der Gewerkschaftsmitglieder und nicht im Interesse der Kapitalisten auszurichten wäre. Allerdings bestand bei dieser Zusammensetzung des Gewerkschaftstages keine Chance, solche Anträge durchzubringen. Darüber machten sich offenbar auch die Antragsteller selbst keine Illusionen. Sie verzichteten daher auch auf wortreiche Verteidigung ihrer Anträge.

Die Satzungskommission empfahl Ablehnung der Anträge mit einer bemerkenswerten „Begründung". „Das würde in der Praxis zu einer unübersehbaren Schwerfälligkeit bis hin zur praktischen Lähmung der Tarifarbeit in den Kommissionen führen" – „das würde

Forts. nächste Seite

durch die Gerichte unterschiedlich ausgelegt werden können und damit vor Arbeitskämpfen zusätzliche Unsicherheit in unsere Reihen tragen."

Die Anträge wurden wie gewünscht abgelehnt.

Man muß es wohl als einen glücklichen Zufallstreffer bezeichnen, daß ein Antrag mit Mehrheit angenommen wurde, den die Delegiertenhauptversammlung Frankfurt gestellt hatte (Antrag 3). Auch hier wurde die Wahl der Tarifkommissionsmitglieder durch die Vertrauensleute verlangt, allerdings mit dem Zusatz: „sie bedürfen der Bestätigung durch den Verwaltungsstellenvorstand." Auch hier hatte die Satzungskommission Ablehnung empfohlen.

Der Frankfurter Delegierte bestand jedoch auf seinem Antrag:

„Ich möchte eindringlich davor warnen, unsere künftige Gewerkschaftsarbeit und alle sich daraus ergebenden Aktionen und Aktivitäten mehr und mehr mit der juristischen Brille zu betrachten ... Wenn wir das tun, sind wir nämlich schon bald keine Kampforganisation mehr, sondern Paragraphenreiter, die zögernd und unsicher nach einem Strohhalm Ausschau halten und vor lauter Abwägen der rechtlichen Möglichkeiten womöglich die Aktionen vergessen."

„Zufällig" war gerade Hauptvorstandsmitglied Vitt, das diesen Antrag bearbeitet hatte, d.h. seine Ablehnung vorschlug, nicht anwesend. Daher sollte die Abstimmung zunächst zurückgestellt werden – um Zeit zu gewinnen.

Dieser Trick des Hauptvorstandes war offenbar denn doch zu fadenscheinig. Die Abstimmung wurde erzwungen und ergab eine Mehrheit für den Antrag.

Als Werner Vitt zurückgekehrt war, „freute" er sich: „In diesem Antrag wird nichts über die Lösung des Problems ausgesagt, das entsteht, wenn der Verwaltungsstellenvorstand die Bestätigung versagt."

Er schaffte es später, die Abstimmung im Grunde wieder rückgängig zu machen, indem er die Delegierten dafür einen Antrag stimmen ließ, in dem eine sog. „Synchronisation" (Ausgleich) zwischen dem Frankfurter und dem Antrag des Hauptvorstandes zur Tarifpolitik gefordert wurde. Im Antrag des Hauptvorstandes heißt es:

Soweit bei der Aufschlüsselung nichts anderes festgelegt wurde, sind ... die Verwaltungsstellen verantwortlich und bei der personellen Auswahl der Kommissionsmitglieder an die Vorschläge der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper der tarifunterworfenen Betriebe gebunden."

Der Antrag des Hauptvorstandes ist in zweierlei Hinsicht unverbindlich:

1. durch die Einschränkung „soweit nichts anderes festgelegt wurde" und

2. ist diese Formulierung nicht Teil der offiziellen Satzung, die bindendes Recht im Sinne des bürgerlichen Vereinsrechts ist, sondern steht in den „Tarifrichtlinien", die mehr als „Empfehlungen" des Hauptvorstandes anzusehen sind. Damit ist dieser Antrag in der Praxis wertlos, da es weiterhin dem „guten Willen" des Verwaltungsstellenvorstandes überlassen bleibt, ob er sich daran hält oder nicht.

An diesem Fall wird deutlich, daß der einzige fortschrittliche Antrag, der angenommen wurde, mit einer Reihe von Tricks durch die Hintertür wieder rückgängig gemacht wurde.

Wie man in höheren Vorstandsgremien der IG-Chemie zur Stärkung der Vertrauensleutearbeit im allgemeinen steht, brachte der Bezirksleiter **Eduard Kolitsch (Westberlin)** am deutlichsten zum Ausdruck. Er behauptete, es gebe einige Verwaltungsstellen, in denen „wird immer wieder versucht, nach dem alten Motto des Weges durch die Institutionen ganz bestimmten Gruppen und Grüppchen Eingang in Gremien zu gewähren, die Entscheidungsbefugnisse haben."

Wen er mit diesen ganz bestimmten Grüppchen meint, sagte er im folgenden: „Wir sollten uns davor hüten ..., **Vertrauensleuten** in ihren Gremien Entscheidungsbefugnisse zu geben, bzw. sie unter Bescheidung der Entscheidungsbefugnisse übergeordneter Gremien auszuweiten.

Es muß eine Sperre, eine Kontrollinstanz geben, die in der Lage ist, Fehlentscheidungen an der Basis, die gar nicht aus bösem Willen zu entstehen brauchen, sondern die durch Unkenntnis, durch Unwissenheit entstehen können, **zu korrigieren,** bevor sie Schaden verursacht haben."

Wer entscheidet eigentlich in dieser Gewerkschaft, was eine Fehlentscheidung ist??? Die Masse der Gewerkschaftsmitglieder oder einige hochbezahlte Spitzenfunktionäre?

Keine Streikdokumentation und -analyse gemacht

Nachdem der Hauptvorstand sich hinter dem Rücken der streikbereiten Kollegen bei der „Bonner Schlichtung" '71 mit den Kapitalisten geeinigt hatte, war von vielen Betrieben sein Rücktritt gefordert worden. Der Hauptvorstand hatte Mühe, das Märchen von der „zerbröckelnden Streikfront" glaubhaft zu machen und das Schlichtungsergebnis als einen „echten Kompromiß" zu verkaufen. Er mußte zugeben, daß wohl auch einige Fehler gemacht worden sind und versprach in der damaligen Situation, eine ausführliche Dokumentation über den Streik zu erarbeiten, in dem auch die Fehler und Schwächen in Strategie und Taktik untersucht würden.

Viele Delegierte kamen zu dem Kongreß in der Erwartung, daß dort nun endlich die Dokumentation vorgelegt würde und eine Diskussion darüber möglich wäre. Sie erwarteten von dieser Dokumentation, daß dort ernsthaft untersucht würde

– warum die Großkonzerne (Bayer, Hoechst, BASF) aus dem Streik herausgehalten wurden und wie man sie in Zukunft einbeziehen kann

– warum die unwirksame „Nadelstichtaktik" angewandt wurde, statt einen breiten Flächenstreik durchzuführen

– warum die Vorbereitungen so schlecht waren und wie man sie verbessern kann

– und nicht zuletzt eine Auseinandersetzung mit den für diese Politik Verantwortlichen und gewerkschaftspolitische Konsequenzen im Sinne einer Stärkung der Mitwirkungsrechte von Mitgliedern und Vertrauensleuten.

Diese Erwartungen waren sicher in dieser Form eine Illusion. Aber auch kritische Gewerkschafter gingen teilweise noch davon aus, daß es möglich sei, den Hauptvorstand zu einer „inneren Einkehr" und einer „Selbstkritik" zu veranlassen. Daß der Hauptvorstand ganz bewußt eine solche Politik im Interesse der Kapitalisten betreibt – sonst wäre er nicht der Hauptvorstand – wird großenteils nicht mit der nötigen Schärfe gesehen. Daher sahen sich viele Delegierte in ihren Erwartungen enttäuscht.

Einigen war schon aufgefallen, daß im Geschäftsbericht des Hauptvorstandes der Streik nur 6 von insgesamt 600 Seiten einnimmt, auf denen nur Ort und Zeit und Höhe des Abschlusses „vermerkt" sind. Erwin Grützner – Hauptvorstandsmitglied – machte unmißverständlich klar, daß der Hauptvorstand kein Interesse an einer Streikdokumentation hat, „obwohl das gesamte Material vorliegt":

„Es versteht sich, daß man die Erwägungen, die Taktik und die innerorganisatorischen Probleme nicht auf dem Markt verkaufen kann." Man könne sich durchaus im kleinen Kreis darüber unterhalten und es seien ja auch schon von den „geschäftsführenden Hauptvorstandsmitgliedern mit den betroffenen Tarifkommissionen, Streikleitungen und Bezirksvorständen eingehende Diskussionen über Vorbereitung, Durchführung und Beendigung des Streiks geführt" worden.

Gewerkschaftstag nur noch alle 4 Jahre?

Es wurde beschlossen, den nächsten Gewerkschaftstag erst wieder in 4 Jahren (statt wie bisher üblich in 3 Jahren) einzuberufen, um eine Überschneidung mit den gleichzeitig stattfindenden Betriebsratswahlen zu vermeiden. In dem Zusammenhang wurde unter anderem von Walter Holst (Vorsitzender der Verwaltungsstelle Hamburg) die vielsagende Andeutung gemacht, alle Gremien sollten mal darüber nachdenken, „ob der Gewerkschaftstag in dieser Form ... beibehalten werden soll oder ob es nicht eine Konzeption geben kann, mit der wir alle gemeinsam leben können und die den Gewerkschaftstag und unsere Arbeit effektiver gestaltet." In diesem Zusammenhang wurde von „internen Beratungen zwischen den Gewerkschaftstagen" gesprochen, „weil man nicht weiß, ob man die Dinge in aller Offenheit diskutieren kann."

Die Frage der Öffentlichkeit bei innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen zog sich wie ein roter Faden durch die ganze Diskussion. Von seiten der verschiedenen Vorstände wurde immer wieder betont, wie gefährlich es sei, alles offen auszusprechen. Ein Kollege sagte dazu sehr richtig: „Die Unternehmer gucken doch überall rein, auch wenn wir hier nicht darüber diskutieren." Um die Unternehmer geht es der Gewerkschaftsführung ja in Wahrheit auch gar nicht. Mit den Kapitalisten besprechen sie ja in „aller Offenheit" alle wichtigen Fragen in der „Konzertierten Aktion." In Wahrheit geht es ihnen darum, die Informationen und die Entscheidungen immer mehr in die von der Basis abgeschlossenen Gremien zu verlagern, also die Masse der Gewerkschaftsmitglieder und ihre Vertrauensleute nicht nur von allen Entscheidungen und Mitwirkungsmöglichkeiten auszuschalten, sondern darüber hinaus, auch von jeder wichtigen Information abzuschneiden.

In diesem Zusammenhang der weiteren Beschneidung der Mitgliederrechte fällt auch der Beschluß, die Mitgliederhauptversammlungen der Verwaltungsstellen zu liquidieren, „weil ja ohnehin seit 18 Jahren keine mehr durchgeführt worden sind." Ebenso der Beschluß, die Verwaltungs-Nebenstellen in großen Städten aufzulösen. Auch hiermit wird eine weitere Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse erreicht.

Verschärfte Ausschlußbestimmungen

Still und heimlich wurde im Februar 1971 vom Beirat – der zwischen den Gewerkschaftstagen Satzungsänderungen vornehmen kann – ein verschärfter Ausschlußparagraph gegen unliebsame Mitglieder beschlossen:

„Mitglieder der Industrie-Gewerkschaft Chemie-Papier-Keramik, die antidemokratischen oder antigewerkschaftlichen Bestrebungen von Parteien, Vereinigungen oder Gruppierungen durch ihre Mitgliedschaft in Wort oder Schrift bzw. durch aktive Mitwirkung unterstützen, können aus der Organisation ausgeschlossen werden."

Es ist bekannt, daß alle Gewerkschaftsmitglieder, die gegen das kapitalistische System der Bundesrepublik auftreten, oder gegen bestimmte Auswirkungen, von den Gewerkschaftsführern als „antidemokratisch" diffamiert werden. Es ist auch bekannt, daß alle Kollegen, die die Praxis, Ansichten usw. der Gewerkschaftsführung kritisieren, als „antigewerkschaftlich" hingestellt werden. Dieser Ausschlußparagraph richtet sich also eindeutig gegen alle Kommunisten, Sozialisten, ja sogar linke Sozialdemokraten, eben gegen alle klassenbewußten Kollegen. Die Geschichte der Arbeiterbewegung beweist, daß die Gewerkschaftsführer rücksichtslos von solchen Ausschlußparagraphen Gebrauch machen, wann immer sie ihren uneingeschränkten Einfluß über die Gewerkschaften bedroht sehen; daß sie sich nicht einmal scheuen, mithilfe derartiger Paragraphen ganze Landesverbände auszuschließen, eben die Gewerkschaften zu spalten.

Für Mitglieder, die unter die genannten Kriterien des Ausschlußparagraphen fallen, wird jetzt auch jeder gewerkschaftliche Rechtsschutz bei Arbeitsprozessen gegen die Kapitalisten versagt, bzw. Mitglieder, die während eines gerichtlichen Arbeitsprozesses ausgeschlossen werden, müssen alle Prozeßkosten selbst tragen. (§6, Absatz 3 der Satzung).

„Wir sind stolz auf das Prädikat „links" zu sein"

Nicht mehr als ein Hohn auf alle fortschrittlichen Kollegen mutet der Ausspruch von Karl Hauenschild auf dem Gewerkschaftstag an „wir sind stolz auf das Prädikat „links" zu sein." Links sein heißt doch wohl uneingeschränkt für die Forderungen der Kollegen da zu sein und sie gegen den Widerstand der Kapitalisten durchzukämpfen. Die Praxis der leitenden Funktionäre auf diesem Gewerkschaftstag hat das genaue Gegenteil bewiesen. Nicht Ausbau der Demokratie in der Gewerkschaft war das Ziel, sondern deren weitere Einschränkung. Dieses Ziel wurde im ganzen Umfang erreicht bedingt durch die Schwäche der Gewerkschaftsopposition.

Daß die IG-Chemie unter ihren Funktionären einige „linke" Wortführer hat, ändert nichts an der Tatsache, daß sich diese Gewerkschaft insgesamt in eine reaktionäre Richtung entwickelt.

Die Funktion solcher „linker" Wortführer wurde auf dem Gewerkschaftstag unter anderem bei Werner Vitt deutlich, der als der „Linke" im Hauptvorstand gilt. Kein anderer hätte es so reibungslos geschafft, den einzigen fortschrittlichen Antrag, der von der Delegierten angenommen wurde, wieder rückgängig zu machen. Da solche Leute das Vertrauen vieler Kollegen besitzen, sind sie oft in der Lage, reaktionäre Maßnahmen mit dem geringstmöglichen Widerstand durchzusetzen.

DKP belügt die Arbeiter

Es ist eine verbrecherische Politik gegenüber den Arbeitern, wenn die objektive Funktion solcher Leute statt sie zu entlarven hochgejubelt wird. Das tat aber die DKP in ihrer Auswertung des Gewerkschaftstages. Sie suchte sich einige wohlklingende Passagen aus Anträgen des Hauptvorstandes heraus und jubelt: „Kampf-Kraft gestärkt durch mehr Einfluß für die Vertrauensleute" und „Die IG-Chemie hat ihren Vertrauensleuten erheblichen Einfluß auf die Gestaltung der Tarifpolitik gesichert. Ein Beispiel, das für alle DGB-Gewerkschaften von Nutzen ist." („uz" vom 29. Sept. und 6. Okt.).

Mit solchen „Einschätzungen" werden gutgläubige DKP-Mitglieder und interessierte Kollegen bewußt über die tatsächliche Entwicklung in den Gewerkschaften getäuscht. Damit hat die DKP wieder ihre Funktion erfüllt, die reaktionäre Entwicklung der Gewerkschaften nach „links" – also gegenüber klassenbewußten Kollegen – zu verteidigen. Ehrlichkeit gegenüber der Arbeiterklasse, auch wenn es einmal schmerzlich ist, ist unabdingbares Kriterium für einen Kommunisten. Die DKP erfüllt dieses Kriterium nicht! Diese Partei belügt die Arbeiterklasse, um sich das fragwürdige Wohlwollen der Gewerkschaftsführer zu erkaufen. ■

BERICHTIGUNG

In die redaktionelle Stellungnahme zum Palästina-Artikel im ARBEITERKAMPF Nr. 23, Seite 13, hat sich ein arg sinnentstellender Druckfehler eingeschlichen.

Die spektakulären Flugzeugentführungen, die dem Massaker der Jordanischen Reaktion vom September 1970 vorausgingen, wurden durchaus nicht von der FPDLP (Demokratische Volksfront; Vorsitzender Hawatmeh), sondern von der FPLP (Volksfront; Vorsitzender Habasch) durchgeführt. Die FPDLP lehnt derartige Aktionen entschieden ab.

EWG-Großmachtpläne der europäischen Imperialisten

1. Teil

Das Jahr 1972 hat eine Reihe wichtiger Beschlüsse und Auseinandersetzungen um eine Erweiterung der EWG gebracht.

Vier weitere Länder sollen zu Anfang 1973 neu in die EWG aufgenommen werden: England, Irland, Dänemark und ursprünglich auch Norwegen.

Die Aufnahme dieser Länder wird die Wirtschaftskraft der bisherigen EWG noch um etwa ein Drittel steigern. Der so entstehende Block wird die Bevölkerung der USA weit übertreffen und etwa zwei Drittel der Wirtschaftskraft der USA erreichen. Über 40% des Welthandels werden auf die neue „EWG der Zehn" entfallen.

Eine Reihe anderer Länder soll der EWG in Form einer gemeinsamen „Freihandelszone" angenähert werden. Es sind dies Schweden, Island, Portugal, die Schweiz, Österreich und Finnland. Das Abkommen über die neue „Freihandelszone" sieht insbesondere die vollständige Beseitigung der Industrie-Zölle zwischen den nunmehr 16 beteiligten Staaten bis Juli 1977 vor.

Zur Diskussion steht außerdem die Einbeziehung weiterer Länder in den so entstehenden westeuropäischen Block: so Spanien und Israel sowie die bereits eng mit der EWG verbundenen Länder Griechenland und Türkei.

Neben der Erweiterung der EWG nach außen steht eine Intensivierung der Zusammenarbeit nach innen. Vor allem wollen die in der EWG vertretenen kapitalistischen Regierungen ihr Vorgehen gegen die Arbeiter noch besser aufeinander abstimmen. So soll es z.B. gemeinsame „Lohnleitlinien" für *alle* EWG-Staaten geben, und das „soziale Gefälle" innerhalb der EWG soll „ausgeglichen" werden.

In vielen Ländern zeigt sich starker Widerstand gegen die Erweiterung der EWG. Volksabstimmungen über den EWG-Beitritt brachten in Dänemark nur eine knappe Zustimmung, während es in Norwegen breite Ablehnung gab. In Schweden gibt es seit langem eine starke Bewegung gegen die EWG, die vor allem von Sozialdemokraten und Kommunisten geführt wird.

Die Volksmassen der nordeuropäischen Länder fürchten, daß ihr relativ hoher Lebensstandard und ihre politischen Rechte dem EWG-Niveau „angeglichen" werden sollen. Die Bewegung gegen die EWG wird auch vom Kleinbürgertum – Fischer und Landwirte – weitgehend unterstützt, weil diese Kräfte um ihre soziale Existenz fürchten, falls ein Beitritt zur EWG erfolgt. Die skandinavischen Völker wehren sich auch dagegen, unter die wirtschaftliche und politische Vorherrschaft der EWG-Imperialisten (vor allem der Bundesrepublik!) zu kommen.

In Island ist der Kampf um die Ausdehnung seiner Fischerei-Grenze zugleich Kampf gegen die Ausplünderung durch die Fischerei-Monopole der EWG, besonders Englands und der BRD.

Eine breite Bewegung gegen die EWG gibt es auch in England. Das hat die oppositionelle Labour-Partei gezwungen, in bescheidenem Maße gegen den EWG-Beitritt Stellung zu nehmen. Von großer Bedeutung ist der Kampf der englischen Arbeiterklasse gegen das von der konservativen Regierung aufgezwungene Anti-Streik-Gesetz; denn dieses Gesetz, das die Lähmung der Arbeiterbewegung zum Ziel hat, ist sozusagen die „Eintrittskarte" der englischen Imperialisten zur EWG.

Der erste Teil dieses Artikels zeigt die Entwicklung der EWG, ihre Ziele und inneren Widersprüche sowie die jüngste Entwicklung zur Erweiterung und Intensivierung der EWG. Der zweiter Teil des Artikels wird im nächsten „Arbeiterkampf" erscheinen. Er soll folgende Fragen behandeln: warum sprach sich das norwegische Volk gegen die EWG aus – warum kämpfen die Bauern gegen die EWG – Agrarpolitik – wie sehen die Angriffe der EWG-Imperialisten auf die Arbeiterklasse aus – was wurde schon getan und was ist weiter geplant – die Haltung der Gewerkschaften und der französischen und italienischen KP zur EWG – der Neokolonialismus der EWG.

Pläne zu einem „vereinigten Europa gab es schon in der Weimarer Republik. Noch während des 2. Weltkrieges, als sich die Niederlage des deutschen Imperialismus abzeichnete, brachten die Kapitalisten als rettende Möglichkeit Pläne zur Integration des kapitalistischen Europa ins Spiel. Die bürgerlichen Widerstandskreise um Graf v.Stauffenberg propagierten den gemeinsamen Kampf „gegen den Bolschewismus". Mit Adenauers „abendländisch-westeuropäischem Zusammenschluß" fanden diese Pläne dann ihren Platz im Programm der CDU/CSU nach dem Kriege.

In der Tat brachten die Bündnisse unter den imperialistischen Staaten und die Schritte zur westeuropäischen Integration den Kapitalisten in West-Deutschland jeweils ein Stück verloren gegangener Macht zurück.

Veränderungen in Anteilen der USA und anderer Länder an der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt				
Land	40er Jahre (1948)	50er Jahre (1958)	60er Jahre (1969)	70er Jahre (1970)
USA	53,4%	46,1%	43,4%	40,9%
England	11.2	9,7	7,1	7,1
Westdeutschland	3,6	9,4	9,4	9,7
Frankreich	3,9	4,9	4,6	4,7
Japan	1.0	3,5	8,5	9,4

1947: Die Ankündigung der US-Warenkredite des Marshall-Plans an Westeuropa war das Startsignal für den Wiederaufbau eines kapitalistischen West-Deutschland.

1949: Mit der Gründung der Nato wurde die Wiederbewaffnung West-Deutschlands auf die Tagesordnung gesetzt.

1950: kamen Pläne zur EVG (Europäischen Verteidigungsgemeinschaft) auf mit Beteiligung von westdeutschem Militär. Diese scheiterten am Widerstand Frankreichs.

1952: Vorerst kam nur die Montanunion zustande, die vorweggenommene EWG für Kohle und Stahl. Sie legte die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens zur Entflechtung des deutschen Großkapitals in der BRD ad acta und hob die Produktionsbeschränkungen nahezu auf.

1955: erhielt die BRD im Rahmen der Nato wieder ein eigenes Militär und nahezu vollständige Souveränitätsrechte.

Weiter wurden eine Koordinierung der Landwirtschaftspolitik, der gegenseitigen Dienstleistungen, die Aufhebung von Beschränkungen im Kapitalverkehr für EWG-Kapitalisten, Koordinierung der Energie- und Verkehrspolitik geplant. Auch in diesen Bereichen wurden Fortschritte erzielt.

Die EWG-Verträge

1957 wurde der entscheidende Schritt in Richtung auf eine Integration Westeuropas durch Unterzeichnung der Römischen Verträge zur Bildung der EWG getan. Zusammen mit der Montanunion stellen sie das Grundgerüst der ganzen Integrationspolitik dar. Die sechs kapitalistischen Staaten Italien, Frankreich, Belgien, Luxemburg, Niederlande und BRD beschlossen als Ziel die „schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik".

Ein Rücktritt von diesen Verträgen ist nicht vorgesehen. Grundlage der EWG war eine Zollunion, die innerhalb von 12 – 15 Jahren verwirklicht werden sollte. Dies ist im großen und ganzen auch erreicht worden.

ZOLLUNION (z.B. EWG)

Darunter versteht man die Zusammenfassung mehrerer Wirtschaftsgebiete zu einem, in dem es keine inneren Zölle gibt und die Außenzölle vereinheitlicht werden.

FREIHANDELSZONE (z. B. EFTA)

In einer Freihandelszone gibt es zwar ebenso wie bei der Zollunion keine Binnenzölle, aber von Land zu Land verschiedene Außenzölle. Sie stellt also einen sehr viel loseren Zusammenschluß dar.

Eine Zollunion ist allerdings auch noch kein fester wirtschaftlicher Zusammenschluß. Durch Subventionen, Warenvorschriften u.ä. können sehr leicht Handelschranken aufgebaut werden, die die gleiche Wirkung wie Zölle haben.

Der EWG – Agrarmarkt

Eine besondere Bedeutung in der weiteren EWG-Geschichte nahm die Koordinierung der Landwirtschaftspolitik ein, die zu sehr schweren Differenzen besonders zwischen der BRD und Frankreich führte. Natürlich spiegelte sich hierin der Kampf dieser zwei Mächte um den Anteil am EWG-Aktien-Paket wieder.

Zur Koordinierung der Landwirtschaftspolitik wurde ein gemeinsamer Agrarmarkt eingerichtet, der sich durch hohe Zölle gegen Agrarimporte von außerhalb schützt. Wer trotzdem importiert, muß die Gewinne, die er dadurch erzielt, in einen gemeinsamen Topf werfen. Für die Agrarprodukte wurde ein für alle verbindlicher Preis festgesetzt, der in Dollar angegeben wurde (sog. „grüner Dollar"). Die perman enten Währungsschwankungen führten allerdings dazu, daß der Preis so fest nicht war und das System dadurch häufiger recht stark erschüttert wurde. Aus dem gemein samen Topf werden nun die Subventionen bezahlt, die dazu dienen, nach US-Vorbild große kapitalistische Farmen herzustellen. Die Folge sind die systematische Ruinierung von Kleinbauern in der EWG und die hohen Lebensmittelpreise. Das Agrarsystem begünstigt eindeutig die Großbauern. Die Großbauern bekommen auch dann ihre hohen Preise bezahlt, wenn die Produkte nicht mehr abgesetzt werden können. Das führt dann zu Erscheinungen wie dem bekannten „Butterberg" der EWG. Solche Erscheinungen der Überproduktion sind für den Kapitalismus charakteristisch.

Dieses Agrarsystem wurde von Frankreich 1966 erzwungen. Fin halbes Jahr lang hat es deshalb den EWG-Ministerrat boykottiert.

In den „römischen Verträgen" wurden schließlich auch Funktion und Aufgaben der supranationalen Gremien der EWG festgelegt. Es sind dies: Der EWG-Ministerrat, die EWG-Kommission in Brüssel, das Europa-Parlament in Straßburg und der Europäische Gerichtshof in Luxemburg. Das entscheidende Gremium ist der Ministerrat. In ihm sitzen die jeweils zuständigen Fachminister der Mitgliedsländer. Jedes Land hat Vetorecht, Beschlüsse können nur einstimmig gefaßt werden. Im Vertrag waren ab 1965 Mehrheitsentscheidungen vorgesehen. Dem widersetzte sich damals Frankreich. Man „einigte" sich auf die Beibehaltung des Vetorechtes. Die EWG-Kommission hat folglich in erster Linie Funktion einer Hilfstruppe, die im wesentlichen Vorschläge erarbeitet.

Zu den „römischen Verträgen" gehört auch der Vertrag zur Gründung der Euratom. Offiziell wurde als Ziel die „Entwicklung der Atomforschung zu friedlichen Zwecken" angegeben, ohne militärische Anwendung auszuschließen. Lediglich die Widersprüche untereinander verhinderten vorerst, Atomforschung gemeinsam mit militärischer Perspektive zu betreiben.

Schwächung des Imperialismus nach dem 2.Weltkrieg

Wie kam es nun, daß nach dem 2. Weltkrieg die verschiedenen Imperialisten in Westeuropa, die vorher „Erbfeinde" waren und Gegner in zwei Weltkriegen, sich jetzt zusammentun wollten? Hatten sie plötzlich ihre Friedfertigkeit und Liebe zueinander entdeckt?

Der 2. Weltkrieg war der zweite gewaltsame Versuch des deutschen Imperialismus gewesen, eine Neuverteilung der Welt zu seinen Gunsten vorzunehmen.

Über 50 Millionen Tote und unzählige Krüppel waren das Ergebnis. Besonders die Sowjetunion u. Polen waren von den Faschisten verwüstet worden. Der deutsche Imperialismus erlitt eine totale Niederlage. Doch auch alle übrigen europäischen imperialistischen Mächte konnten ihre alten Großmachtstellungen nicht halten. Auf dem europäischen Kontinent war der Kapitalismus bei den Menschen in starken Mißkredit gekommen. Überall in Osteuropa kam es zu sozialistischen Umgestaltungen. In den antifaschistischen Widerstandsbewegungen hatten sich besonders die Kommunisten hervorgetan. In Albanien und Jugoslawien eroberten diese Bewegungen die Macht im Staat. In Griechenland konnte dies lediglich durch das militärische Eingreifen Englands und schließlich der USA in den Bürgerkrieg verhindert werden. In Italien und Frankreich hatten die Kommunisten entscheidenden Einfluß in den Gewerkschaften erobert. Es gab in diesen Ländern starke kommunistische Parteien, die vom imperialistischen Standpunkt aus zurückgedrängt werden mußten, und es war noch nicht geklärt, in wessen Händen die Staatsmacht liegen würde. In Norditalien war der Staatsapparat von Partisanen zerschlagen worden. 1945 mußten die Imperialisten sie noch in die Regierung aufnehmen. In Deutschland mußte selbst die CDU/CSU nach dem Kriege den Sozialismus ins Programm aufnehmen. Daß der Sozialismus an Boden gewonnen hatte, damit wollten sich die Kapitalisten keineswegs abfinden. Im Gegenteil, diese „geschichtliche Katastrophe" für sie wollten sie mit allen Mitteln wieder rückgängig machen.

Darüber hinaus waren überall in den Kolonien des englischen und französischen Imperialismus starke Unabhängigkeitsbewegungen entstanden. China wurde sozialistisch, in Vietnam wird heute noch darum gekämpft. Dem drohenden Verlust ihrer Kolonialreiche suchten die Imperialisten einerseits mit Waffengewalt – so kämpfte englisches Militär in Malaysia und Kenia, französisches in Algerien und Zentralafrika – andererseits durch Zugeständnisse der „Unabhängigkeit" und neue Fromen der Unterdrückung zu begegnen.

Supermacht USA

Die USA waren die einzige imperialistische Macht, die aus dem 2. Weltkrieg gestärkt und mit einem intakten Produktions- und Militärapparat hervorging. Sie finanzierten auch große Teile der Kriegskosten Englands und Frankreichs. 1948 kamen über die Hälfte der gesamten Industrieproduktion der kapitalistischen Länder aus den USA, dagegen z.B. nur 1/30 aus Westdeutschland. Das Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und den unterdrückten Völkern auf der einen Seite und dem Imperialismus auf der anderen drohte sich noch weiter zuungunsten des Imperialismus zu verschieben. Deshalb erklärten die Imperialisten die „Zurückdrängung des Kommunismus" zum obersten Leitsatz ihrer Politik (Truman-Doktrin der USA). Die USA erklärten, daß sich jedes Land zwischen zwei Welten entscheiden müsse. Dem folgten die Marshallplan-Warenkredite an Westeuropa, die Nato, d.h. die verstärkte militärische Aufrüstung mit ihrem Paktsystem, dem Aufbau von Militärstützpunkten rund um die Sowjetunion. Politik der imperialistischen Einkreisung nannte es Stalin. „Begründet" wurde dies vor der Bevölkerung mit der angeblich drohenden „kommunistischen Expansion". Dazu erklärte selbst der US-Botschafter Kennan in Moskau später: „Jedem, der das damalige

Rußland auch nur annähernd kannte, war es vollkommen klar, daß die sowjetische Führung keinen Versuch beabsichtigte, die Sache des Kommunismus über die Grenzen des Landes hinaus durch militärische Operationen der eigenen Streitkräfte voranzutreiben."

US-Vorherrschaft über Westeuropa

Mit der Machtposition einer Supermacht, die die USA errungen hatten, war ihnen die Möglichkeit der Vorherrschaft über die europäischen Imperialisten gegeben. Sie bestimmten die Nato-Strategie und mit welchen Waffen wer aufgerüstet wurde. Sie nahmen den englischen Kapitalisten einen großen Teil der Erdölquellen ab und führten die Kriege in Griechenland und später in Vietnam weiter. Sie stellten sich in der Suez-Krise 1956 gegen die Aggression des französischen und englischen Imperialismus und machten damit deutlich, daß sie eine Kolonialpolitik an ihren Interessen vorbei nicht duldeten.

Die Expansion des US-Kapitals

Das US-Großkapital hat seine ökonomische Stärke dazu ausgenutzt, sich systematisch ein Industrie mperium, das nahezu über die ganze Welt reicht, aufzubauen. So betrug der Umsatz der US-Firmen außerhalb der USA 1970 etwa 200 Mrd. US-Dollar. In den Ländern der 6er-EWG übernahmen die US-Kapitalisten 1963 6,3 % der Kapitalbildung. Besonders stark ist ihr Einfluß in Großbritannien, wo 1600 US-Firmen 10 % der Industrie in ihre Hand brachten, relativ am geringsten in Frankreich. Lenin schrieb: „Die Monopole sind überall Träger monopolistischer Prinzipien: An Stelle der offenen Konkurrenz auf dem Markt tritt die Ausnutzung der ‚Verbindungen' zum Zweck eines profitablen Geschäftes." Die Kapitalisten schaffen sich heute diese Verbindungen in ersten Linie durch Direktinvestitionen, d.h. den Aufbau eigener Industrie im Ausland. Besonders konzentriert sich dieser Einfluß der US-Industrie auf sogenannte Schlüsselindustrien, deren Bedeutung in Zukunft weiter zunehmen wird. In der EWG beherrschte das US-Kapital 30 % der Autoproduktion, 75 % bei den Computern, so daß die europäische Computerindustrie überhaupt nur auf der Grundlage staatlicher Schenkungen existiert. In der BRD sind z.B. 25 % der Elektro-Industrie in US-Hand und 50 % der Raffineriekapazitäten.



Nach dem abgelehnten EWG-Beitritt Norwegens ist zu erwarten, daß Norwegen einen Freihandelsvertrag mit der EWG abschließt.



Die EWG – eine Gemeinschaft von Imperialisten

Mit diesen Ergebnissen und Folgen des zweiten Weltkrieges haben sich die europäischen Imperialisten keineswegs abgefunden. Das Ziel, der Machtverhältnisse in der Welt zu ihren Gunsten zu ändern, ist ihnen allen gemein, ebenso die Einschätzung, daß sie jeweils a l l e i n eine Änderung nicht herbeiführen können. Unter der gegebenen Kräftekonstellation ist dies für die europäischen Imperialisten nur möglich, wenn sie eine Stärke erreichen, wie sie die Macht der USA und der Sowjetunion darstellen. Deshalb halten die europäischen Imperialisten ein „Vereinigtes Europa" – zunächst der kapitalistischen Staaten – für die Grundlage ihrer aggressiven und expansionistischen Politik. Strauß sagt, „ein solches Europa würde eine Verschiebung der weltpolitischen Kräftekonstellation und zwar die einzig mögliche zugunsten der demokratischen (also der imperialistischen) Welt herbeiführen". (In 'Herausforderung und Antwort'). Die Herstellung der europäischen Integration ist für die Imperialisten eine Existenzfrage geworden. Strauß wiederum drückt das so aus: „Europa steht vor der Aufgabe, ob es sich in der modernen Welt als eine Größe sui generis überhaupt noch behaupten kann oder es sozusagen ein S a t e l l i t der USA wird."

Schaffung eines EUROPA DER MONOPOLE

Ebenso Großmacht wie die USA zu werden, ist nur möglich, wenn die europäischen Imperialisten sich ein entsprechendes wirtschaftliches Potential schaffen. Zwar haben die europäischen Kapitalisten im Vergleich zu den USA ihre Position ständig verbessern können, lediglich Großbritannien fiel relativ gegenüber den USA zurück. Die BRD erreichte 1970 1/4 der Industrieproduktion der USA. Die EWG der 9 Mitglieder ab 1973 wird gut 70 % des Bruttosozialproduktes der USA erreichen. Entscheidend aber wird sein, ob das europäische Kapital sich ein entsprechendes Industrieimperium aufbauen kann bzw. das europäische Monopolkapital der US-Konkurrenz standhalten kann. Wie sieht es damit aus? Von den 1967 auf knapp 100 Mrd. US-Dollar geschätzten Direktinvestitionen insgesamt belief sich der US-Anteil allein auf 60 %. Lediglich die englischen Kapitalisten haben relativ zu ihrer Größe mehr im Ausland investiert. Bei beiden Ländern stützt sich die Außenexpansion im wesentlichen auf die Direktinvestitionen. Ganz anders sah es bislang bei der BRD aus, die einen relativ hohen Warenexport bei geringen Direktinvestitionen besaß. So klagte Abs von der Deutschen Bank: „Gegenüber England sind wir mit unseren ausländischen Direktinvestitionen ein Zwerg, gegenüber den USA nur ein Däumling." Springers „WELT" forderte konsequenterweise, ein Industrieimperium aufzubauen, das „einer 'Welthandelsnation würdig ist." Seit Mitte der 60er Jahre sind die westdeutschen Kapitalisten systematisch dazu übergegangen, sich ebenfalls ein solches Industrieimperium zu schaffen. Die Direktinvestitionen wachsen jährlich um mehr als 20 % gegenüber 8 % bei den USA und England. Die Parteien in Bonn wetteifern darin, diesem Prozeß mit Steuergeldern unter die Arme zu greifen. Ende 1971 hatten die westdeutschen Direktinvestitionen 21 Mrd. DM überschritten. Der Bayer-Konzern z.B. besitzt heute in 50 Ländern 130 Produktions- und Vertriebsstätten.



Demonstration in München gegen den Generalvertrag (auch Deutschlandvertrag genannt) 1952

Der Generalvertrag regelte die Beziehungen der BRD zu den Besatzungsmächten. Durch diese Verträge wurde ihnen gestattet, weiterhin Truppen in der BRD zu stationieren, die auch eingreifen dürfen, wenn die „innere Sicherheit" „bedroht" ist.
Der Vertrag stand in Zusammenhang mit der EVG, die jedoch an der französischen Arbeiterklasse verhindert werden konnte.

Die Träger dieser Expansion sind die Monopole. Um gegenüber den US-amerikanischen Monpolen konkurrenzfähig zu werden, bzw. eine ähnliche Größenordnung und Stärke zu gewinnen, sind die europäischen Monopole gezwungen, sich zusammenzutun, deshalb die Pläne zur Integration. „Wenn man die Einheiten in Amerika sieht, dann weiß man, zu was wir in Europa aufgerufen sind", so Abs. Vorerst erfolgt die Stärkung der europäischen Monopole noch im wesentlichen über nationale Konzentrationsprozesse. In allen kapitalistischen Ländern vollzieht sich eine Konzentrationswelle in bisher nicht gekanntem Ausmaß. In der BRD stieg der Anteil der 50 größten Unternehmen, gemessen an der Gesamtzahl, von 1967 bis 1970 von 40 auf 50 % der Produktion. Um nur einige Branchen zu nennen: Teilten sich 1960 noch 6 Stahlkonzerne 60 % der Rohstahlproduktion, so heute nur noch drei. Die vier größten Chemiekonzerne kontrollieren heute 70 % des Umsatzes, vor 10 Jahren waren es erst 40 %; bei den größten 4 im Fahrzeugbau sind es bereits 90 %. In Frankreich, wo die Industrie viel weniger konzentriert ist, wurden mit Hilfe des 5. staatlichen Planes für die Industrien 1966-70 durch Fusionen systematisch Großkonzerne aus dem Boden gestampft, die „das Gerüst der zukünftigen französischen Industrie bilden" sollen. Für die wichtigsten Sektoren waren ein bis zwei Gruppen vorgesehen. Am Ende dieser Periode beherrschten z.B. in der Eisen- und Stahlindustrie Frankreichs zwei durch Fusionen aufgebaute Konzerne 70-80 % des Umsatzes. Ganz ähnliche Pläne gab es in Italien; der größte italienische Konzern, Montedison, entstand u.a. dabei, der bei uns vor allem durch seine brutalen Rationalisierungsmaßnahmen zu Lasten der Arbeiter bekannt wurde.

Fusionen auf EWG-Ebene, auf die die Kapitalisten zielen, gibt es heute erst relativ vereinzelt, so die Fusion von Dunlop und Pirelli, der zweitgrößte Gummikonzern der kapitalistischen Welt, die Fusion von Hoesch und Hoogovens, der drittgrößte europäische Stahlkonzern. Agfa-Gevaert ist heute der zweitgrößte Fotofilmhersteller der Welt. Zu solchen Fusionen gibt es heute zahlreiche Vorbereitungen in Form von Absprachen und Kooperationen unter den Monopolen, die allerdings ähnlich ständig zwischen den Monopolen getroffen werden und Ausdruck der Konkurrenz unter ihnen sind. Absprachen und Kooperationen zwecks späterer Fusionierung gibt es heute bei allen großen europäischen Banken. Fusionen in größerem Stil innerhalb der EWG wird es allerdings erst dann geben, wenn auf politischem Wege der freie Kapitalverkehr hergestellt ist, wie es mit der Wirtschafts- und Währungsunion geplant ist innerhalb der nächsten 10 Jahre. Sie war wichtigster Punkt der Tagesordnung der EWG-Gipfelkonferenz, Mitte Oktober dieses Jahres.

Wohin richten sich nun die Großmachtpläne dieses Europa der Monopole? Gegen wen zielt die von Strauß propagierte „Kriegskunst im Frieden", der eine europäische Atombewaffnung Druck verleihen soll und neben der Frankreichs heutige „Force de Frappe" wie „ein Museumsstück" erscheinen würde?

Expansionsstreben der Imperialisten

1. Auf Kosten der Länder Osteuropas.

Zunächst richten sich die Pläne der Imperialisten gegen die Länder in Osteuropa. Strauß erklärte dazu: „Der Einbruch der Sowjetrussen nach Mitteleuropa ist die geschichtliche Katastrophe unseres Jahrhunderts." (Herausforderung u. Antwort", S. 33) Daß der Imperialismus in Osteuropa an Boden verloren hat, damit wird er sich niemals abfinden, dazu braucht er die EWG, zunächst erst der kapitalistischen Staaten; denn „man kann den 2. Schritt nich vor dem ersten tun" – so die Strauß-Europa-Konzeption weiter. Deshalb ist für ihn de Gaulles ‚Europa vom Atlantik bis zum Ural' „als Notwendigkeit für die westeuropäischen Staaten zu begreifen", einen Staat bis an „die heutige westliche Staatsgrenze der Sowjetunion" zu schaffen (S. 126). In der Art des Hitler-Faschismus halten die Imperialisten daran fest, daß es ihre „moralische Aufgabe" sei, die „osteuropäischen Länder hinter dem Eisernen Vorhang" zu „befreien" (Strauß, a.O.), d.h. dort den Kapitalismus wiederherzustellen. Nur in diesem Rahmen sehen die Imperialisten eine Chance zur Rückeroberung der DDR. Wir haben die Zielsetzung der Imperialisten am Strauß-Konzept dargestellt, da Strauß hier eine Vorreiterrolle spielt. Allerdings unterscheiden sich alle Europa-Konzeptionen nicht wesentlich. Auch die Variante der SPD verfolgt keine anderen Ziele. So heißt es in einem Memorandum Brandt's bereits 1965: „Für die nächste Periode erscheint es uns wünschenswert und nicht aussichtslos, die osteuropäischen Staaten in möglichst zahlreiche Kommunikationen zu verweben". So könnten „Kräfte der Evolution ermutigt werden". Bzw. „der gemeinsame Markt hat eine auftauende Wirkung auf das ökonomische Denken in Osteuropa gehabt." In diesen Rahmen der „Neuen Ostpolitik" fällt die von den Kapitalisten seit Mitte der 60er Jahre betriebenen Ankurbelung des Osthandels. Unter dem Motto „Handel schafft Wandel" verstärkten insbesondere die westdeutschen Kapitalisten das Ostgeschäft. In den fünf Jahren bis 1969 wurde der Handel der BRD mit den Ländern des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) verdoppelt auf ca. 12 Mrd. DM. Die westdeutschen Imperialisten betrachten den Osthandel als „ein e der großen Zukunftsinvestitionen."

Dabei bauen sie vor allem auf „den Wandel im Ostblock selbst", zu dem sie „phantasievoll" das ihre beitragen möchten (so v. Amerongen vom



Direktinvestitionen des BRD-Kapitals Mitte 1971 (in Millionen DM)

Ostausschuß der Industrie). Es geht um wirtschaftliche Abhängigkeiten, die ihnen langfristig einen gefährlichen Einfluß auf diese Länder ermöglichen.

Die Imperialisten haben immer deutlich gemacht, daß es ihnen nicht um „friedlichen Wettbewerb" geht. Für sie ist der Osthandel eine politische Waffe in ihrer Eroberungsstrategie.

2. Auf Kosten der Länder der 3. Welt

Zum zweiten richten sich die Expansionsabsichten der Imperialisten gegen die Länder der Dritten Welt . „Den Rückzug Europas aus der Weltpolitik" sieht Strauß „am symbolkräftigsten und tragischsten ausgedrückt im Rückzug der Engländer aus dem weltpolitischen Bereich East of Suez". Diese „Weltpolitik" wird betrieben durch den weltweiten Kapitalexport, die Assoziierung der ehemaligen französischen und nun der englischen Kolonien und schließlich durch die Finanzierung der Unterdrückung der Befreiungsbewegungen in diesen Ländern, wie durch die BRD z.B. in Mozambique und im Tschad.

3. Zu Lasten des US-Imperialismus

Zum dritten richtet sich die EWG gegen die imperialistischen Konkurrenten USA. Die USA sollen von ihrer „Bürde, allein die Verantwortung der freien Welt übernehmen zu müssen", „entlastet" werden (Strauß). Zum einen soll der Imperialismus insgesamt gestärkt werden, zum anderen heißt „Übernehmen der Bürde", übernehmen von Einfluß und Machtpositionen der USA überall in der Welt, d.h. man nimmt sie seinem imperialistischen Konkurrenten weg.

Zunächst haben die USA ihrerseits die Europa-Pläne der europäischen Imperialisten unterstützt zur Stärkung des Imperialismus insgesamt und in der Annahme, selber die Vorherrschaft über dieses Europa auszuüben. So bekämpften die USA 1958 noch konsequent die englischen Pläne einer großen Freihandelszone mit Einbeziehung der „Neutralen" wie Österreich und Schweden. Sie wollten die gemeinsame politische Zielsetzung und die Stärkung der Nato erreichen. 1961 drängten die USA England zum Aufnahmeantrag in die EWG.

‚Atlantische Partnerschaft' gescheitert

Unter Kennedy schwebte den USA eine „atlantische Partnerschaft" USA – EWG vor. Vorgesehen war eine weitgehende Zollsenkung – nicht ohne die höheren US-Zölle durch nur prozentuale Senkung beizubehalten: eine Art große Freihandelszone, mit der Hauptstoßrichtung gegen die Dritte Welt. Das Ziel der USA dabei war, sowohl ökonomisch wie militärisch die Führung zu übernehmen. Sie betrachten das als legitim auf Grund ihrer großen „Bündnisverpflichtungen". Dieser Politik der USA versagte von 1963 ab der französische Imperialismus die Gefolgschaft. De Gaulle beschloß mit Adenauer 1963 die Achse Bonn-Paris. Die „atlantische Partnerschaft" war gescheitert. Inzwischen wird von den USA eine Neuauflage der „atlantischen Partnerschaft" vorbereitet. Allerdings treten die Widersprüche zwischen den Imperialisten in den USA und Westeuropa immer stärker in den Vordergrund. Am deutlichsten werden diese Widersprüche in den Währungskrisen, im Kampf der europäischen Kapitalisten gegen die Stellung des Dollar, als Leitwährung.

Alle Großmachtpläne der europäischen Imperialisten sind durch die Integration überhaupt erst möglich. Aber sie haben sich nur „unter dem drohenden Druck des Schicksals" zusammengefunden. D.h. keineswegs, daß dadurch die Gegensätze unter ihnen einfach immer mehr verschwinden. Sie sind mit unterschiedlichen Absichten in die EWG gegangen. Unter ihnen finden Auseinandersetzungen statt, um jeweils die eigenen Vorstellungen und Interessen mit Hilfe der EWG durchzusetzen.

Der englische Imperialismus und die EWG

Besonders deutlich wird dies an dem speziellen Weg Großbritanniens zur EWG. Der englische Imperialismus versuchte nach dem 2. Weltkrieg weiterhin Großmachtpolitik auf eigene Faust zu machen. Die englischen Imperialisten stützen sich dabei auf das Commonwealth – 31 Länder ehemaliger englischer Kolonien, die ihnen besondere Vorteile zusichern mußten – so den freien Kapitalexport, Zollvergünstigungen und Währungsübereinstimmung (Sterling-Block). Es entwickelten sich die „besonderen Beziehungen" zu den USA zur Unterdrückung der Länder der „3. Welt", was England gleichzeitig besondere Abhängigkeit vom US-Imperialismus einbrachte. Beides verhinderte nicht, daß von dem alten britischen Imperium nur ein Schatten übriggeblieben war. Das hatte den Rückzug des Militärs „östlich von Suez" zur Folge.

Bei EWG-Gründung wollte Großbritannien weiter seine „besonderen Beziehungen" zu den USA aufrechterhalten und lehnte es ab, seine Sonderrechte in den Commonwealth-Ländern allen europäischen Imperialisten zukommen zu lassen. Die EWG-Verträge dagegen sehen nur eine gemeinsame Kolonialpolitik vor. Die englischen Imperialisten waren nur zu dem lockeren Integrationsprojekt einer Freihandelszone bereit. Das führte zur Ablehnung ihres EWG-Beitritts durch Frankreich. Daraufhin gründete Großbritannien als Gegenprojekt 1960 die EFTA zusammen mit Dänemark, Norwegen, Schweden, Schweiz, Österreich und Portugal. Doch dieses Projekt hatte nicht den gewünschten Erfolg. Die ökonomische Position des englischen Kapitals verschlechterte sich weiter im Vergleich besonders zum BRD-Kapital, das auch in den EFTA-Ländern immer stärkeren ökonomischen Einfluß gewann. Erst beim 4. Anlauf war England bereit, der Integration mit gemeinsamem Agrarmarkt, gemeinsamer Kolonialpolitik und Wirtschafts- und Währungsunion zuzustimmen. Damit stand dem EWG-Beitritt Großbritanniens nichts mehr im Wege. Ab 1.1.1973 wird es Mitglied der EWG sein.

Der BRD-Imperialismus – der gefährlichste und aggressivste

Die Ausgangsbasis des BRD-Imperialismus war eine ganz andere. Als Besiegter im 2. Weltkrieg und nach dem Verlust der Gebiete östlich der heutigen BRD und dem Verlust sämtlichen Auslandskapitals mußte er wieder von vorn anfangen. Dies wurde ihm jedoch durch ein großes Reservoir an Arbeitskräften (aus den „verlorenen Gebieten") und durch den Marshall-Plan ebenso erleichtert, wie durch seine Sonderrolle als vorderster Stützpunkt der Nato im „Kalten Krieg". Er erwies sich wieder einmal als der aggressivste, gefährlichste und inzwischen stärkste Imperialismus Westeuropas. Um seine Machtposition Schritt für Schritt zu verbessern, unterstützte er einerseits die Pläne der USA und schloß andererseits die „deutsch-französische Freundschaft". Ebenso wie als vorderster „kalter Krieger" ist der westdeutsche Imperialismus an vorderster Front der „Neuen Ostpolitik". Die Friedens-Ideologie eines „neuen Deutschland", die die westdeutschen Imperialisten heute aufbauen, ändert nichts an ihrem besonders aggressiven Charakter. Innerhalb der EWG strebt der BRD-Imperialismus zur Durchsetzung seiner Ziele die Führungsposition an. Er verficht die Politik der immer größeren Erweiterung, die Assoziierung besonders vieler Länder und Übergang zu Mehrheitsentscheidungen in der EWG unter dem Mantel der „Demokratisierung der EWG", um so sein größeres ökonomisches Potential in die Waagschale werfen zu können.

Die weitere Ausdehnung der EWG

Die heutige Situation der EWG nach der Gipfelkonferenz Mitte Oktober dieses Jahres ist folgende:

Zu Beginn des Jahres 1973 werden Großbritannien, Irland und Dänemark Mitglieder der EWG. Norwegens ebenfalls geplante Mitgliedschaft konnte durch den Volksentscheid vorerst abgewehrt werden. Allerdings ist diese Volksabstimmung für die norwegischen Kapitalisten nicht bindend. Norwegen wird vorerst zusammen mit Schweden, Island, Portugal, der Schweiz, Österreich und Finnland eine „Freihandelszone" mit der EWG bilden, in der bis 1977 die Industriezölle abgebaut werden sollen. Nächster Schritt zur Ausdehnung der EWG ist der Mittelmeerraum. Über die bereits bestehenden Verträge hinaus – siehe Karte – ist von den EWG-Imperialisten geplant, ebenfalls eine „Freihandelszone" mit allen Mittelmeerländern, möglichst unter Einbeziehung von Jordanien, Syrien, dem Sudan und Lybien zu bilden. Dazu sind Verhandlungen im Gange. Differenzen unter den Kapitalisten gibt es noch über die Frage, wie weit Agrargüter in dieses Abkommen einbezogen werden. Nach Herstellung dieser „Freihandelszonen" wird man über die Aufnahme von Ländern wie Israel, Spanien, Schweden etc. in die EWG verhandeln. Darüber hinaus sind bereits 38 Länder der 3. Welt „assoziert". (Assozierungsabkommen, beinhalten im wesentlichen freien Warenaustausch, d.h. billige Rohstoff- und Lebensmittellieferungen für die europäischen Kapitalisten und bessere Möglichkeiten für ihren Export. Gleichzeitig wird den Kapitalisten der freie Kapitalexport garantiert).

Diese immer weiterreichende Expansion der europäischen Kapitalisten wird die Widersprüche zu der Großmacht USA und zur Sowjetunion und andererseits zu den Völkern der Dritten Welt erheblich verschärfen. Das zwingt die Imperialisten sich zu einigen.

Die Wirtschafts- und Währungsunion

Der Hauptpunkt der weiteren Integration ist die Herstellung einer Wirtschafts- und Währungsunion, die in einem Jahrzehnt hergestellt sein soll. Das Ziel dieser Bestrebungen ist die Herstellung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes mit einheitlicher Währung (Euro-Währung) und schließlich europäischen Monopolen. Das ist nur möglich, wenn die nationale Wirtschafts- und Währungspolitik abgeschafft wird und eine europäische an deren Stelle tritt. Die Schritte dahin laufen über die Errichtung eines europäischen Währungsfonds, Vereinheitlichung der Steuersysteme, Angleichung des Wirtschaftsrechts, Abstimmung der jeweiligen Haushaltspolitik und Zusammenlegen der Notenbanken. Darüber planen die Imperialisten eine gemeinsame Außenpolitik. Die nationale Souveränität muß dazu schrittweise abgebaut werden. Das geht nicht ohne Konflikte und verschärfte Auseinandersetzungen zwischen den Imperialisten vor sich, wenn die nationale Souveränität in zentralen Fragen beseitigt werden soll. Dies wird sehr scharfe Krisen zwischen den Imperialisten hervorrufen und ihre Integration zurückwerfen. Im einzelnen deren Verlauf voraussagen zu wollen, wäre allerdings reine Spekulation. Da die Integration jedoch eine Existenzfrage geworden ist, werden sie sie immer weiter vorantreiben.

Die EWG gegen die Arbeiterklasse

Damit rufen die Kapitalisten gleichzeitig verstärkte Kämpfe ihres schließlich entscheidenden Gegners, der Arbeiterklasse, hervor. Für ihre Expansionspläne werden die Imperialisten versuchen, sich nach innen hin den Rücken frei zu halten, und der Bevölkerung die Lasten dieser Expansion aufzubürden. D.h. verschärfte Angriffe auf die Lebenslage der Arbeiterklasse und insbesondere der Bauern, Abbau und Angleichung der von der Arbeiterklasse erkämpften Rechte auf einen möglichst niedrigen Stand, sowie Ausbau des Staatsapparates durch die Kapitalisten, um Kämpfe der Arbeiterklasse gewaltsam niederzuschlagen. Entscheidend wird allerdings für die Kapitalisten sein, ob es ihnen gelingt, Teile der Arbeiterklasse und der übrigen Bevölkerung auf dem ideologischen Wege für ihre Zielsetzungen zu gewinnen. Dies wird neben der Politik des Neokolonialismus Gegenstand des nächsten ARBEITERKAMPF sein. ■

Die Lage an den Schulen

Die SPD/FDP-Regierung hatte bei ihrem Amtsantritt 1969 versprochen, den Bildungsfragen erstklassige Aufmerksamkeit zu widmen. Auch in der neuen Regierungserklärung soll die „Bildungsreform" wieder ganz oben stehen. Ginge es nach den W o r t e n der sozialdemokratischen Politiker, so lebten wir geradezu in einem Zeitalter der „Priorität Bildung."

Aber die Zustände an den Schulen, die von den Arbeiterkindern besucht werden, steuern inzwischen auf ein regelrechtes Chaos zu. Nach wie vor ist die überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse in dieser Gesellschaft von einer weiterführenden Bildung, von der „Chancengleichheit" ausgeschlossen.

In einem Villenvorort



Volks- und Realschule im Schulkreis 51; Übergangsquote auf's Gymnasium 53% (Ostern 70)

An den Schulen fehlen Lehrer. Der in den Stundentafeln vorgeschriebene Unterricht kann nicht erteilt werden. Darüber hinaus fallen durch Mutterschaftsurlaub und Erkrankung der Lehrkräfte in Hamburg täglich durchschnittlich 10 % der Unterrichtsstunden aus. Allein um diese Verluste auszugleichen, wären in Hamburg etwa 600 Lehrer mehr nötig.

Aber am schlimmsten wirkt sich der Lehrermangel darin aus, daß die Schulklassen v i e l z u g r o ß sind. An den westdeutschen Volksschulen sind in einer Klasse im Schnitt etwa 35 Schüler. Gerade die Kleinsten trifft es am härtesten: Im vergangenen Schuljahr hatten nahezu ein Viertel aller Schulanfängerklassen in der BRD 41 und mehr Schüler. Die bürgerlichen Pädagogen halten dagegen in den Grundschulen (1.-4. Klasse) eine Klassenstärke von 25 Kindern für sinnvoll. Wen wundert es da, wenn bei uns in einzelnen Bundesländern mehr als ein Viertel der Kinder schon am Ende des 1. Schuljahres sitzenbleibt und wiederholen muß?

Dazu kommt die bauliche Notsituation. Es fehlen Räumlichkeiten. Die vorhandenen sind nicht selten durch Schichtunterricht belegt, d.h. die Kinder bekommen abwechselnd vormittags und nachmittags Unterricht. In alten Stadtvierteln – schlimmer noch in Sanierungsvierteln – sind die Schulen, vielfach um die Jahrhundertwende erbaut, verrottet und renovierungsbedürftig. Oft liegen sie direkt neben Fabrikanlagen und Hauptverkehrsstraßen und unterliegen dadurch schweren Geruchs- und Lärmbelästigungen.

In den neu errichteten „Trabantenstädten" am Rand der Großstädte (Billstedt, Osdorf in Hamburg; Märkisches Viertel in Westberlin) werden die Schulen oft rücksichtslos mitten in eine Stein- und Betonwüste gepflanzt, obwohl hier – bei einer Planung nach menschlichen Gesichtspunkten – sicher genügend Platz vorhanden wäre.

— An der Schule Berner Heerweg traten Eltern und Schüler in einen einwöchigen Warnstreik, um die Bewilligung von Geldmitteln für Ausbau- und Reperaturarbeiten zu erzwingen. Die Schulgebäude, die zum Teil noch aus dem vorigen Jahrhundert stammen, sind völlig überaltert und unzureichend.

— An der Schule Rellingerstr. wurde ein Pavillon in 15 m Entfernung von der Kieler Straße errichtet (das ist nach der Kennedy-Brücke die verkehrsreichste Straße in Hamburg). Schüler und Lehrer müssen ihre gesamte Nervenkraft aufbringen, um sich überhaupt auf den Unterrichtsstoff zu konzentrieren.

— Die Bewohner des Karolinenviertels leiden besonders schwer unter der Umweltverschmutzung: Übelriechender Gestank vom Schlachthof, Qualm und Dreck aus den Schornsteinen einer Fleischfabrik, in der tagtäglich Abfälle verbrannt werden. Nicht etwa, daß wenigstens die Kinder davon verschont blieben. Die Schule Grabenstraße liegt direkt gegenüber von „Schraders Würstchen" und nur einige hundert Meter entfernt vom Schlachthof – den beiden Hauptverantwortlichen für die Luftverpestung.

Gerade die Kinder brauchen, um sich geistig und körperlich entfalten zu können, genügend freien Raum, Ruhe und eine menschenfreundliche Umgebung auch außerhalb der Schule. Sie müssen sich draußen auch mal richtig austoben können.

In den besseren Wohngegenden ist das ohne weiteres möglich: Da hat bald jede Familie einen Garten zur Verfügung. Aber in den Arbeitervierteln gibt es nicht einmal ausreichend Sport-, Spiel- und Freizeitflächen für alle zusammen!

Unter solchen Bedingungen sollen die Schüler lernen, Klassenarbeiten schreiben, Prüfungen ablegen, weiterkommen!? Das könnte man nicht einmal den Erwachsenen zumuten.

Chancengleichheit?

Überfüllte Klassen, Unterrichtsausfall, überlastete Lehrer, unzureichende Räumlichkeiten, mangelhafte Ausstattung mit guten Lehr- und Lernmitteln – das ist die westdeutsche Schulwirklichkeit im Zeitalter der „Bildungsreform." Ein sinnvoller Unterricht zum Nutzen der Kinder ist unter diesen Umständen vielfach nicht mehr möglich.

Das trifft am härtesten die Arbeiterkinder und damit die Arbeiterklasse insgesamt.

Die Schulmisere ist eine Misere aller Schultypen einschließlich der Berufsschulen. Aber an den Grundschulen ist sie am folgenschwersten. Denn hier fällt für die meisten Kinder die Entscheidung über ihren Bildungsweg.

Die Kinder der höheren („bildungsbewußten") Klassen und Schichten können mit den Mißständen viel besser fertigwerden als die Arbeiterkinder. Die bürgerlichen Familien haben die finanziellen und zeitlichen Reserven, um ihre Kinder über die „Durststrecke" der Grundschule zu bringen. Sie verstehen es, den eigenen Bildungsvorsprung ihren Kindern weiterzugeben. Diese Eltern können mühelos die Zeit aufwenden, um ihren Kindern bei den Schularbeiten zu helfen. Sie können mühelos das Geld aufwenden, um ihre Kinder mit den besten Lernmitteln auszurüsten. Kommt das Kind trotzdem nicht recht voran, erhält es eben den teuersten Nachhilfeunterricht. Diese Kreise verstehen es auch, ihr Ansehen und ihren persönlichen Einfluß bei Lehrern und Schulleitern derart zur Geltung zu bringen, daß das Kind an der Schule auch die „gebührende" Förderung erhält. In diesen Schichten ist es geradezu „modern", sich um schulische Probleme zu kümmern und private Selbsthilfeaktionen (Betreuung der Kinder, Schularbeitszirkel, Spendenaktionen) zu unternehmen – was den eigenen Kindern zugute kommt.

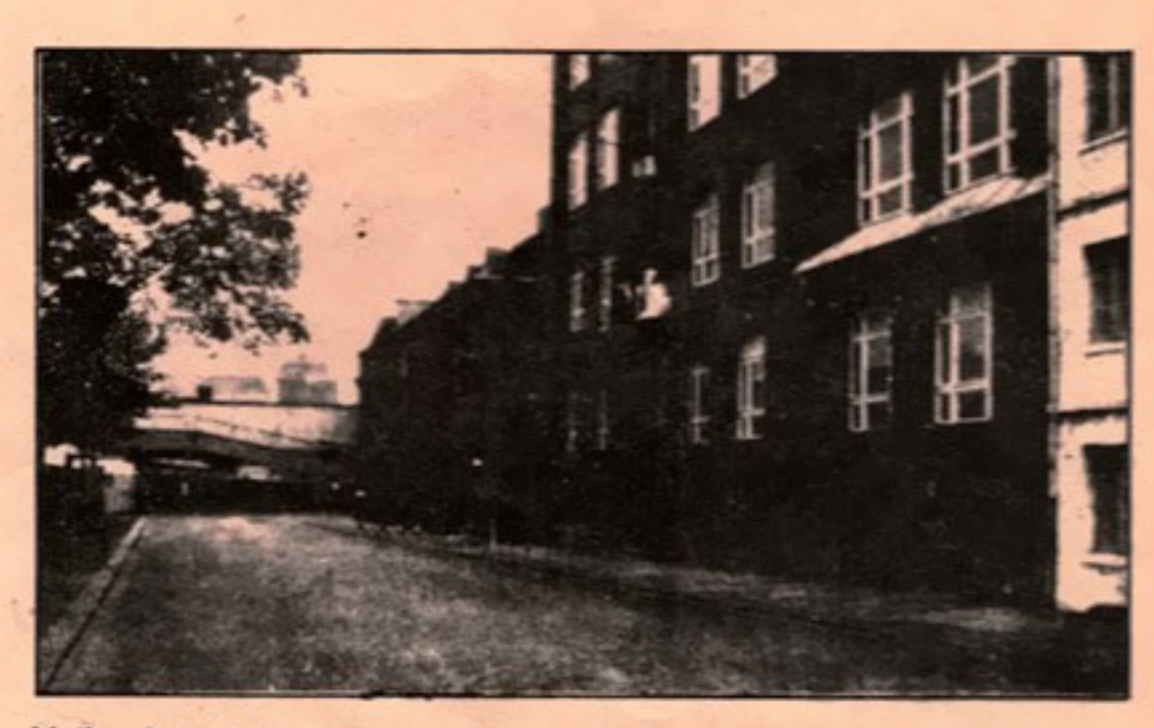
Eine Arbeiterfamilie hat nicht diese Möglichkeiten. Außerdem haben die proletarischen Eltern selbst ihre Schulzeit – zu recht – in so mieser Erinnerung, daß sie es oft von vorneherein ablehnen oder sich nicht zutrauen, in die Ausbildung ihrer Kinder einzugreifen.

Denn schließlich sind die proletarischen Eltern selbst Opfer der kapitalistischen Bildungspolitik.

Chancengleichheit? Die Kinder aus „gut-bürgerlichem Haus" gehen jedenfalls mit einem gewaltigen Vorsprung an den Start. Und die Schulmisere wirft die Arbeiterkinder noch weiter zurück.

Aber es ist nicht die materielle Notlage an den Schulen allein, die bewirkt, daß die Arbeiterklasse in dieser Gesellschaft von der Bildung prinzipiell ausgeschlossen ist. Es ist auch nicht nur die Tatsache, daß das Einkommen der meisten Arbeiterfamilien nicht ausreicht, um den Kindern eine weiterführende Ausbildung zu ermöglichen. Das gesamte System der bürgerlichen Bildung mit seinen Inhalten und Methoden steht der Arbeiterklasse feindlich gegenüber.

In einem Arbeiterviertel



Volksschule Laiezstraße im Schulkreis 10 (Karolinenviertel, im Hintergrund der Schlachthof); Übergangsquote auf's Gymnasium 23% (Ostern 70)

Die bürgerliche Klassenschule

Die Schule ist kein gesellschaftlicher „Freiraum" und kann es niemals sein. Schulfragen sind letztlich Machtfragen. Die bürgerliche Schule ist durch die Klassenherrschaft der Bourgeoisie bestimmt. Das bedeutet; Bildungsprivileg für die Bourgeoisie und den höheren Mittelstand; reaktionäre Bildungsinhalte, die der Volksverdummung und -aufhetzung, nicht aber der Volksbildung und -aufklärung dienen; Unterdrückung der Arbeiterklasse von frühester Kindheit an.

Die Arbeiterklasse muß sich im allgemeinen mit der Volksschulbildung begnügen. Die Fakten sprechen für sich: Die Zahl der Übergänge von der Grundschule an weiterführende Schulen ist in proletarischen Stadtvierteln wesentlich geringer als in bürgerlichen. Ebenso ist die Rücklaufquote – die Zahl derjenigen, die nach einiger Zeit aufgeben und an die Volksschule zurückkehren – besonders hoch. In den Eingangsklassen der Gymnasien sind heute schätzungsweise 12-15 % Arbeiterkinder. Aber die Klassen auf den Gymnasien schrumpfen bis zur Oberstufe etwa auf die Hälfte zusammen. Auf wessen Kosten das geht, ist nicht schwer zu erraten. Die Zulassungsbeschränkungen für die Hochschulen tun ein übriges: Der (soziale!) Numerus Clausus bewirkt, daß unter den Studenten nur noch 6 % aus proletarischen Familien kommen.

Die Arbeiterklasse ist an einer guten beruflichen und fachlichen Ausbildung interessiert. Dazu braucht sie naturwissenschaftliches und technisches Wissen sowie praktische Fähigkeiten. Es ist eine bekannte Tatsache, daß viele Kinder eine Menge technischer Fertigkeiten mitbringen, die sie a u ß e r h a l b der Schule gelernt haben; daß sie aber i n der Schule vor elementaren naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten kapitulieren. Nicht etwa, weil sie zu dumm dazu wären, sondern weil dieses theoretische Wissen völlig losgelöst von seinem praktischen Bezug dargeboten wird (Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung).

Diese Art von Wissen bereitet den Kindern nicht nur die größten Verständnisschwierigkeiten, es wird für die meisten von ihnen auch unbrauchbar in der späteren Berufstätigkeit.

Was die Entwicklung praktischer Fähigkeiten angeht, so ist es einfach beschämend, wenn der Werkunterricht in den Grundschulen wochenlang darin besteht, Weihnachtssterne und Osterhasen zu „basteln", während für die Schulung handwerklichen Könnens die Ausstattung fehlt. (Dabei sind Bemühungen einzelner Lehrer natürlich hervorzuheben, die wenigstens versuchen, aus den minimalen Möglichkeiten das beste zu machen).

Die Arbeiterklasse braucht umfassendes politisches und gesellschaftliches Wissen. Sie muß alles wissen über die soziale Lage, die Erfahrungen, die Geschichte und die Kämpfe ihrer Klasse. An der bürgerlichen Schule wird die Existenz von Klassen nicht nur verschwiegen. Die Kinder werden überschüttet mit reaktionären Ideologien, mit religiösem, nationalistischem, militaristischem und faschistischem Gedankengut. Auch hier ist das Erbe der Nazi-Zeit niemals überwunden worden und das ist kein Zufall. Lehrer, die sich gegen diese Dinge wehren, sind von Berufsverboten bedroht. Schulbücher, die dies nicht ganz so einseitig darstellen, rufen eine reaktionäre Hetzkampagne auf den Plan.

So zuletzt geschehen im Fall eines Lehrbuchs für den Sozialkundeunterricht („sehen, beurteilen, handeln"). Dieses Buch stellt lediglich fest, daß es in der BRD a u c h Mißstände gibt (Umweltverschmutzung, soziale Ungerechtigkeit usw.) und daß es falsch wäre, das Verhältnis BRD-DDR „schwarz-weiß" zu sehen. Allein dieser zaghafte, ganz auf dem Boden dieser Gesellschaftsordnung

bleibende, Versuch, den Schülern etwas mehr kritisches selbständiges Denken zu vermitteln, brachte den gesamten rechtsradikalen Propagandaapparat auf Hochtouren: „Schulbuchskandal", „radikale Schüleragitation", „marxistische Ausrichtung der Schulbücher", „marxistischer Großangriff" (CDU-Hessen); „Indoktrination" (CDU-Hamburg). Da ist es nicht schwer zu erraten, welche eigenen Vorstellungen die CDU/CSU auf diesem Gebiet hat.

Die bürgerliche Schule zielt darauf ab, der Arbeiterklasse in ihrer Jugend das Rückgrat zu brechen. Sprache, Erfahrungsschatz und Verhaltensweisen des proletarischen Kindes werden als minderwertig („proletenhaft") diskriminiert.

So wird das Arbeiterkind isoliert. Das ständige Erlebnis des Mißerfolgs, die ständige Erfahrung, daß die Kinder höherer Schichten besser sind, soll in der Arbeiterschaft eine Haltung der Resignation vor schwierigen geistigen Anforderungen hervorrufen: „Das kannst du sowieso nicht, du bist ja nur ein Prolet." Solidarität, die Fähigkeit zu gemeinsamem Handeln und gemeinsamem Widerstand, Selbständigkeit sind an der Schule nicht gefragt. Verlangt wird der unterwürfige Strebertyp, der dem Kleinbürgertum auf den Leib geschnitten, der Arbeiterklasse aber fremd ist. Das ist die „freie Entfaltung der Persönlichkeit", die die Bourgeoisie der Arbeiterjugend zugedacht hat.

„Disziplinlosigkeit" und „Verwahrlosung" – die Propaganda der Rechtsradikalen

Die feindliche Haltung, mit der die bürgerliche Schule den Arbeiterkindern gegenübertritt, bleibt nicht ohne Wirkung auf die unterdrückten Kinder. Resignation, Zweifel an sich selbst, frühzeitiges Aufgeben – das ist die eine Seite. Empörung und Wut, die sich in der Zerstörung schulischer Einrichtungen Luft macht, Aggressivität, die bis zu erbitterten Schlägereien unter den Schülern selbst führen kann – ist die andere Seite.

Das ist der Punkt, wo die Rechtsradikalen mit ihrer Propaganda ansetzen. Springers „Hamburger Abendblatt" überschüttet seine Leser in einer Artikelserie mit Greuel- und Horrorgeschichten von den Volks- und Realschulen.

Hemmungslos übertriebene Schilderungen von „Untaten" und „Grausamkeiten" der Schüler („Die Zerstörungswut hat keine Grenzen") sollen den Eindruck erwecken, daß „kriminelle Elemente" an den Schulen die Oberhand gewinnen.

Hasch, Drogen, Linksradikale, Kriminelle ... – in der reaktionären Hetze gehört das untrennbar zusammen – das macht angeblich den „Tatort (!) Schule" (Bild am Sonntag) aus. (Bei den Nazis hieß es noch: Juden, Bolschewisten, Geschlechtskranke ...).

Springers Blätter können sich dabei tatsächlich auf eine gewisse Schicht von Lehrern, Eltern und Elternräten stützen, gerade auf solche aus „gebildeten Kreisen", gerade auf solche von den „humanistischen" (?) Gymnasien.

Der gewünschte Effekt ist, in der Bevölkerung den Ruf nach „Recht und Ordnung", nach der „starken Hand an den Schulen" zu verankern. Die Rechtsradikalen wollen den Charakter der Schule als einer Zwangsanstalt rücksichtslos und mit härtesten Disziplinarmaßnahmen durchsetzen. Selbst die kleinsten reformerischen Ansätze, selbst liberale pädagogische Überlegungen und Versuche sollen im Keim erstickt werden. Das liegt auf der Linie der Faschisierung von Staat und Gesellschaft, die von den Kapitalisten betrieben wird.

Leider bleibt diese Hetze auch in Teilen der proletarischen Elternschaft nicht ganz erfolglos. Diese Eltern werden mit den Schwierigkeiten und Konflikten bei der Erziehung ihrer Kinder nicht fertig und verlangen von der Schule, daß sie den Kindern „anständige Sitten" beibringt („Geben Sie dem Jungen mal eins hinter die Löffel, ich kann es nicht").

Der Trick der Rechtsradikalen ist, daß sie bewußt Ursache und Wirkung genau auf den Kopf stellen. Man muß sich das nocheinmal vor Augen halten: Klassen von 40 und mehr Schülern; überlastete, mangelhaft ausgebildete nervöse Lehrer, die froh sind, wenn sie halbwegs über die Runden kommen, aber sicher außerstande, gerade die zurückbleibenden benachteiligten Kinder zu fördern; Zustände, die an den Volksschulen dazu führen, daß vielen Kindern nicht einmal die elementarsten Fähigkeiten des Lesens, Schreibens und Formulierens beigebracht werden können. Aber wenn sich einzelne Schüler spontan – mehr instinktiv als bewußt – dagegen auflehnen (und nichts anderes steht hinter den sog. „Disziplinschwierigkeiten"), d a n n verlangt man von ihnen, daß sie „vernünftig", „maßvoll", „konstruktiv" (!) reagieren. Das verlangt man von Schülern, die wissen, daß sie den Sprung zur höheren Bildung nicht schaffen können, die spüren, daß sie auf dem Abstellgleis stehen!

Aber das „Hamburger Abendblatt" geht noch weiter: „Häufiger als angenommen, liegt ... die Ursache für einen pädagogischen Konflikt aber auch in einem organischen Schaden. Über den Anteil hirnorganisch gestörter Kinder schwanken die Angaben zwischen 3 und 20 %. Psychologen betonen, daß leichtere hirnorganische Schäden problematischer seien als die schweren. Schwere Schäden seien sofort als solche zu erkennen. Leichtere hingegen würden oft als charakterliche Mängel, Verhaltensstörungen oder Bösartigkeit mißdeutet." (Das „Abendblatt" bezieht sich dabei auf einen Herrn Dr. Bärsch).

Und weiter: „Jedoch wird niemand zugeben, daß sein Kind einen derartigen Schaden haben kann, und deshalb geht die Mutter lieber in die Schule und ohrfeigt die Lehrerin, statt sich selbst und ihr Kind einem Psychiater vorzustellen" (Dr. Hein im „Abendblatt").

Lernschwierigkeiten und Verhaltensstörungen also nicht als Folge unerträglicher Zustände, unter denen die Kinder aufwachsen, sondern als Folge organischer Schäden, eines angeborenen Hirnfehlers oder ähnlichem.

Mit was für einer L e i c h t f e r t i g k e i t sind diese Leute bereit, anderen Menschen Verrücktheit zu unterstellen, wenn sie nicht in i h r Bild von „normalen Verhaltensweisen", „Ordnung und Disziplin" passen: „Ihr Kind hat Schwierigkeiten im Unterricht? Dann unterlassen Sie es gefälligst, Lehrer und Schule damit zu belästigen. Schicken Sie es zum Psychiater und gehen Sie am besten gleich selber mit, denn da gehören Sie doch hin"!

Für solche „wissenschaftlichen" Unverschämtheiten tragen diese Herrschaften noch einen Doktortitel mit sich herum ...

Hier wird letzten Endes mit dem Irrenhaus gedroht. Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auf frühere Bestrebungen der CDU in Nordrhein-Westfalen, die in die gleiche Richtung zielten. Es ging damals um eine Gesetzgebung, die es ermöglichen sollte, jemanden als Psychopathen „anzuzeigen."

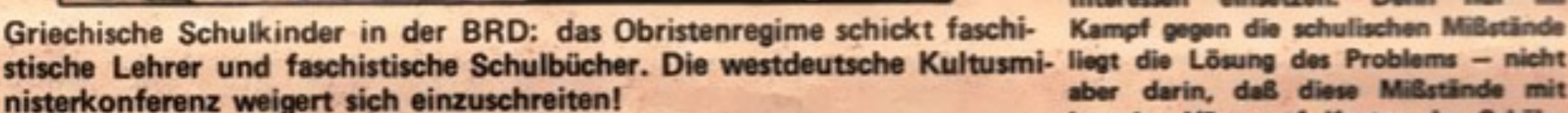
Eine solche „Anzeige" sollte dann sofortige psychiatrische Zwangsuntersuchung bzw. Behandlung zur Folge haben.

Solche Methoden haben die Faschisten immer angewandt, um politische Gegner oder einfach nur unbequeme Menschen auszuschalten.

Die Vorschläge, die die heutigen Faschisten zur „Lösung" des Schulproblems unterbreiten, gleichen ihnen beinahe aufs Haar.

Demgegenüber kommt es darauf an, daß sich die Eltern voll hinter ihre Kinder stellen und sich auch für deren Interessen einsetzen. Denn nur im Kampf gegen die schulischen Mißstände liegt die Lösung des Problems – nicht aber darin, daß diese Mißstände mit brutaler Härte auf Kosten der Schüler verteidigt und verewigt werden.

Griechische Schulkinder in der BRD: das Obristenregime schickt faschistische Lehrer und faschistische Schulbücher. Die westdeutsche Kultusministerkonferenz weigert sich einzuschreiten!



Schulkampf in Altona

Einzelne Eltern verschiedener Altonaer Schulen – Altona ist ein vorwiegend von Arbeitern bewohntes Hamburger Stadtviertel – erkannten nicht nur die miese Lage ihrer Kinder an der Schule, sondern auch, daß sich die Eltern selbst um eine Verbesserung dieser Dinge kümmern müssen. Sie besprachen die Probleme auf Elternabenden und forderten in einer Vielzahl von Gesprächen und Briefen von der Schulbehörde die Einstellung fehlender Lehrer, Verkleinerung der Klassen, Renovierung, Ausbau und Vergrößerung der Schulen, Einrichtung neuer Klassen, regelmäßige Lehrersprechstunden usw.

Nur dadurch, daß diese Diskussion breit in die Elternschaft getragen wurde, daß alle Eltern nicht nur die Lage an den Schulen kennenlernten, sondern auch Forderungen aufstellten, war es möglich, eine aktive, kämpferische Politik im Elternrat durchzusetzen.

Es wurden Verbindungen zu anderen Schulen aufgenommen und die Basis für den Schulkampf verbreitert.

Mit Beginn des neuen Schuljahres im Herbst 1972 hat sich die Lage an den Schulen merklich verschärft. Die von der Schulbehörde in Aussicht gestellte Einstellung von fehlenden Lehrern ist nicht erfolgt. Insgesamt sieht es sogar so aus, daß der Lehrerbedarf g r ö ß e r geworden ist.

Dabei ist es noch gar nicht so lange her, daß die Schulbehörde gezielt Gerüchte über eine angeblich bevorstehende „Lehrerschwemme" in Umlauf gesetzt hatte. Dieses Gerücht diente der Behörde dazu:

1. die Einführung des Numerus Clausus an den Hochschulen zu rechtfertigen (d.h. die Einschränkung der Zahl der Lehrerstudenten);
2. die Berufsverbote durchzusetzen. Die Behauptung, es bestehe ein Überfluß an Lehrkräften, war das sicherste Mittel, politischen Druck auf die Lehrerschaft auszuüben, Angst um den Arbeitsplatz zu verbreiten und die kritischen, demokratischen und kommunistischen Lehrer zu isolieren.

Auch heute besteht wieder Unsicherheit darüber, ob zum 1. Februar 73 alle ausgebildeten Lehrer in den Schuldienst übernommen werden.

Dieses Vorgehen der Schulbehörde legt ihre Absichten und ihre Auftraggeber bloß. Die herrschende Kapitalistenklasse billigt der Arbeiterklasse nur soviel an Ausbildung zu, wie ein Lohnarbeiter in der Produktion braucht – und keinen Deut mehr. Darum berechnet die Schulbehörde den Lehrerbedarf so knapp, daß der Schulbetrieb g e r a d e n o c h aufrechterhalten werden kann, nicht aber so, wie es im Interesse der auszubildenden Kinder nötig wäre.

Die Eltern waren nun aber nicht länger bereit, sich von der Schulbehörde durch Beteuerungen des „guten Willens" hinhalten zu lassen.

Der Ruf nach Kampfmaßnahmen wie Demonstration und Schulstreik wurde besonders unter den proletarischen Eltern immer lauter. So wurden auch kleinbürgerliche, opportunistische Elternräte, die vor weitergehenden Maßnahmen eher zurückschrecken, durch den Druck kampfbereiter Eltern auf Versammlungen mitgerissen. Die Elternschaft stellte sich dort geschlossen hinter ihren Elternrat, wo dieser sich konsequent für die Interessen der Kinder und Eltern eingesetzt hatte.

An der Schule Arnkielstraße kommt es zum ersten Streikbeschluß. Es fehlen 54 Lehrerstunden. Rund 300 Eltern beschließen einstimmig den Schulstreik, wenn der bestehende Lehrermangel bis zum Streiktermin nicht behoben ist. Zwei Tage danach sichert die Schulbehörde dieser Schule die fehlenden Lehrkräfte zu.

An der Schule Musäusstraße fehlen 100 Lehrerstunden. Hier kommt die Schulbehörde einem Streikbeschluß noch auf der Elternversammlung zuvor, indem sie durch zwei Schulräte die Einstellung weiterer Lehrer zusagen läßt. Aufgeschreckt durch den Kampfeswillen der Altonaer Eltern weist die Schulbehörde auch weiteren Schulen in Altona gerade soviel Lehrkräfte zu, daß die Wogen geglättet werden.

Die Eltern bleiben jedoch wachsam. Sie haben durch ihre Erfahrungen gelernt, daß sie der Schulbehörde nicht trauen können. Sie werden sehr aufmerksam darüber wachen müssen, daß diese im Kampf durchgesetzten Verbesserungen nicht im nächsten Frühjahr wieder abgebaut werden, und daß schwankende Elternräte bei zunehmendem Druck der Schulbehörde nicht umfallen.

SPD und FDP: „Erpressung!"

Die Reaktion der Schulbehörde sowie der Hamburger SPD und FDP auf die Kampfmaßnahmen der Altonaer Eltern war unmißverständlich: Hauptstoß gegen die Eltern und vor allem gegen den Schulstreik. Man werde sich durch den „Druck der Straße" nicht „erpressen" lassen. Schon in früheren Stellungnahmen hatte die Schulbehörde und der zuständige Senator (Apel) Schulstreiks als „illegal" bezeichnet. Auf öffentlichen Veranstaltungen versucht der Hamburger Senat demagogisch, die in Altona erkämpften Verbesserungen als längst geplante Maßnahmen und „Ergebnisse seiner fortschrittlichen Bildungspolitik" zu verkaufen. Die Elternräte werden als „Querulanten" diffamiert, die angeblich eine Politik ohne Zustimmung der Eltern machen.

Das ist nicht weiter erstaunlich. Sind doch Schulstreiks – zumal wenn sie in Arbeiterwohnbezirken organisiert werden – die gefährlichste Waffe der Eltern

Forts. nächste Seite

gegen die Schulmisere. Sie bringen die Mißstände an die Öffentlichkeit, zwingen die bürgerlichen Politiker, Farbe zu bekennen und tragen dazu bei, die Schulpolitik des Staates zu entlarven. Sie schaffen Solidarität in der Elternschaft, vermitteln ihr Kampferfahrungen und sind Vorbild für andere Schulen. Sie ermöglichen es den Eltern, herauszufinden, welches ihre Freunde sind und welches ihre Feinde, und wo die schwankenden Kräfte in den eigenen Reihen sitzen.

Die Schulbehörde wird mit allen Mitteln versuchen, die kampfbewußten Elternräte von den Eltern zu isolieren, den Elternrat zu spalten, die Einheit der Eltern zu zersplittern. Dabei stützt sie sich im wesentlichen auf Schulleitungen und rechte sozialdemokratische Kräfte unter Lehrern und Eltern.

Als besonders übel ist der Versuch der CDU/CSU zu werten, sich hier und da bei der Elternschaft anzubiedern. Das muß vor dem Hintergrund von 20 Jahren CDU-Bildungspolitik gesehen werden, in denen der Grundstein für die heutige Bildungsmisere gesetzt worden ist. Die soziale Demagogie, die von dieser Seite betrieben wird, ist ohne Zweifel die widerlichste.

Die GEW – „Vorkämpfer für die Bildungsreform"?

Die Schulkämpfe in Altona verliefen völlig unabhängig von der Lehrergewerkschaft GEW. Denn die GEW hatte weder unter den Lehrern noch unter den Eltern irgendeine politische Arbeit geleistet, ja noch nicht einmal eine aktive gewerkschaftliche Arbeit an der eigenen Basis zuwege gebracht. Als aber die Stimmung und die Kampfbereitschaft der Eltern nicht mehr zu übersehen war, versuchte sie rasch an die Spitze der Bewegung zu spurten. Sie gab sich zwar verbalradikal, „warnte" aber vor „isolierten" Schulstreiks und empfahl den Elternräten statt dessen ihre „langfristige" Reformpolitik. „Höhepunkt" der Elternaktivitäten sollte die Teilnahme an einer von der GEW veranstalteten Podiumsdiskussion mit Vertretern der bürgerlichen Parteien sein. Die GEW versuchte, die Bewegung doch noch unter Kontrolle zu bringen, ihr die Spitze abzubrechen und sie in ein harmloses Fahrwasser umzuleiten. Es liegt auf der Hand, daß solche Manöver nur der Schulbehörde nutzen können. Die Eltern haben sowieso Grund genug, der GEW von vornherein zu mißtrauen: Faktisch ist die GEW-Führung Sprungbrett für höhere Posten in der sozialdemokratischen Schulbehörde (z.B. in Hamburg Landesschulrat Neckel).

Bei den Elternräten konnte die GEW mit solchen Praktiken nicht landen. Die GEW-Führung wird aber auch unter den eigenen Mitgliedern mit Widerstand gegen diese Politik rechnen müssen.



Frankfurt: Mehr als 5.000 Schüler, Lehrer und Eltern demonstrierten am 16.5.72 während der Schulzeit gegen die Bildungsmisere. Das Kultusministerium kündigte den teilnehmenden Lehrern Gehaltsentzug für die ausgefallenen Unterrichtsstunden an und drohte mit „weiteren Konsequenzen".

„Macht die DKP stark"?

Die DKP hatte schon sehr früh versucht, aus den Bewegungen in der Altonaer Elternschaft Kapital für ihre Partei zu schlagen – und war damit auf den Bauch gefallen. Solche sektiererischen Bestrebungen („Macht die DKP stark") stehen durchaus im Gegensatz zur Sache, um die es geht. So hatte die DKP – besonders in der Zeit ihres Düsseldorfer Parteitags – vor, mit Veranstaltungen und Aktionen schnell kurzfristige, spektakuläre Erfolge zu erzielen, während es noch darum ging, eine möglichst breite Kampffront aufzubauen, um „Nägel mit Köpfen" zu machen. Im Interesse der Sache liegt es, eine konsequente, beharrliche Arbeit an der Basis durchzuführen, nicht aber mit spektakulären Aktionen zu protzen, die sich langfristig als Niederlagen erweisen, wenn sie isoliert und zu früh organisiert werden.

Den Klassenkampf allseitig führen!

Die Schulkämpfe sind heute noch auf die Behebung des Lehrermangels und anderer akuter Mißstände beschränkt. Die Motive, die die Eltern zum Eingreifen veranlassen, bestehen häufig aus kleinbürgerlichen Illusionen, für die Kinder einen gesellschaftlichen Aufstieg zu erreichen: "Mein Kind soll mal was besseres werden . . ." Einer solchen Bewegung sind aber Grenzen gesetzt. Die Eltern haben eigentlich erst einen kleinen Teilaspekt, die Spitze eines ganzen Eisbergs zum Inhalt ihrer Kämpfe gemacht.

Es kommt darauf an, den Schulkampf auszuweiten auf die reaktionären Bildungsinhalte und -methoden, auf das ganze System der Benachteiligung und Unterdrückung der Arbeiterkinder und den Kern der Sache in den Mittelpunkt zu rücken: Den Klassencharakter der bürgerlichen Schule.

Der Klassenkampf findet – unabhängig vom Willen des Proletariats – in allen gesellschaftlichen Bereichen statt. Solange die Arbeiterbewegung irgendeinen Bereich vernachlässigt, bedeutet das leichtes Spiel für den Klassenkampf „von oben", von der Bourgeoisie. Daß der Klassenkampf „von oben" auch an der Schule zunehmend heftiger wird, findet seinen schärfsten Ausdruck in den Bestrebungen der Bourgeoisie zur Faschisierung der Ausbildung.

Seitens der Arbeiterklasse wäre es falsch, den Schulkampf individuell zu führen. Die proletarischen Eltern können sich nicht darauf beschränken, einzeln bei Schule und Lehrer für die Interessen ihrer Kinder einzutreten. Ihre Kraft liegt im gemeinsamen Handeln, im geschlossenen Auftreten als Klasse. Aufgabe der Arbeiterbewegung ist es, den Kampf an allen Fronten aufzunehmen und alle diese Rinnsale gesellschaftlicher Konflikte und Zusammenstöße zu vereinen zu einem einzigen mächtigen Strom gegen die kapitalistische Unterdrückung.



Nürnberger Realschüler demonstrieren für eine Turnhalle



Kinder hassen große Klassen! Demonstration gegen die Schulmisere in Nürnberg

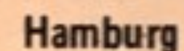
Der ARBEITERKAMPF wird auch in Zukunft bemüht sein, über Fragen der Schule und der Ausbildung allgemein zu berichten. In einer der nächsten Ausgaben wird ein Artikel über die faschistische Formierung an den Schulen erscheinen, d.h. über das verstärkte Wirken und die Pläne reaktionärer Kräfte unter Lehrern, Eltern und Schülern in Verbindung mit der CDU/CSU und der Springerpresse (z.B. ständische Lehrerorganisationen, Bund „Freiheit der Wissenschaft", Junge Union u.a.).

Forts. nächste Seite



Refa-Mann rausgestreikt!

Bericht der Betriebszelle Hanomag-Henschel, Hamburg



Wir alle kennen die Herren im Anzug, die besonders in der neuen Halle fast täglich um unsere Arbeitsplätze herumschleichen. Einer, der sich dabei besonders hervortut, ist Herr Meier. Schon oft ist er beobachtet worden, wie er heimlich Kollegen stoppt, sich hinter Pfeilern und Maschinen versteckt und beobachtet. Sogar in der Kantine spioniert er den Leuten hinterher, ob sie ihre Pause einhalten. Schon einigemal hatten sich Kollegen einzeln oder zu zweit beim Betriebsrat beschwert. Auf der letzten Betriebsversammlung hatte ein Kollege die Sache ebenfalls zur Sprache gebracht. Damals sagte der Betriebsrat, er könne nichts machen, da er keine Beweise hätte.

Vor zwei Wochen wurde nun dieser Meier auf frischer Tat ertappt.

Als ein Kollege aus dem BR wegen einer Zeitaufnahme seine Maschine verlassen mußte, kam Herr Meier an und ließ den Einrichter ein Stück durchlaufen, wobei er die Zeit mit der Uhr kontrollierte. Als das der Kollege erfuhr, protestierte er und brachte den Vorfall im BR zur Sprache. Dieser verlangte von der Geschäftsleitung die Bestrafung des Herrn Meier.

Am folgenden Dienstag wurde bei uns bekannt, daß die das abgelehnt hatte und Kellner von der Geschäftsleitung sich sogar vor Meier stellte. Nun waren die Fronten klar. „Wenn wir uns das gefallen lassen, ziehen die uns bald ganz das Fell über die Ohren". Aber mit den paar Leuten, die da zusammenstanden, konnte man natürlich nicht viel ausrichten. Das einzige, das hier helfen konnte, war eine Aktion aller Kollegen. Doch einige hatten da Bedenken. Ein Vertrauensmann meinte: „Laßt die Sache, das bringt doch nichts. Der BR muß dann runterkommen und euch beschwichtigen". „Klar", meinte ein anderer, „der ist ja ans Betriebsverfassungsgesetz gebunden. Also kann das nur heißen, wir müssen jetzt was unternehmen, um unserem BR den Rükken zu stärken." Also einigten wir uns darauf, um 9 Uhr alle Maschinen abzustellen und uns bei der Stempeluhr zu versammeln. Wir wollten erst dann wieder anfangen zu arbeiten, wenn die Sache zu unserer Zufriedenheit geklärt ist.

Die Kollegen, die das diskutiert hatten, (inzwischen waren es schon mehr geworden) schwärmten dann in die Halle aus, um den anderen klarzumachen, worum es ging.

Da alle merkten, daß es sich hier nicht um ein Privatproblem handelte,



Der Metallarbeiter
BETRIEBSAUSGABE
HANOMAG-HENSCHEL
ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES /GRUPPE HAMBURG
FÜR DIE KOLLEGEN DER METALLINDUSTRIE
Nr. 4 Nov. 1972

sondern um eine Sache, die uns alle angeht, sagten sie sofort ja. Einige der ausländischen Kollegen konnten aufgrund von Sprachschwierigkeiten zwar nicht sofort verstehen, worum es genau ging, aber wie einer von ihnen sagte: „Wenn die Deutschen schon mal streiken, dann ist es meistens fast schon zu spät. Wir machen natürlich mit."

Um 9 Uhr war es dann soweit. Wir stellten alle Maschinen ab und versammelten uns bei der Stempeluhr. BR-Vorsitzender Paulsen stellte sich auf einen Tisch und erzählte, was der BR bisher in der Meier-Geschichte erreicht hatte.

Kellner hatte erklärt, das ganze sei ein Mißverständnis. Meier habe gar nicht gestoppt, was eindeutig verboten ist, sondern nur die Laufzeit der Maschine kontrolliert. Ob er das dürfe, sei aus den Gummiparagraphen des Lohnrahmentarifvertrags nicht klar zu ersehen. (Hier wird uns klar, wem solche Verträge und Gesetze dienen: nicht uns, sondern den Kapitalisten.) Darum habe die IGM die Schiedsstelle angerufen, die das klären soll. Bis dahin, so hätten BR und Geschäftsleitung abgemacht, dürfe Meier weiter in der Halle „arbeiten", allerdings ohne Uhr. Und jetzt sollten wir man wieder an die Arbeit gehen.

Das hätte doch aber geheißen, daß wir kapituliert und die Sache den Juristen und Richtern der Kapitalisten überlassen hätten.

Darum forderten wir, daß Kellner selbst bei uns erscheinen sollte. Der kam dann auch nach wenigen Minuten mit hängender Zunge angerannt. Als er in die Halle kam, lief er erstmal an uns vorbei auf die Meisterbude zu. Doch wir riefen ihn gleich zurück. „Auf den Tisch!" verlangten wir. Er sträubte sich mächtig und als er dann doch raufgestiegen war, kam er schnell wieder runter, weil er nicht „schwindelfrei" sei.

Zuerst versuchte er, uns auf die väterliche Tour zu kommen. „Ich habe gehört, Sie haben da noch ein paar Fragen? " „Das nun nicht gerade", meinte ein Kollege, „wir wollten Ihnen an sich nur sagen, daß wir nicht wieder anfangen, bevor der Herr Meier hier für immer verschwindet." Als wir auch auf solche Sprüche wie „Ihr könnt doch dem Herrn Meier nicht die Karriere verderben" und „wenn ich den rausschmeiße, kann ich auch meinen Hut nehmen" nicht reinfielen, mußte er sich auf eine andere Taktik verlegen.

Einer unserer Vertrauensleute meinte: „Der Meier stört doch den Betriebsfrieden. Wenn wir das machen, ist das ein Grund zur Kündigung. Das steht im BetrVG." Richtig, da steht das. Die Sache hat bloß einen Haken: Dieses Gesetz ist nicht gegen die Kapitalisten, sondern gegen die Arbeiter gerichtet. Herr Meier ist leitender Angestellter und kann den „Betriebsfrieden" stören, solange es den Kapitalisten paßt. Für ihn gilt das BetrVG nämlich nicht!

Hier muß mal klar gesagt werden: Der Meier ist keiner von uns! Wir haben als Arbeiter prinzipiell keine anderen Interessen als die Angestellten, etwa im Lohnbüro. Aber Meier und die anderen Herren im Anzug sind leitende Angestellte. Sie sind bewußt eingesetzt, um uns zu unterdrücken. Und wenn sie diesen Job annehmen, dann müssen sie auch wissen, daß wir keine Rücksicht auf ihre Karriere nehmen können, wenn sie die auf unsere Knochen machen!

Dann schlug Kellner vor, wir sollten im kleinen Kreis, so 6-8 Mann, die Sache mit ihm aushandeln, während die anderen schon wieder zu arbeiten anfangen. Doch wir machten ihm klar, daß keiner anfängt, bevor der Fall erledigt ist. Nun erkannte Kellner wohl, daß wir uns diesmal nicht übertölpeln lassen würden. Einen längeren Produktionsstop konnte er auch nicht riskieren. Also mußte er unsere Forderung voll akzeptieren: Meier darf die Halle nicht mehr betreten, wenn er das trotzdem macht, sofortige Arbeitsniederlegung.

Unsere Maßnahmen planen

Eins ist klar: Die Geschäftsleitung ist von dieser Aktion völlig überrascht worden. Gerade in der Dreherei, wo die Kollegen bunt zusammengewürfelt sind, wo überwiegend Ausländer arbeiten, hatten sie eine so organisierte Aktion sicher nicht erwartet.

Uns hat dieser Streik mehr gebracht als hundert Diskussionen. Wir wissen jetzt, daß wir das Kämpfen nicht auf unsere Vertreter abschieben können. Allerdings müssen da Kollegen sein, die sowas organisieren können. Wir haben gesehen, daß es die in unserer Abteilung durchaus gibt. Das sollten wir uns für die nächsten Vertrauensleutewahlen merken. Uns ist klar: Diese Sache betrifft nicht nur die Dreherei.

Darum haben Kollegen von uns die Vertrauensleute aus anderen Abteilungen verständigt. Einige, die meinten, das gehe sie nichts an, kriegten von ihren Kollegen Dampf: „Dann geh man gleich zum Betriebsrat und gib deinen Posten ab." So standen 15 Vertrauensleute mit uns bei der Stempeluhr. Die Geschaftsleitung mußte befürchten, daß, wenn es hart auf hart geht, die Dreherei nicht alleine steht, sondern die Kollegen in den anderen Abteilungen auch die Sachen hinschmeißen. Hier lag allerdings auch der Mangel der Aktion, das Erscheinen der Vertrauensleute war nicht vom VK organisiert, sondern mehr zufällig. Und außerdem wurde die Aktion hinterher viel zu wenig bekannt. Wie wäre es, wenn der VK mal ein Flugblatt bringen würde? Denn auch die Geschäftsleitung hat aus dieser Aktion gelernt. Wir werden in nächster Zeit einiges zu erwarten haben.

Und Kellner hat ja schon den Anfang gemacht.

Denn was sollte das wohl, als er zwanzig vor sieben in die Dreherei hochkam und kontrollierte, wer schon vorzeitig Mittag machte? Und sich dann von den zwanzig Kartenspielern drei rausgriff und notierte. Als aber am nächsten Tag die drei in die Meisterbude gerufen wurden, gingen die anderen alle mit. So lief die Standpauke, die Herr Kellner mit Unterstützung des Personalchefs Stößel halten wollte, einigermaßen glimpflich ab. Die Besprechung in der Meisterbude am Montag liegt auf der gleichen Linie. Unsere Vorarbeiter sollen Dunst kriegen und gegen uns ausgespielt werden. „Die sind doch sauer wegen der Sache mit Meier" und „Die wollen uns bloß einschüchtern". Das sehen wohl alle. Aber „wenn die uns so kommen, dann boykottieren wir ganz einfach mal die ständigen Überstunden am Sonnabend".

Meier ist jetzt bei Mindemann. Als er bei Sterzenbach mit der Hand in der Tasche stehen blieb, hörten die Kollegen am Karusell auf zu arbeiten und riefen im Chor: „Hand raus!" bis er sich verdrückte.

'Schlüsselrolle der Lehrer'?

Fortsetzung von Seite 16 zum Artikel „Die Lage an den Schulen (Schulkampf in Altona)"

Das behauptet jedenfalls die GEW: „Den Lehrern kommt . . . eine Schlüsselrolle zu. Sie müssen die Eltern aus ihrer Apathie und Resignation reißen . ."

Der DGB scheint sich dieser Auffassung anzuschließen. Denn da die Industriegewerkschaften weitgehend schulpolitische Enthaltsamkeit üben (ausgenommen die Frage der Berufsschulen), fällt der GEW innerhalb des DGB faktisch das „Monopol" auf diesem Gebiet zu. Die GEW ist aber eine Lehrergewerkschaft. Schulkampf also eine Sache der Lehrer?

Solche „Theorien" – daß die „politisch bewußteren Intellektuellen" die „trägen Arbeiter" wachrütteln oder gar daß sie mit einer „revolutionären" bzw. „antikapitalistischen Berufspraxis" der Arbeiterbewegung auf die Sprünge helfen müßten – kennt man auch aus einer anderen Ecke: als typisch studentische, super-„linke" Überlegungen.

In Altona jedenfalls war es genau umgekehrt. Hier waren die Eltern bemüht, den „apathischen" Lehrern Dampf unter dem Hintern zu machen. Unter dem Druck kampfbereiter, geschlossen auftretender Eltern, war die Reaktion der Lehrer im allgemeinen: „Ich kann zwar nicht mitmachen . . . mein Beamtenstatus . . . aber meine Sympathie . . . sie wissen schon . . ."

Damit hielten sich die Lehrer aus der Sache raus. Eine solche Haltung läßt nämlich alles offen. Wer garantiert den Eltern, daß die Lehrer nicht hinter ihrem Rücken gegenüber der Schulbehörde die gleiche Haltung an den Tag legen? „Aber Herr Schulrat, Sie kennen doch meine Loyalität ... Sie wissen schon. ."

Die Arbeiterbewegung w e i ß a u c h s c h o n aus langen und z.T. bitteren Erfahrungen, wie leicht diese Kleinbürger umkippen und wie wenig ihnen zu trauen ist! Von einer „Führungsrolle" dieser Herren kann gar keine Rede sein.

Das wird von ihnen auch nicht erwartet. Das mindeste aber, was die Eltern von den Lehrern verlangen können, ist, daß sie genaue und detaillierte Informationen über die Lage an der Schule geben und sich nicht von der Schulbehörde für Intrigen einspannen lassen.

Grundsätzlich ist der Lehrer in der kapitalistischen Gesellschaft ein Angestellter der Bourgeoisie. Dafür wird er mit sozialen und materiellen Privilegien gekauft, dafür lockt ihn die Bourgeoisie mit der Möglichkeit einer individuellen Karriere. Und wenn er sich dieser Rolle nicht fügt, droht sie ihm mit Repressalien bis zum Verbot, seinen Beruf auszuüben. Die Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren, sind für die Lehrer nur gering.

Aber es macht doch einen Unterschied, ob ein autoritärer Lehrer die Kinder zur Duckmäuserei erzieht, oder ob der Lehrer versucht, eigene Initiativen unter ihnen zu fördern. Ob er sie durch Schläge einschüchtert oder ob er sich bemüht, ihnen das Gefühl zu geben, daß man sich auch um sie kümmert. Ob er die zurückbleibenden Kinder als „Dummköpfe" beschimpft („Dein Vater ist Arbeiter? Kein Wunder . . ."); oder ob er sie wie die anderen achtet. Ob er die Kinder zu faschistischen Verhaltensweisen erzieht – Ideologie des „Stärkeren", Verhöhnung des „Schwächeren" (Sport!) – oder ob er Solidarität unter ihnen fördert. Ob er gegen den „Russenschreck" und die „gelbe Gefahr" hetzt, oder die Möglichkeit zur eigenen, kritischen Meinungsbildung gibt.

Und es macht einen Unterschied, ob ein Lehrer die Eltern in die Schule bestellt, sie stundenlang warten läßt, um sie dann in arroganter Weise abzukanzeln, oder ob er zu einer guten Zusammenarbeit bereit ist.

Auch im Alltag steht für den Lehrer die Frage, auf wessen Seite er sich stellt. Wenn er sich für die Sache der Arbeiterklasse entscheidet, sich für die benachteiligten Arbeiterkinder einsetzt und im Kampf gegen die Schulmisere – die ihn ja ebenso betrifft – solidarisch zu den Eltern hält, wird er sich zwar eine Menge Unannehmlichkeiten und Feinde schaffen. Die Schulbehörde wird versuchen, ihn auszuschalten der Zugang zu den „höheren" gesellschaftlichen Kreisen wird ihm versperrt. Aber er wird einen Unterricht m i t den Kindern und nicht g e g e n die Kinder machen können. Seine Schüler werden hinter ihm stehen, und die Elternschaft wird ihn vor Repressalien schützen.

Und für die Lehrer selbst ist das der einzige Weg, gegen ihre eigene Unterdrückung – nach oben ducken, nach unten treten zu müssen – anzugehen. ■

LESERBRIEF

An die Redaktion des „Arbeiterkampf"

Unter anonymem Absender „Lehrling" erhielten wir folgenden Leserbrief mit der Bitte, ihn in der Zeitung zu veröffentlichen „um anderen Lehrlingen klarzumachen, was auch ihnen passieren kann („Namen können wir leider nicht nennen, da die betreffenden Lehrlinge sonst mit Schwierigkeiten rechnen können")". – Aus dem Leserbrief:

AEG versuchte Lehrling am Auslernen zu hindern

Nach § 40 Berufsbildungsgesetz und § 37 HwO haben die Auszubildenden im Metallhandwerk die Möglichkeit ihre Ausbildungszeit zu verkürzen (Facharbeiterbrief zu erlangen). Doch die Firma AEG-Telefunken beschnitt dieses Recht in mindestens einem Fall. Der rechtmäßige bürokratische Ablauf geht folgendermaßen:

I. Die Einverständniserklärung der Eltern an die AEG zum früheren Auslernen

II. bestimmte das Ausbildungswesen (AW) einen Tag, an dem die Lehrlinge ihre Anmeldeformulare zur Facharbeiterprüfung bekommen sollten. Für diesen Tag war vom Betriebsrat ein Jugendunterricht angesetzt worden. Dieses war dem AW durch ein Rundschreiben vorher bekannt. Die Jugendvertretung erreichte, daß ein neuer Termin für die Formularübergabe bestimmt werden sollte. Eine Woche später bekamen die Lehrlinge diese Formulare nebst einem Brief zugeschickt. Darin wurde ihnen vorgeworfen, den von der AEG bestimmten Termin nicht eingehalten zu haben. Mangels Information standen die Lehrlinge nun vor dem Problem, die Anmeldungsformulare auszufüllen, was zur Folge hatte, daß einige Formulare falsch ausgefüllt wurden.

III. Eines dieser Formulare wurde von der AEG nicht an die Industrie- und Handelskammer (IHK) weitergeleitet. Stattdessen bekamen die Eltern des Lehrlings einen Brief. Das AW teilte darin mit, daß ihr Sohn wegen zu vieler Fehltage von der AEG „leider" nicht angemeldet werden kann. Diese Fehltage wurden durch einen Krankenhausaufenthalt und Nachuntersuchungen verursacht. Wie viele andere waren sich auch diese Eltern der Rechtslage nicht bewußt. Der Lehrling, in dieser verzweifelten Lage, ging daraufhin zu seinem Berufsschullehrer und fragte diesen, ob das rechtlich möglich ist. Der Lehrer, über diesen Verstoß verwundert, gab dem Lehrling den Rat, sich an die IHK zu wenden. Die IHK setzte sich daraufhin mit dem AW von der AEG-Telefunken in Verbindung.

IV. Durch Rücksprache mit dem AW stellte sich heraus, daß alles ein Irrtum sei. Nachdem der Firma in diesem Fall rechtlich nicht haltbares Verhalten vorgeworfen wurde. Der Antrag soll jetzt der IHK zugestellt werden.

V. Für die Firma war es „nur ein Irrtum", für den Lehrling wäre es 1/2 Jahr Ausbildung mehr. Das heißt ca. 6.000 DM Verlust für den Lehrling. ■



Eigenständige Klassenpolitik entwickeln!

Metalltarifrunde 72/73



Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Weg mit dem KPD-Verbot! KPD!



Tarifkampf vorbereiten!

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH



MIT DEM KABD GEGEN DIE MONOPOLPARTEIEN!

Schluss mit der US-Aggression!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTE FAHNE

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD)

WOCHENZEITUNG

Gegen Strauß S.3 STREIKS S.5 Ägypten S.6 Korea S.7

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH

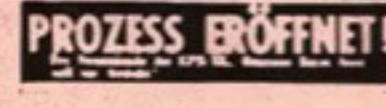
ORGANISIERT IN DIE TARIFRUNDE

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

ROTE FAHNE

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands Marxisten-Leninisten







Wie sich das Zi eigenen Schopf au

Eine Reihe örtlicher kommunistischer Zirkel bereitet gegenwärtig die Gründung einer gemeinsamen Organisation vor.

Es handelt sich dabei im engeren Sinn um den KB Bremen und das NRF Heidelberg/Mannheim, daneben Gruppen aus Göttingen, Freiburg, Wolfsburg und Osnabrück. Eine kleine Gruppe in Westberlin wird sich ebenfalls zu der neuen Organisation bekennen, ohne bisher schon zum engeren Kreis zu gehören. Die Kölner KG scheint mit der Gruppierung um KBB und NRF zu sympathisieren. In Hamburg gebärdet sich die „Sozialistische Studentengruppe" als örtliche Filiale der geplanten neuen Organisation.

Daneben tendieren eine Reihe anderer studentischer Gruppen zur Richtung KBB/NRF, so u.a. in Frankfurt, Westberlin und Braunschweig. Nachdem diese studentischen Genossen die Perspektivlosigkeit ihrer bisherigen Uni-Arbeit und ihrer zaghaften Ansätze von „Betriebsarbeit" erkannt haben, fühlen sie sich angezogen von der glänzenden Aussicht auf den „Aufschwung der Arbeiterbewegung" und die „Einheit der kommunistischen Bewegung", die ihnen von KBB/NRF vorgegaukelt wird.

Schließlich hat die sich formierende Organisation auch gute Aussichten und unternimmt beträchtliche Anstrengungen, vom immer offensichtlicheren rapiden Ruin der „KPD/ML" („Rote Fahne") einen Teil der Konkursmasse zu sich herüberzuziehen. Ebenso hat sie Aussichten bei den Zerfallsprodukten der „KPD/ML" („Roter Morgen") in Nordrheinwestfalen.

Sogar mit den Münchner „Arbeiterbasisgruppen" liebäugeln KBB/NRF. Beide Seiten sind offenkundig bemüht, sich trotz aller Meinungsverschiedenheiten in ihrer Presse gegenseitig zu schonen und die Polemik gemeinsam gegen den Kommunistischen Bund zu richten.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß die Richtung KBB/NRF heute schon einen beträchtlichen Teil der kommunistischen Zirkel eint und in der Zukunft zweifellos noch anwachsen wird.

Die Genossen sehen in der Schaffung dieser einheitlichen Organisation einen „wesentlichen Schritt" zur Kommunistischen Partei (Gemeinsames Kommuniqué vom 28. Mai 1972). Dieser Schritt besteht zum einen in der Sammlung und Konzentration von bisher zersplitterten Kräften in einer einheitlichen Organisation. Die Genossen sehen aber darüber hinaus ihren „wesentlichen Schritt" auch gegenüber den anderen Teilen der kommunistischen Bewegung: die Genossen werden einen Programm-Entwurf vorlegen, den sie unmittelbar als Vorschlag betrachten, die kommunistische Bewegung möge sich auf Grundlage der angegebenen Prinzipien als Kommunistische Partei zusammenschließen (NRF, Oktober 1972).

Im folgenden Artikel wollen wir zeigen, in welchem Verhältnis zum Parteiaufbau die Genossen die Erarbeitung eines Programms sehen; zugleich werden wir untersuchen, wieweit ihre tatsächliche Vorgehensweise mit ihren Worten übereinstimmt. In einer späteren Nummer des ARBEITERKAMPF wollen wir auf die programmatischen und sonstigen politisch-theoretischen Vorstellungen der Genossen eingehen.

Die zu gründende Organisation soll noch nicht die Kommunistische Partei sein, „weil sie noch nicht alle wesentlichen Kräfte der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland und Westberlin umfaßt" (Kommuniqué vom 28.5.72). Sie soll aber andererseits eine Organisation sein, die „die Grenzen des Zirkelwesens überschreitet" („Wahrheit" des KB Bremen, Juni/Juli 72).

Die neue Organisation soll also nach dem Willen ihrer Gründer gewissermaßen eine Zwischenstellung einnehmen: zwar noch nicht ganz die Partei (weil ja noch einige für „wesentlich" gehaltene Kräfte der kommunistischen Bewegung fehlen), aber doch schon ein Schritt über das Zirkelwesen hinaus.

Wodurch aber wird sich die neue Organisation vom herkömmlichen Zirkelwesen unterscheiden? Worin besteht der Schritt, mit dem sie „die Grenzen des Zirkelwesens überschreitet"? Wieso wird die neue Organisation – nach dem Vorsatz ihrer Gründer – m e h r sein als der Zusammenschluß einer Reihe örtlicher Zirkel zu einem neuen, größeren Z i r k e l?

Aus den verschiedenen Ausführungen der Genossen geht hervor, daß sie den entscheidenden Unterschied darin sehen, daß sie sich auf der Grundlage eines gemeinsam erarbeiteten P r o g r a m m s zusammenschließen werden.

Die Bremer Genossen haben auch gesagt, was in einem solchen Programm zum mindesten enthalten sein müsse:

„Es muß eindeutig die Erringung der proletarischen Diktatur als nächstes strategisches Ziel der westdeutschen Arbeiterklasse proklamieren, weil die objektiven Bedingungen des Sozialismus schon längst herangereift sind und in Westdeutschland keine andere Klasse als die Bourgeoisie die politische Diktatur ausübt. In dieser Festlegung der Diktatur des Proletariats als nächstes Etappenziel der Arbeiterklasse herrscht unter den westdeutschen Kommunisten Einigkeit. Die Anerkennung der proletarischen Diktatur als Basis gemeinsamen Handelns ist jedoch keineswegs ausreichend. Das Programm muß vielmehr diejenigen Widersprüche in der Entwicklung des westdeutschen Imperialismus und des Weltimperialismus aufzeigen, welche die Erkämpfung der proletarischen Diktatur für die westdeutsche Arbeiterklasse notwendig machen. Dabei ist nicht gemeint, ‚moralisch notwendig machen' oder ‚kraft höherer Einsicht notwendig machen', sondern p r a k t i s c h für die Arbeiterklasse notwendig machen aufgrund der E n t w i c k l u n g der Gesellschaft und der sich aus ihr ergebenden Folgen. Darstellen muß das Programm weiterhin, welche Folgen sich aufgrund dieser Entwicklung für die werktätigen Klassen außerhalb der Arbeiterklasse ergeben und welche Beziehungen zwischen den verschiedenen Klassen sich durchsetzen werden, um daraus zu bestimmen, welche von ihnen für die proletarische Diktatur gewonnen werden können.

In Antwort auf die Folgen, welche die Entwicklung des westdeutschen Imperialismus für die Arbeiterklasse haben wird, muß das Programm Teilforderungen aufstellen, die diesen Folgen begegnen und an den Kampf um den Sozialismus heranführen" („Wahrheit", Juni/Juli 72).

Worin aber wird sich das Programm der neuen Organisation q u a l i t a t i v abheben von den heute schon existierenden Programmen, programmatischen Erklärungen und Plattformen innerhalb der kommunistischen Bewegung der BRD?

Die Bremer Genossen haben versucht, am Programm der „KPD" zu zeigen, „wie das Programm nicht aussehen darf" („Wahrheit", Juni/Juli 72).

Ihre Kritik läßt sich dahin zusammenfassen, die „KPD" (und ähnliche Gruppierungen) seien „nicht in der Lage, in ihren programmatischen Erklärungen die Entwicklungsperspektive des westdeutschen Imperialismus darzulegen, ihre Folgen für die westdeutsche Arbeiterklasse aufzuzeigen und daraus Forderungen aufzustellen, die sich mit dem Kampf der Massen verbinden" („Wahrheit", s.o.).

Gewiss. Und die Bremer Genossen hätten der Ehrlichkeit halber hinzufügen können, daß die Programmatische Erklärung ihrer Partner vom Heidelberger „Neuen Roten Forum" (vgl. NRF 3/71) auch nicht viel besser ist. Da finden wir zur „Entwicklungsperspektive des BRD-Imperialismus" auch nur mit dürren Worten gesagt, daß sich die Widersprüche allseitig zuspitzen, daß der BRD-Imperialismus den Kapital-Export verstärkt, daß er zugleich Vasall und Konkurrent des US-Imperialismus ist, daß sich vor allem in der westdeutschen Chemie- und Automobilindustrie ein Zentralisationsprozeß vollzieht, daß sich das Monopolkapital gegen die Arbeiterklasse verstärkt der staatlichen Einkommenspolitik bedient und die Krise auf dem Rücken der Arbeiterklasse auszutragen versucht. Für eine Programmatische Erklärung gewiß nicht gerade sensationelle Mitteilungen. Über die Perspektiven des BRD-Imperialismus, über seine zur Revolution führende Entwicklung ist mit keinem Wort etwas gesagt.

Aber wir zweifeln nicht, daß die Genossen nunmehr ein Programm zustande bringen werden, das ausführlicher und exakter ist als die bisher vorliegenden Programme und Plattformen. Das ist ein Fortschritt – nicht nur für sie selbst, sondern für die ganze kommunistische Bewegung. Die Genossen haben bisher indessen nicht deutlich gemacht, wie ein solcher Fortschritt schon ein Schritt über die Grenzen des Zirkelwesens hinaus sein könnte. Wird es sich bei ihrer neuen Organisation nicht lediglich um einen allerdings recht einflußreichen überörtlichen Zirkel handeln, dessen Programm etwas besser ist als die bisherigen Programme und Plattformen anderer Gruppen?

rkelwesen am
s dem Sumpf zieht

Die Genossen jedoch scheinen sich von ihrem in der Erarbeitung befindlichen Programm den entscheidenden Schritt zum Parteiaufbau zu versprechen. Man kann geradezu sagen, daß sich für sie der Parteiaufbau in zwei Schritten vollzieht: zuerst einem qualitativen und dann einem quantitativen. Den qualitativen Schritt meinen sie demnächst zu vollziehen, indem sie das Programm fertigstellen. Danach geht es dann nur noch um eine quantitative Ausdehnung, um die Sammlung weiterer Gruppen auf dem Boden des Programms.

„Wir meinen, daß die Gründung dieser Organisation auf Grundlage eines Programms erfolgen muß, das ***gleichzeitig*** *als Vorschlag an die kommunistische Bewegung und die fortgeschrittensten Kräfte der Arbeiterklasse gerichtet ist, sich nach ausführlicher ideologischer Auseinandersetzung* ***auf seinen Prinzipien als KPD neu zu konstituieren****"* *(NRF, Oktober 72 – Hervorhebungen von uns).*

Die von den Genossen geplante neue Organisation stellt die Zirkel zwar noch als einen Faktor in Rechnung, der sie daran hindert, sich unmittelbar schon zur Partei zu ernennen. Sie wendet sich auch formal an die Zirkel mit der Aufforderung, an der Erarbeitung des Programms der Kommunistischen Partei teilzunehmen.

Die neue Organisation tut dies aber schon aus einer eingebildeten Sonderstellung heraus, da ja sie und nur sie allein nach der bescheidenen Meinung ihrer Gründer schon die Grenzen des Zirkelwesens überschritten hat. Die Bremer „Wahrheit" schreibt:

„Wir gehen davon aus, daß auch nach der Schaffung dieser Organisation der größere Teil der westdeutschen kommunistischen Bewegung noch in lokalen Zirkeln, regionalen und nationalen Organisationen arbeiten wird" („Wahrheit", Juni/Juli 72).

Der „größere Teil", mit Ausnahme der neuen Organisation? Offenbar müßte man doch sagen, daß nicht nur der „größere Teil", sondern die gesamte kommunistische Bewegung der BRD auch in nächster Zukunft noch auf dieser organisatorischen Stufe stehen bleiben wird. Wir glauben nicht, daß hier die Bremer Genossen wider Willen falsch formuliert haben. Sie verstehen es wohl tatsächlich so, daß sie mit der neuen Organisation dem „größeren Teil" (d.h. dem gesamten Rest!) der kommunistischen Bewegung auf einem höheren politischen und organisatorischen Niveau gegenüberstehen werden.

Partei auf der Tagesordnung

Eine beliebte Redensart bei KBB/NRF lautet in letzter Zeit, der Parteiaufbau stünde „auf der Tagesordnung" (so u.a. „Wahrheit" vom November und NRF vom Oktober).

Im NRF ist wenigstens der Versuch gemacht worden, diesen gummi-artigen Begriff ein wenig zu erläutern. Da finden wir den bemerkenswerten Satz (in der Auseinandersetzung mit der KG Köln):

„... Wir meinen, daß die objektiven (!) Bedingungen für die Parteigründung herangereift sind: eine relativ breit entfaltete lokale und regionale kommunistische Bewegung und ihre zunehmende Verbindung mit der Arbeiterbewegung."

Die Existenz kommunistischer Zirkel als objektive Bedingung für die Parteigründung – das ist eine wahrlich sensationelle Erkenntnis. – Aber war die „kommunistische Bewegung" nicht auch schon vor einem Jahr, vor zwei Jahren „relativ breit entfaltet"? Sie ist heute breiter und stärker als vor einem Jahr, gewiß. Und vor einem Jahr war sie immerhin schon breiter und stärker als vor zwei Jahren etc. Diese Logik läuft darauf hinaus, das schlichte Anwachsen der „kommunistischen Bewegung" (ohne zunächst diesen Begriff exakt zu definieren) als objektive Bedingung für die Parteigründung anzusehen. Demnach hätte man auch schon früher, irgendwann in den letzten Jahren, die Parteigründung in Worten „auf die Tagesordnung" setzen können. Schließlich hat noch niemand einen Maßstab entwickelt, wie breit nun eigentlich die „kommunistische Bewegung" entfaltet sein muß, damit die „objektiven" (!) Bedingungen für die Parteigründung gegeben seien. Die Genossen reden ja nicht zufällig von „relativ breit". Relativ, im Verhältnis wozu? Breiter als in den Jahren des totalen KPD-Verbots und der Wiederanfänge einer revolutionären Bewegung. Aber weniger breit z.B. als in vielen anderen Ländern Westeuropas (Italien, Frankreich), wo es heute auch noch keine einheitliche kommunistische Partei der Arbeiterklasse gibt, sondern die Kräfte ebenfalls im Zirkelwesen zersplittert sind.

Als Aufgabe stellt sich der Parteiaufbau seit es keine Kommunistische Partei mehr gibt, seit der Entwicklung des modernen Revisionismus zu einem von innen nicht mehr zu korrigierenden System, seit Anfang der 60er Jahre. Seither könnte man also auch davon reden, daß der Parteiaufbau „auf der Tagesordnung" steht. (In Belgien wurde schon vor zehn Jahren die erste „marxistisch-leninistische Partei" gegründet, in Italien vor sechs Jahren, in Frankreich vor fünf Jahren, in der BRD immerhin vor vier Jahren.)

Das Problem der westeuropäischen Arbeiterbewegung, der Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder überhaupt, besteht fast überall gerade im Zurückbleiben des Elements der Bewußtheit hinter den objektiven Erfordernissen des Klassenkampfes, besteht im Fehlen einer parteimäßig organisierten proletarischen Vorhut.

Wenn man die objektiven Erfordernisse zugrunde legt, so kam schon die Gründung der „KPD/ML" Ende 1968 nicht etwa zu früh, sondern im Gegenteil bereits sehr spät. So haben ja damals und seither alle Parteigründer argumentiert: „Ihr sagt, wir hätten zu früh gegründet. Was wollt Ihr denn? Braucht nun die Arbeiterklasse eine Partei oder nicht?" –

Geht man aus von der Entwicklung des Revisionismus, von den Klassenkämpfen, von der Entwicklung marxistisch-leninistischer Gruppen – so ergibt sich die Schlußfolgerung, daß der Parteiaufbau in den kapitalistischen Ländern schon seit Anfang der 60er Jahre „auf der Tagesordnung" steht. Nichts spricht dagegen, daß er auch noch ein paar weitere Jahre „auf der Tagesordnung" bleiben wird. Wenn die Genossen damit übereinstimmen, dann sollten sie sich eingestehen, daß ihr Begriff „auf der Tagesordnung" in Wahrheit völlig nichtssagend ist; „reden, um nichts zu sagen", wie es Lenin nannte. Angesichts der Entwicklung von mehr als einem Jahrzehnt verliert der Begriff der „Tagesordnung" seinen Sinn.

Es scheint jedoch, als würden die Genossen mit dem Begriff der „Tagesordnung" (den sie ja nicht zufällig erst in letzter Zeit entdeckt haben) die Hoffnung auf einen relativ kurzen Weg des Parteiaufbaus verbinden. Es ist wohl nicht so, daß die Genossen laut sagen „auf der Tagesordnung" und dabei insgeheim denken „in drei oder vier Jahren vielleicht." So oder so steht jedenfalls fest, daß die Genossen mit der Propagierung des Begriffs „Tagesordnung" bei ihren Anhängern unbedingt die Vorstellung einer kurzfristigen Perspektive wecken und nähren, „1973 ist es soweit". Gewollt oder ungewollt wird Gründungs-Fieber produziert. Eine andere Funktion hat der Begriff der „Tagesordnung" auch nicht.

Wie die Genossen in ihren Zeitungen mitteilten, sehen sie in der Erarbeitung eines einheitlichen Programms der westdeutschen kommunistischen Bewegung den „Knotenpunkt aller Probleme unserer Bewegung" („Wahrheit", Juni/Juli 1972), den „Springpunkt in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um den Wiederaufbau der kommunistischen Partei" (NRF, Mai 72). Wie wird diese Aussage begründet und welche praktischen Schlußfolgerungen werden gezogen?

Die Bremer Genossen schrieben über die politischen Grenzen des Zirkelwesens:

„Ohne umfassende revolutionäre Erfahrung und häufig noch ohne gründliche Kenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus und der Geschichte der Arbeiterbewegung unterliegen diese lokalen und regionalen Organisationen ständig Schwankungen, machen immer erneut schwerwiegende Fehler und haben große Schwierigkeiten, eine klare Linie herauszubilden." („Wahrheit", Juni/Juli 72)

Nach der zutreffenden Beschreibung der allgemeinen Mängel des Zirkelwesens gehen die Genossen zur speziellen Frage der kommunistischen Propaganda über. Die Kommunisten seien zu einer „offensiven und umfassenden Propagierung genau festgelegter Ziele" nicht in der Lage, sondern müßten sich „auf die Kommentierung bürgerlicher Politik beschränken, die sie vom Standpunkt der proletarischen Diktatur aus beleuchten." Und weiter:

„Dieser Mangel rührt daher, daß die westdeutsche kommunistische Bewegung ein einheitliches Programm, auf dessen Basis eine auf den Sozialismus hinführende Politik positiv dargestellt und propagiert werden könnte, bisher noch nicht erarbeitet hat." (s.o.)

Hieraus ziehen nun die Genossen die Schlußfolgerung, schleunigst

Forts. nächste Seite



Arbeiterkampf

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

Eigenständige Klassenpolitik entwickeln!

Metalltarifrunde 72/73



Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Weg mit dem KPD-Verbot! KPD!

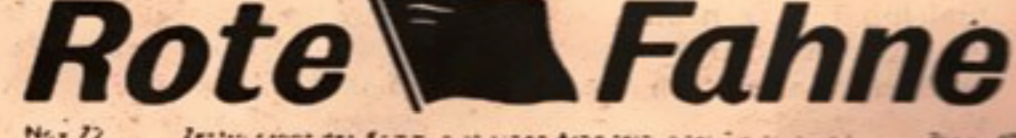


WAHRHEIT

Tarifkampf vorbereiten!

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH

Rote Fahne



MIT DEM KABD GEGEN DIE MONOPOLPARTEIEN!

Schluss mit der US-Aggression!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTE FAHNE

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD)

WOCHENZEITUNG

Gegen Strauß S.3 STREIKS S.5 Ägypten S.6 Korea S.7

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH

ORGANISIERT IN DIE TARIFRUNDE

Proletarier aller Länder und unterdrückte ...

ROTE FAHNE

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Regierung der VR-Albanien ...

KEINE TEILNAHME

an Europäischer Un-Sicherheitskonferenz.

PROZESS ERÖFFNET!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

eine „Programm-Kommission" einzusetzen, um den Mangel zu beheben.

Die Genossen stellen so das Verhältnis zwischen Sein und Bewußtsein auf den Kopf, verwechseln Ursache und Wirkung. Denn in Wahrheit ist das Fehlen eines Programms die Folge der Mängel des Zirkelwesens, und nicht etwa ihre Ursache. Natürlich wird nicht die Ursache durch Einwirken auf ihre Folgen aufgehoben werden können. Oder anders ausgedrückt: wenn das Fehlen eines Programms Folge und Ausdruck der allgemeinen Mängel und Grenzen des Zirkelwesens ist, so ist es eine Illusion zu glauben, die Grenzen des Zirkelwesens willkürlich durch die Erarbeitung eines Programms überschreiten zu können.

Nun gibt es freilich zweierlei Arten von Programm. Es gibt ja auch die „Programme" solcher Gruppen wie der „KPD" oder der diversen „KPD/ML"s. Ein solches Programm erhält man leicht, indem man schlicht die gerade im Kopf befindlichen Vorstellungen zu Papier bringt: sie richten also Ausdruck eines bestimmten Standes der politisch-theoretischen Erkenntnisse, den sich die jeweilige Organisation erarbeitet hat. Das sind zwangsläufig die Erkenntnisse des Zirkelwesens. Die Bremer Genossen haben dazu richtig geschrieben, „daß wir das Zirkelwesen nicht auf dem politischen Niveau überwinden können" („Wahrheit", Juni/Juli 72): sie richten diese Kritik gegen die „KPD", aber kennzeichnet sie nicht auch ihre eigenen Vorstellungen?

Die Bremer Genossen haben geschrieben, daß die Zirkel „große Schwierigkeiten (haben) eine klare Linie herauszubilden." Sie haben auch den Grund dafür genannt: der Mangel an revolutionärer Erfahrung und an Kenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus. Wo sollte da wohl ein Programm herkommen, das die von den Genossen angegebenen Voraussetzungen (s.o.) erfüllt?

Wenn das Programm einen Fortschritt bedeuten soll, so muß es niedergeschriebener Ausdruck der Tatsache sein, daß die kommunistische Bewegung eine neue Stufe revolutionärer Erfahrung und wissenschaftlicher Erkenntnis erreicht hat. Der „Knotenpunkt" besteht also in Wahrheit darin, diese neue Stufe praktischer Erfahrung und wissenschaftlicher Erkenntnis zu erreichen, die sich dann im Programm niederschlagen kann.

Es wird von den Genossen aus Bremen und Heidelberg mit dem „Programm" ähnlich irrational gearbeitet, wie das früher oft mit der „Klassenanalyse" gemacht worden ist. Damals wurde behauptet, die „KPD/ML" könne ja noch gar nicht die Kommunistische Partei der Arbeiterklasse sein, weil sie noch keine „Klassenanalyse" hätte. Die müßte erst erarbeitet werden, und dann ... Dabei wußte kaum jemand so recht, was unter „Klassenanalyse" zu verstehen wäre, aber jedenfalls schien sie etwas sehr wichtiges und überhaupt das Allheilmittel für alle Probleme zu sein. Nach der „Klassenanalyse" kräht heute kein Hahn mehr.

Es ist ein Irrtum, dem vor allem die Genossen aus der Intelligenz erliegen, die außerhalb der gesellschaftlichen Tätigkeit des Proletariats stehen: der Irrtum, diese oder jene wissenschaftliche Arbeit eines Zirkels sei überhaupt das Kriterium für das Niveau des Zirkels.

Das deutlichste Beispiel bietet der KB/ML Westberlin. Als die Genossen 1970 ihre „Plattform" vorlegten, war diese Arbeit mit Abstand die beste ihrer Art in der damaligen kommunistischen Bewegung. Zur Entwicklung des Bewußtseins in der Bewegung hat die Plattform des KB/ML Westberlin einen großen Beitrag geleistet. Das alles verhinderte nicht, daß dieser örtliche Zirkel sich inzwischen sang- und klanglos aufgelöst hat, ohne mehr zu hinterlassen als einige im Stich gelassene und ratlose Betriebsgruppen.

Es ist falsch, zu sagen: „Wir machen jetzt mal das Programm (die Klassenanalyse o.ä.), und das ist dann der Beweis, daß unsere Organisation das Niveau des Zirkelwesens überwunden hat."

Es geht darum, die praktischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die kommunistische Bewegung ein höheres politisches Niveau erreicht, daß eine vereinheitlichende Plattform erarbeitet wird. Diese praktischen Voraussetzungen haben die Bremer Genossen selbst genannt: der Mangel an umfassender revolutionärer Erfahrung und gründlicher Kenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus und der Geschichte der Arbeiterbewegung muß überwunden werden.

Es liegt auf der Hand, daß der Mangel an revolutionärer Erfahrung seine Ursache hat im Zustand der aktuellen Arbeiterbewegung und in der geringen Verbindung der Kommunisten zur Arbeiterbewegung.

Die Grenzen des Zirkelwesens widerspiegeln eben den Zustand der Arbeiterbewegung und das Verhältnis Arbeiterbewegung-Kommunisten. Über diese Grenzen können sich die Kommunisten durch kein noch so sorgfältig erarbeitetes Programm vom Schreibtisch her hinweg katapultieren.

BESTELLT DEN



Schließlich ist das Zirkelwesen auch eng verknüpft mit dem immer noch überwiegend studentischen Charakter der kommunistischen Bewegung. So ein Zirkel hat einige Lehrlinge, einige sehr junge Arbeiter und vielleicht noch ganz lose Kontakte zu einem halben Dutzend älterer Arbeiter, mit denen man mal ein Bier trinkt. Die Arbeiter stellen in den meisten Zirkeln nicht nur die Minderheit, sondern sind auch fast ohne Einfluß auf die Politik der Gruppe, die „naturwüchsig" von den beleseneren Studenten und Intellektuellen gemacht wird. Die meisten kommunistischen Zirkel sind noch weit davon entfernt, Arbeiterorganisation zu sein oder gar schon das Vertrauen der sich herausbildenden proletarischen Avantgarde – den Führern der spontanen Kämpfe des Proletariats – zu haben.

Wenn sie in einem „wichtigen" Betrieb zwei Kollegen haben, die ihnen ab und zu Informationen geben, so schätzen manche Zirkel sich schon überglücklich und geben eine „Betriebszeitung" heraus.

Was ist das Zirkelwesen anderes als der organisatorische Ausdruck dieser Verhältnisse?

„Kommunistische Partei der Arbeiterklasse" – das ist doch kein leeres Wort, hinter dem sich dann Studentenführer mit etwas jungproletarischem Anhang verstecken und Theater spielen können. Es meint eine Organisation, die von Arbeitern getragen wird, die ihre Kraft aus der Arbeiterklasse bezieht, die in der Arbeiterklasse wurzelt. Die Kommunistische Partei ist nicht etwas, das in erster Linie oder gar allein durch intellektuelle Kraftakte („Programm", „Klassenanalyse" etc.) hergezaubert werden könnte.

Stalin hat im 8. Kapitel von „Über die Grundlagen des Leninismus" eine zusammenfassende Definition der Kommunistischen Partei gegeben. Stalin sagt u.a.:

Die Kommunistische Partei muß der Vortrupp der Arbeiterklasse sein. Sie muß die besten Elemente der Arbeiterklasse in sich aufnehmen. Sie muß mit einer revolutionären Theorie gewappnet sein. Sie muß ein Teil der Arbeiterklasse sein, der durch sein ganzes Sein mit ihr fest verwurzelt ist.

Nun wäre es ein Fehler, wenn man sagen würde: „Also müssen erst all diese Bedingungen erfüllt sein, bevor eine Partei gegründet werden kann." Stalin zeigt aber, in welche Richtung wir gehen müssen, um das Zirkelwesen zu überwinden und die Kommunistische Partei der Arbeiterklasse zu schaffen. ■

Polit-Schwindel des NRF

Am 8.10. demonstrierten in Dortmund über 10.000 Menschen gegen die politische Unterdrückung von Ausländern in der Bundesrepublik. Träger dieser Demonstration waren u.a. die Organisationen um KB Bremen/NRF Heidelberg, zwei „KPD/ML"s, die „KPD" und eine große Anzahl ausländischer Organisationen.

Der Kommunistische Bund hatte zu dieser Demonstration nicht aufgerufen. Hier sieht das Heidelberger „Neue Rote Forum" wieder mal eine feine Gelegenheit, dem Kommunistischen Bund eins auszuwischen. Das NRF schreibt in der Oktober-Nummer:

„Der KB Nord hat seine Ablehnung nur mündlich gegenüber SSG-Genossen begründet. Er meinte, die ‚Bevölkerung' sei zu verhetzt durch die Olympia-Ereignisse, um überhaupt demonstrieren zu können. Kommunisten müßten auch mal schweigen können. Außerdem sei die ‚Bevölkerung' nicht beteiligt, weil die DKP nicht an der AE (Aktionseinheit) teilnehme. Zu diesen Argumenten erübrigt sich jeder Kommentar."

Man merkt gleich, daß da irgendwas nicht stimmen kann. Hat denn der Kommunistische Bund nicht wenige Tage vor der Dortmunder Demonstration, am 27. September, in Hamburg zusammen mit u.a. der SSG gegen die reaktionären Ausländergesetze etc. demonstriert? Und wann hätte der Kommunistische Bund je so dämlich argumentiert, Demonstrationen von der Beteiligung (!) der Bevölkerung (!) abhängig zu machen?

Wo hat also das NRF seine story her? Teils erfunden, teils anderen politischen Schwindlern abgekauft.

Der Hintergrund für die story des NRF ist ein Artikel der „Roten Presse" der Hamburger SSG (= Sozialistische Studentengruppe). Dort hieß es (3.10.72):

„Der KB Nord lehnte eine Teilnahme an der Dortmunder Demonstration ab, allerdings ohne eine öffentliche politische Stellungnahme. Lediglich der mit dem KB sympathisierende SSB (= Sozialistischer Studentenbund) gab in der Verhandlung eine kurze Erklärung ab . . ."

Es folgt dann die angebliche Erklärung des SSB. Das NRF hat daraus nun flugs eine „Erklärung des KB Nord" gemacht, um die Sache im Sinne seiner üblichen Demagogie gegen den Kommunistischen Bund noch ein wenig „zuzuspitzen."

Was hat es nun mit der angeblichen Stellungnahme des SSB auf sich? Ein Genosse des SSB hatte nach dem Wirklichkeits-Wert der Resolution zur Dortmunder Demonstration gefragt, wo es heißt: „Diesen Angriffen (der Bourgeoisie) muß eine Kampfeinheit aller fortschrittlichen Menschen und Organisationen entgegengestellt werden." In diesem Zusammenhang brachte der Genosse dann die Stimmung der Bevölkerung und die DKP in die Diskussion.

Wenn der Kommunistische Bund wirklich die schwachsinnigen Maßstäbe anlegen würde, die ihm das NRF andichtet, so hätten wir in Hamburg kaum eine einzige Demonstration durchführen können. Man muß schon fragen, auf was für Leser das NRF spekuliert, wenn es ihnen so ausgemacht dummes und nicht einmal geschickt ausgedachtes Zeug vorsetzt.

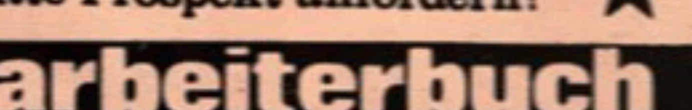
Warum aber hat der Kommunistische Bund nicht zur Dortmunder Demonstration aufgerufen? Hierfür waren u.a. folgende Erwägungen ausschlaggebend:

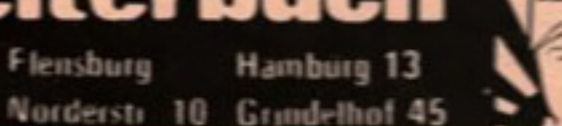
1. Obwohl die SSG nachträglich verbreitete, der Kommunistische Bund wäre sowohl vom NRF wie von der „KPD/ML" („Rote Fahne") zur Vorbereitung der Dortmunder Demonstration eingeladen worden, ist uns keine Einladung zugegangen. Wir halten das nicht für zufällig.

In dieser Lage hätten wir uns an die Dortmunder Demonstration nur noch anhängen können, ohne ihre politische Ausrichtung im mindesten zu beeinflußen. Wie das aussieht, hat die SSG anläßlich der Hamburger Demonstration vom 27. September gezeigt, als sie dem Kommunistischen Bund zwar erlaubte, mehr als die Hälfte der Demonstrationsteilnehmer zu mobilisieren, aber ihm eine eigene Rede verbieten wollte. (Die SSG stützte sich dabei auf ihre formale Stimmenmehrheit mit Hilfe der in der „Aktionseinheit" zahlreich vertretenen super-„linken" Kleinst-Gruppen).

2. Wir waren nicht bereit, uns politisch den Hasardeuren der „KPD/ML" auszuliefern, die mit ihrem sektiererischen Auftreten und ihrem unkontrollierbaren Drang zu Provokationen den Zielen der Aktion entgegengesetzt waren. Die Dortmunder Demonstration hat dann auch gezeigt, daß die von den Organisationen eingesetzten Ordner nicht einmal in der Lage waren, die Prügel-Trupps der „KPD/ML" („Roter Morgen") vom Überfall auf ein Häuflein Trotzkisten abzuhalten, das auf dem Boden der Aktionseinheit an der Demonstration teilnehmen wollte. Daß die „KPD/ML" sich auf diese vergleichsweise harmlose Provokation beschränkte, ist jedenfalls nicht das Verdienst der anderen Organisationen der Aktionseinheit. ■







Waffenlager der Faschisten ausgehoben

Springers Zeitungen decken faschistischen Terror

Ende Oktober hob die Polizei in München ein Waffenlager der rechtsradikalen Terrororganisation „Kampfgruppe Großdeutschland" aus. Obwohl die zuständigen Behörden erklärten, daß es sich um eine „vermutlich rechtsradikale Organisation" handele, meldeten die Springer-Blätter in großen Überschriften: „Kommunisten kamen mit drei Koffern voll Maschinenpistolen" und „Rote Terrorbande gefaßt". In den Artikeln mutmaßte man, daß diese „rote Bande" mit der „kommunistischen Terrororganisation ‚Nationale Front' Kontakt hielte", Der Chef der Bande sollte der „linksradikale Armin K. J." sein.

Was hier in Wahrheit aber gespielt wurde, darüber schwieg sich die bürgerliche Presse, bis auf einige Ausnahmen aus: „Armin K. J." steht für Karl Jochheim-Armin. Dieser Mann ist ein Faschist reinsten Wassers: 1909 geboren wurde er bereits 1924 – mit 15 Jahren also! – Mitglied des „Jung-Stahlhelms" (eine militante Faschistenorganisation für Jugendliche). 1927 trat Jochheim-Armin der NSDAP bei. Von 1944-45 war er Untersturm-Führer bei der Waffen-SS.

Nach 45 setzte er seine antidemokratische Wühlarbeit fort. Er gründete zahlreiche rechtsradikale Jugendorganisationen, u.a. die „Nationale Jugend Deutschlands", den „Ring nationaler Jugend", den „Kameradschaftsring nationaler Jugendverbände (KNJ)" usw.

1968 – während der Hochphase der sozialistischen Studentenbewegung, in der die Verbreitung linker und sozialistischer Gedanken einen neuen Aufschwung nahm, gründete Jochheim-Armin die „Sozial (!) Revolutionäre (!) Nationale Kampfgemeinschaft Deutschlands", Hieran wird besonders deutlich, daß sich die Faschisten vor keiner Lüge scheuen (z.B. der Lüge, revolutionär zu sein!), um für ihre verbrecherischen Ziele Anhänger zu gewinnen!

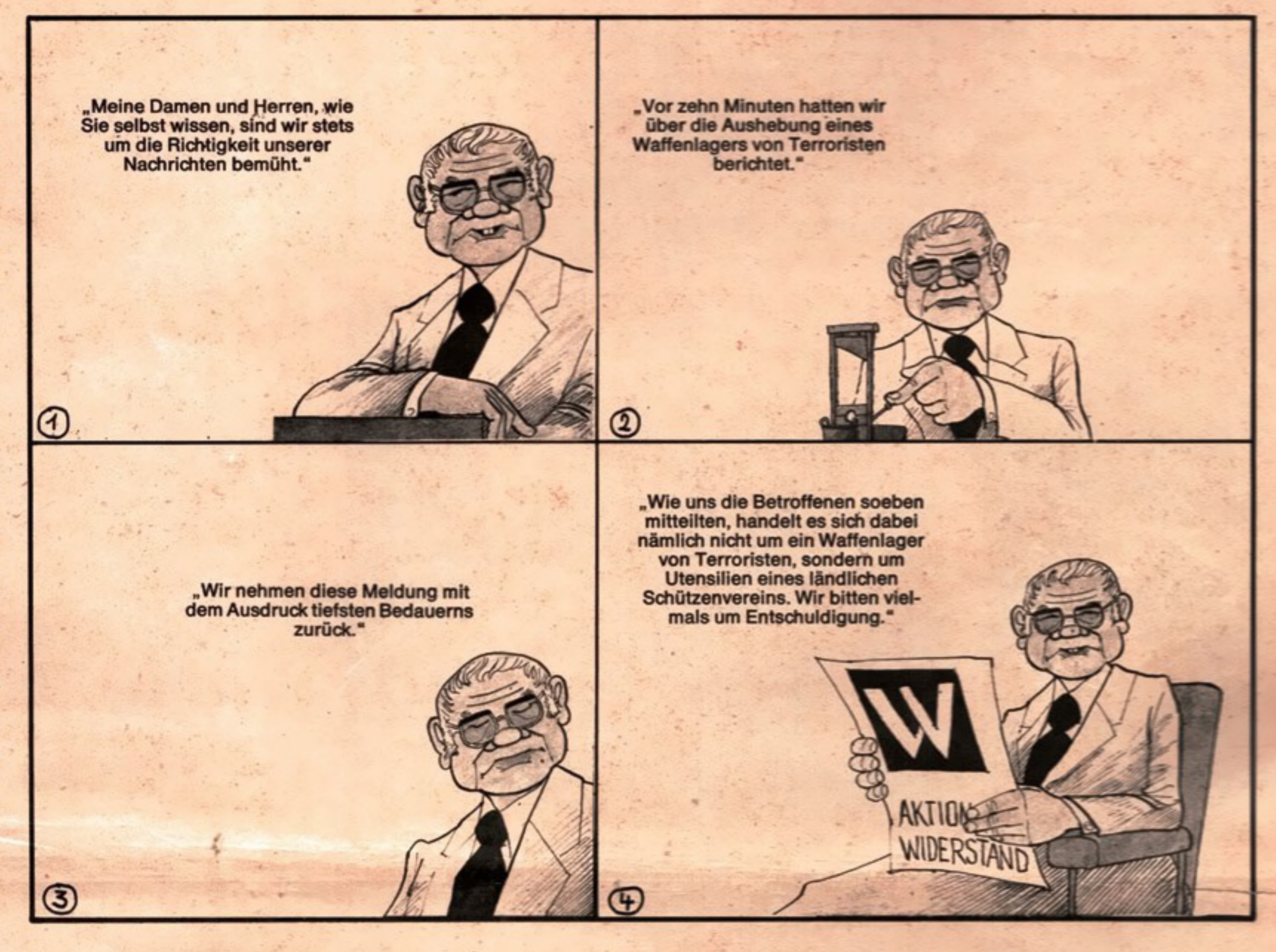
1969 gründete Jochheim-Armin die „Nationale Front" – die nach Springer eine „kommunistische Tarnorganisation sein soll! Die „Nationale Front" hat sich die Aufgabe gestellt, die verschiedenen faschistischen Gruppen und Vereine zusammenzufassen und auszurichten.

Und hinter einer weiteren Organisation brauner Färbung steckt Faschist Jochheim-Armin: In diesem Jahr gründete er die „Bürgerinitiative Neue Ordnung überall". Diese Gruppe scheint sich vor allem – die Namensgebung spricht dafür – die Zusammenarbeit mit Faschisten aus anderen europäischen Ländern zum Ziel gesetzt zu haben: In Italien gibt es eine faschistische Gruppe namens „Ordine nuovo" und in Frankreich nennen sie sich „Ordre nouveau". Beides heißt „Neue Ordnung",

Bezeichnend ist die Berichterstattung über das Münchner Waffenlager in der Springer-Presse, nachdem es nicht mehr möglich war, an der Räuberpistole von der „Kommunistenbande" festzuhalten: In der „Welt" ist ein 18-Zeilen-Artikel zu finden, der überschrieben ist: „Polizei hebt kleine (!) Gruppe (statt „Bande") Rechtsradikaler aus".

Die Kürze des Artikels macht schon deutlich, daß man sehr bemüht ist, die Sache runterzuspielen. Im Artikel selbst wird von „mehreren Waffen" gesprochen – gegenüber den „drei Koffern voller Maschinenpistolen"! Betont wird weiter im „Welt"-Artikel, Oberstaatsanwalt Heidenreich hätte erklärt, „die ‚Kampfgruppe' bestehe aus höchstens 10 Personen aus mehreren Gebieten der BRD".

Gegen die Kommunisten hetzen und über sie Lügen verbreiten – die verbrecherischen Umtriebe der Faschisten aber verharmlosen oder sogar totschweigen – das ist das Rezept aus der Giftküche der bürgerlichen Presse. ■



Braunschweig

Faschisten überfallen linke Buchhandlung



Erneut starteten Faschisten eine Provokation gegen eine linke Buchhandlung. Der „kleine rote Buchladen" in Braunschweig war diesmal das Ziel. Die speziellen Anschläge gegen linke Buchhandlungen wurden schon vor einiger Zeit von der reaktionären Presse in der BRD, besonders Springers "WELT"-Zeitung und durch Fernseh-Sendungen des ZDF-Oberdemagogen Löwenthal propagandistisch vorbereitet. Solche Anschläge – wie jetzt in Braunschweig – gehören damit zu den genau einkalkulierten Schritten der Herrschenden in diesem Land. Sie sollen die Kräfte der außerparlamentarischen sozialistischen Opposition einschüchtern.

Die Genossen des „Buchladen-Kollektivs" verbreiteten in dieser Sache eine Erklärung, aus der wir hier einige Passagen zitieren (für einen Gesamt-Abdruck reicht der Platz nicht):

Erneut war die politische Buchhandlung KLEINER ROTER BUCHLADEN in Braunschweig in der Nacht vom 21./22.10.72 das Ziel eines hinterhältigen Anschlags. Aus einem Versteck heraus wurde gegen 23.00 Uhr mit einem Trommelrevolver (9mm) auf die Scheibe des Ladens geschossen. Dabei wurden neben der Sachbeschädigung vor allem auch die im Laden mit Aufräumungsarbeiten beschäftigten Mitglieder des Ladenkollektivs aufs höchste gefährdet.

Durch das mutige und schnelle Handeln der Ladengenossen gelang es, kurz nach dem Anschlag die Täter aufzuspüren und aufzuhalten. Bei der anschließenden Festnahme durch die Polizei wurden Trommelrevolver, Munition und weitere Gewaltwerkzeuge sichergestellt.

Einer der Täter ist als Wortführer der faschistischen „Aktion Widerstand" und als Mitglied der NPD bekannt.

Die Anschläge auf den KLEINEN ROTEN BUCHLADEN und auf andere demokratische Einrichtungen in Braunschweig (vor allem auf den AStA der Technischen Universität) beschränkten sich bisher auf das blindwütige Anrichten von Sachschäden (allein durch eingeworfene Scheiben wurde bisher ein Schaden von weit über 10 000 DM angerichtet).

Schon dies rief die berechtigte Empörung und die Bereitschaft vieler Menschen hervor, gegen das ungestörte Treiben faschistischer Banden in Braunschweig aktiv aufzutreten.

Nachdem bei dem jüngsten Anschlag jetzt auch Menschenleben gefährdet worden sind, kann es für keinen entschiedenen Demokraten noch einen Grund geben, diese Anschläge nicht auf das Schärfste zu verurteilen und alles in seiner Macht stehende zu tun, um das blindwütige Treiben der Reaktion wirksam zu stoppen."

„Vor diesem Hintergrund staatlich geförderter und betriebener Unterdrückungsmaßnahmen (gemeint sind die im wesentlichen von CDU und SPD gemeinsam verabschiedeten Terrorgesetze der letzten Zeit, die gesteigerte Ausländerhetze etc. etc. – die Red.) sind die Gewaltakte faschistischer Banden nicht als wahnwitzige Tat einiger weniger Unverbesserlicher einzuschätzen. Sie sind konsequenter Ausdruck eines Weges, den sich die Monopolbourgeoisie zur rücksichtslosen Durchsetzung ihrer Interessen für den Fall offenhält, daß sie infolge der Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz und des Erstarkens vor allem der Arbeiterbewegung gezwungen ist, die Maske der Sozialstaatlichkeit vollständig fallen zu lassen."

„Die faschistischen Anschläge sind für uns Anlaß, die Arbeit des KLEINEN ROTEN BUCHLADEN weiter zu verstärken und alle demokratisch gesonnenen Menschen zu deren Unterstützung aufzurufen.

– Durch entschlossenes Auftreten gegen alle faschistischen Aktionen, um dem Treiben der Reaktion überall entgegenzutreten.
– Durch aktive Teilnahme am antifaschistischen und antiimperialistischen Kampf kommunistischer und demokratischer Organisationen.
– Durch Verbreitung und Verteidigung des wissenschaftlichen Sozialismus.
– Durch Propagierung der Arbeit der fortgeschrittensten kommunistischen Organisationen.
– Durch Verteidigung der fortschrittlichen Funktionen der politischen Buchhandlungen." ■

Weg zum Wohlstand

Vor dem Bamberger Schöffengericht ist ein Ehepaar angeklagt, weil es am Abend des 12. Januar 1972 seine beiden Kleinkinder in einem eiskalten und menschenleeren Vorraum der Bamberger St.-Ganglof-Kirche ausgesetzt hat. Darauf stehen Strafen bis zu fünf Jahre Freiheitsentzug.

Über die Gründe dieser Straftat schrieb die „Hamburger Morgenpost" am 29. November:

„Die Familie Weidmann hatte sich in einen Schuldenberg von 16 000 Mark hineinmanövriert und glaubte sich verloren. Auch eine „Flucht" in die DDR, bei der sie alles aufgab, rettete sie nicht. Denn die DDR-Behörden schoben die mittellose Familie einfach wieder in die Bundesrepublik ab.

Hier verbrachten die Weidmanns die letzte gemeinsame Nacht auf der Bahnhofsmission in Ludwigstadt und faßten den folgenschweren Entschluß: Sie wollten ihre Kinder Gudrun und Michael aussetzen und sich dann unter falschem Namen Arbeit suchen, um den Schuldenberg abzutragen."

Jeder Mensch wird die Aussetzung der beiden Kinder als eine grausame Tat ansehen. Und das ist sie auch. Eine Tat, für die eigentlich keine Strafe hart genug sein sollte. Wären die Kinder nicht noch rechtzeitig von anderen Leuten gefunden worden, so wären sie verhungert oder erfroren. Das mußten die Verantwortlichen wissen.

Wer sind die Verantwortlichen für diese schreckliche Tat? Die Sachlage scheint klar: Die Eltern. Sie haben die Kinder ausgesetzt, und dafür stehen sie jetzt ja auch vor Gericht. Und ihre Motive? Was hat sie zu dieser Straftat bewogen? Der Sachverständige, der die Eltern auf ihren Geisteszustand hin untersuchte, schrieb in seinem Gutachten:

„Die Weidmanns empfanden ihre Kinder als Hindernis auf dem Weg zum Wohlstand."

Hinter dieser Straftat steht also obendrein noch das abscheulichste Motiv, das es in unserer Gesellschaft gibt: Geldgier! Zwar hat die Verteidigung der Angeklagten eine erneute psychiatrische Untersuchung in einer Nervenklinik beantragt, weil es doch immerhin sein könne, daß die Eltern „zumindest während der Tatzeit vermindert zurechnungsfähig" waren. Der Prozeß mußte deswegen auch unterbrochen werden und wird wohl erst 1973 weitergehen. Aber die Eltern haben ja schon selbst das Motiv für ihre Tat genannt, nämlich, daß sie ihren „Schuldenberg abtragen" wollten, weil ihre Situation aussichtslos war.

Als Hintergrund dieser Straftat bleibt damit die Geldgier. Aber, Moment! Streben nach Wohlstand, Schuldenberg abtragen – das sind doch zwei ganz verschiedene Dinge!? Die Situation der Weidmanns war aussichtslos, sie hatten 16 000 Mark Schulden. Wer ist dafür verantwortlich?

Nach einer Ermittlung des Statistischen Bundesamtes gibt es in unserem Land 600 000 Bewohner von Armenanstalten. 1,1 Millionen Menschen in ländlichen Gebieten müssen ihre sozialen Bedürfnisse soweit reduzieren, daß sie mit 100 bis 400 DM pro Monat auskommen. 5 Millionen Erwerbstätige und Familien haben ein monatliches Einkommen unter 600 DM. Und fast 5,4 Millionen Rentner müssen mit einer monatlichen Rente bis zu 350 DM auskommen. Wer ist dafür verantwortlich?

In den vergangenen zehn Jahren stiegen die Mieten um 73 Prozent. „Sozial"-Neubauten mit 75 qm Wohnfläche kosten heute durchweg 300 DM. Nach einer offiziellen Schätzung fehlen heute rund 1 Million Wohnungen. Allein in Hamburg sind bei den Bezirksämtern rund 10 000 Dringlichkeitsfälle registriert. Mehr als eine halbe Million Menschen „leben" in unserem Land in Baracken und Nissenhütten.

In Bremen bekommen 11 000 Menschen Feuerungshilfe, weil sie zu wenig Geld haben, um sich die Kohlen selber zu kaufen. In Frankfurt wird monatlich ungefähr 800 Familien der Strom abgestellt, weil sie die Rechnung nicht bezahlen können. Und dabei wird keine Rücksicht genommen, ob Kleinkinder in der dazugehörigen Wohnung sind oder ob Winter ist. Wer ist dafür verantwortlich?

Weidmanns hätten sich natürlich auch das Leben nehmen können, wie viele andere es täglich tun, denen die Not und das Elend bis zum Hals reichen. Dann stünden sie heute wenigstens nicht vor Gericht.

Sie haben sich in einen Schuldenberg von 16 000 Mark „hineinmanövriert" – schreibt die „Morgenpost". Wer hat sie in den Schuldenberg hineinmanövriert? Wer ist dafür verantwortlich, daß Millionen von Arbeiterfamilien so wenig Geld zum Leben haben, daß sie Schulden machen müssen?

Die „Morgenpost" klagt, daß die DDR-Behörden die mittellose Familie „einfach wieder" in die Bundesrepublik abschoben. Das ist unmenschlich. Aber welcher Zynismus der bürgerlichen Presse in unserem Land, die die DDR anklagt, weil sie nicht für die Folgen der kapitalistischen Verhältnisse in der Bundesrepublik einstehen will (und auch nicht kann). Das ist der Zynismus desjenigen, der ein Verbrechen begeht und dann andere beschuldigt, daß sie sein Verbrechen nicht „wiedergutmachen."

Den Gipfel aber hat dieser Zynismus im Gutachten des Nervenarztes gefunden: „Die Weidmanns empfanden ihre Kinder als Hindernis auf dem Weg zum Wohlstand." Dieser Herr wird freilich keine Sorgen mit seinem „Weg zum Wohlstand" haben, denn dieses Gutachten bringt ihm sicher nicht nur einige Hundert-Mark-Scheine zusätzlich zu seinen sonstigen Pfründen ein. Er hat sich damit wohl auch ein Lob der Kapitalisten und der Justiz verdient, die ihn sicher bald mit neuen „Gutachten" beauftragen werden.

Für die Weidmanns hingegen geht es nicht um den „Weg zum Wohlstand", sondern darum, überhaupt leben zu können. Die aus dieser Situation geborene Verzweiflung, die sie zur Aussetzung ihrer Kinder veranlaßte, bringt ihnen jetzt bestenfalls den Ehrentitel „zumindest während der Tatzeit verminderte Zurechnungsfähigkeit" ein.

Keine Strafe ist hart genug für diejenigen, die für diese schreckliche Tat verantwortlich sind. Verantwortlich aber sind die Kapitalisten. Verantwortlich ist die ganze staatlich organisierte kapitalistische Ausbeuterherrschaft, die unzählige Menschen immer mehr in Not und Elend treibt, die sie in ihrer Verzweiflung zu Taten veranlaßt, deren sie ohne die kapitalistischen Verhältnisse, in denen wir leben, nicht fähig wären – und die sie dann auch nicht nötig hätten, um leben zu können.

Der Prozeß gegen die Weidmanns ist ein alltäglicher Teil des Klassenkampfes von oben. Bestraft werden nicht die Urheber, sondern die Opfer des Verbrechens. ■



Ghettos der Industrienation BRD



Start zum Wohlstand – aus solchen Löchern?



Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag Arbeiterkampf, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantwortl. Redakteur: Kai Ehlers, Verlagsadresse, presserechtlich verantwortl.: Kai Ehlers, Verlagsadresse Auflage: 17 000, Erscheinungsweise: monatlich, Verkaufspreis: 50 Pfg. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595 J. Reents

Kontaktadressen des KB

BREMERHAVEN: Arbeiterbuch, Pol. Buchhandlung, 285 Bremerhaven, Bürger 198, tgl. 12.30 – 18.30 Uhr, Tel. 41 24 54

EUTIN: H. Lankau, 242 Eutin-Großmeinsdorf

FLENSBURG: Peter Petersen, 239 Flensburg, Postlagerkarte A022583

FRANKFURT: D. Müller, 6232 Bad Soden, Postfach 1371, Tel. 0611/30 61 71, Mo. 18 – 21 Uhr, Do. 18 – 21 Uhr

HAMBURG: Arbeiterbuch, Pol. Buchhandlung, 2 Hamburg 13, Grindelhof 45, Tel. 45 38 01, tgl. 9.00 – 18.30 Uhr

OLDENBURG: D. Seidel, 29 Oldenburg, Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des Arbeiterkampf

GÖTTINGEN: KAG im Buchladen „Rote Straße", 34 Göttingen, Rote Straße 10, Di. 17 – 19 Uhr

LÜBECK: W. Blankschein, 24 Lübeck, Postlagerkarte 082332 A

WESTBERLIN: FlorianGeyer üb. Sozialistisches Zentrum, 1 Berlin 21, Stephanstr. 60